blätter des iz3w

nr. 26/27 aug sep 73

Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

Neue Postadresse :

78 Freiburg
Postfach 5328

Neue Telefonnummer :

0761/7 11 01

Zusammengestellt und herausgegeben von: P.Arnold, P. Arntz, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, H. Heyne, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, B. Stein, M. Weiker, W. Witzel. Konten: BfG Freiburg Nr. 10.226.233; Postscheckk. Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz: Postscheckk. Basel Nr. 40-35899 (G. Stingl)
Jahresabonnement bei 10 Nummern DM 18,-

Chronik der armen Welt
Anfang Juni bis Ende Juli

Berichtigung zu Nr. 25

Die Chronik deckte den Zeitraum Mitte April bis Ende Mai ab, nicht - wie fälschlich in der Überschrift angegeben - bis Mitte Mai.

Indochina

Vietnam

12.6.
Schweden und Nordvietnam haben ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geschlossen.

13.6.
Vertreter der Vereinigten Staaten, Nord- und Südvietnams sowie der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams haben eine Zusatzvereinbarung zum Waffenstillstandsabkommen für Südvietnam unterzeichnet. Sie sieht vor, daß die USA unverzüglich ihre Luftaufklärung über Nordvietnam einstellen, die Küstengebiete Nordvietnams innerhalb 30 Tagen von Minen räumen und Geräte zur Minenräumung der Binnengewässer bereitstellen.

Ferner werden die Parteien nochmals angehalten, den Kampf um strittige Gebiete einzustellen. Nach Artikel 8 des Abkommens sollen alle Gefangenen innerhalb von 30 Tagen freigelassen werden - spätestens jedoch nach 50 Tagen.

19.6.
In einer Rede zum Tag der Streitkräfte erklärte Thieu in Saigon, es sei naiv zu glauben, die Kommunisten würden den Waffenstillstand ernstlich respektieren.

20.6.
Nordvietnam ist im Begriff, in Laos und Südvietnam ein ausgedehntes Straßennetz auszubauen, das u.a. die Versorgung seiner Truppen zu jeder Jahreszeit sicherstellen soll.

27.6.
Der nordvietnamesische stellvertretende Ministerpräsident Phan de Toai ist im Alter von 89 Jahren gestorben.

Der Hafen von Haiphong ist nach Mitteilung des Pentagon nun vollständig entmint.
Verschärfte Kampftätigkeit im südvietnamesischen Hochland. Vorwürfe von beiden Seiten, wobei der Vietcong seine Angriffe nicht leugnete, sondern die Saigoner Truppen beschuldigte, zuvor Gebiete annektiert zu haben.

2.7.
Abschluß der Minenräumung vor der Küste Nordvietnams. Hanoi beansprucht gemäß den Bestimmungen des Pariser Abkommens noch die Bereitstellung von Geräten zur Entminung der Binnengewässer.

9.7.
Zwei kanadische Offiziere der internationalen Überwachungskommission für Vietnam befinden sich nach Angaben des Vietcong in dessen Gewalt.

11.7.
Die neuseeländische Regierung hat das Handelsembargo gegen Nordvietnam aufgehoben.

19.7.
Die kanadischen Mitglieder der internationalen Überwachungskommission werden demnächst Vietnam verlassen.

22.7.
Ein amerikanischer Vietnam-Veteran hat die US-Luftwaffe beschuldigt, vorsätzlich Krankenhäuser in Vietnam bombardiert zu haben. Der frühere Luftwaffenhauptmann Gerald Greven gilt als Augenzeuge.
Der als künftiger Leiter des CIA vorgesehene William Colby wird sich vor einem Ausschuß des Senats verantworten müssen, nachdem ein Mitglied des Kongresses schwere Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit in Südvietnam erhoben hat.

Kambodscha

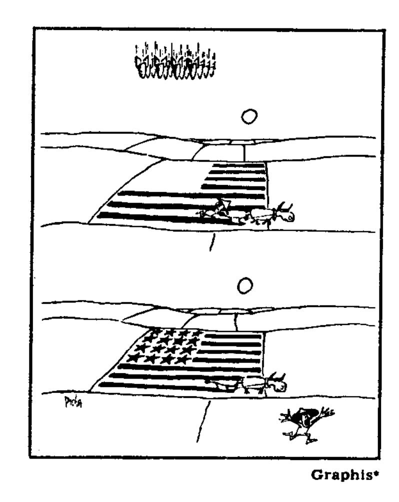
Die Lage in Kambodscha ist einerseits durch anhaltende schwere US-Bombenangriffe besonders im Raum von Phnom Penh und andererseits durch die sich militärisch zuspitzende Lage für das Regime Lon Nol gekennzeichnet, das von den USA am Leben erhalten wird. Es zeichnet sich eine fortschreitende Kambodschanisierung des Krieges ab, da die Nordvietnamesen die Kampftätigkeiten und deren Leitung in zunehmendem Maße den Roten Khmer überlassen. Die Unterstützung seitens der USA wird ab 15. August nachlassen, da der amerikanische Kongreß eine Gesetzesvorlage verabschiedet hat, durch die sämtliche Mittel für die Aktivitäten der amerikanischen Streitkräfte in Indochina von diesem Termin an gesperrt werden.

25.6.
Das amerikanische Repräsentantenhaus

hat die Streichung sämtlicher Kredite für den Bombenkrieg der US-Luftwaffe in Kambodscha und Laos beschlossen. Bei Kämpfen um Phnom Penh gelang es den Guerillas, das wahrscheinlich größte Munitionsdepot der Regierungstruppen in Brand zu setzen.

26.6.
Mit 218 gegen 194 Stimmen lehnte das US-Repräsentantenhaus einen Abänderungsantrag zum am Vortag genehmigten Gesetzesentwurf ab, der Präsident Nixon vor dem Bombardierungsstop eine 60-tägige Frist eingeräumt hätte. Mit 232 gegen 194 Stimmen wurde außerdem ein Zusatzantrag genehmigt, der neue Ausgaben für die Bombardierung von Kambodscha und Laos verbietet.
Der Senat bewilligte gegenüber den von Nixon beantragten 1,31 Mia. Dollar nur 770 Mio. Dollar Militärhilfe.

1.7.
Nixon hat einen Aufschub der Kreditsperre für die US-Kampfaktionen bis zum 15. August vom Kongreß erwirkt, nachdem er eine sofortige Einstellung des Bombenkrieges gegen Kambodscha durch sein Veto verhindert hatte.


Graphis*

5.7.
Nach Schätzungen des amerikanischen Rechnungsamtes haben Truppenkommandanten der kambodschanischen Regierungsstreitkräfte im Januar zwischen 750 000 und 1,1 Mio. Dollar für Soldaten einkassiert, die nicht existieren.
Prinz Sihanouk beklagt die Weigerung Nixons, mit ihm in direkte Verhandlungen einzutreten.

Südasiatischer Subkontinent

Afghanistan

17.7.
General Mohammed Daud rief nach einem Staatsstreich die Republik aus und übernahm die Regierung. Anscheinend hat er seine Position seitdem festigen können, so daß mit einer Rückkehr zur Monarchie nicht mehr zu rechnen ist. Dauds Machtübernahme könnte eine Verschärfung des bisher latenten Konflikts um afghanische Gebietsansprüche in Pakistan zur Folge haben.

26.7.
Daud hat das afghanische Parlament aufgelöst und die Verfassung von 1964 aufgehoben. Die gesamte Legislativ- und Exekutivgewalt liegt damit in seiner Hand.

Pakistan

11.7.
Bhuttos Volkspartei gewann bei den Senatswahlen 35 der 45 Mandate.
Bhutto wurde vom pakistanischen Parlament ermächtigt, Bangla Desh diplomatisch anzuerkennen, wenn ihm der Zeitpunkt geraten erscheine. Bedingung: Gegenseitiger Austausch aller Gefangenen und der Verzicht Daccas auf die Verurteilung von 195 pakistanischen Kriegsgefangenen.

Bangla Desh

16.7.
Die Regierung ist durch einige mit überwältigender Mehrheit vom Parlament verabschiedete Verfassungsänderungen ermächtigt worden, die letzten gesetzlichen Vorbereitungen zur Durchführung von Prozessen gegen 195 pakistanische Kriegsgefangene zu treffen. Es handelt sich um Pakistanis in indischer Gefangenschaft, deren Auslieferung Dacca verlangt.

Burma

11.6.
Der burmesische Ministerpräsident General Ne Win traf zu einem offiziellen Besuch in Djakarta ein. Auf dem Gebiet der Erdölwirtschaft scheint sich eine Zusammenarbeit zwischen Burma und Indonesien abzuzeichnen. Einige Beobachter sehen den Beitritt Burmas zu der Fünfmächtegruppe ASEAN (Singapur, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen) in greifbare Nähe gerückt. Die Tatsache, daß Indonesien eine US-freundliche Regierung hat, die burmesische Regierung sich gegenüber den USA jedoch noch nicht geöffnet hat, gibt Anlaß zu weiteren Überlegungen.

Thailand

22.6.
Eine 35-stündige Demonstration von 40 000 Studenten in Bangkok hat die Forderung erhoben, die Vorarbeiten für die thailändische Verfassung innerhalb von höchstens 6 Monaten abzuschließen.

Korea

23.6.
Der südkoreanische Präsident Park Tschung Hi hat überraschend mitgeteilt, daß sich seine Regierung einer getrennten Aufnahme Nord- und Südkoreas in die Vereinten Nationen nicht widersetzen werde. Dieser Schritt dürfe jedoch die nationale Wiedervereinigung nicht behindern und bedeute auch nicht die Anerkennung Nordkoreas als Staat.

24.6.
Der nordkoreanische Präsident Kim Il Sung erklärte laut einem Bericht der nordkoreanischen Nachrichtenagentur, beide Teile Koreas sollten eine Konföderation bilden und sich so um die Aufnahme in die UNO bemühen.

Vorderer Orient

Libyen

11.6.
Staatschef Ghadhafi verstaatlichte die US-Ölgesellschaft Bunker-Hunt.

Neue Postadresse:
78 Freiburg, Postfach 5328

Neue Telefonnummer:
0761/71101

Syrien

11.6.
Ca. 1800 marokkanische Soldaten, die von König Hassan zum Schutz der syrisch-israelischen Feuereinstellungslinie bereitgestellt wurden, sind im syrischen Mittelmeerhafen Latakia an Land gegangen.

24.6.
Der Ministerrat der Organisation der arabischen erdölproduzierenden Länder (OAPEC) beendete seine Tagung in Damaskus, auf der über die Bildung einer arabischen Erdölinvestitionsgesellschaft und über den Ausbau einer eigenen Tankerflotte gesprochen wurde.

5.7.
Präsident Al-Assad weihte den zur Hälfte durch die Sowjetunion finanzierten Euphratstaudamm ein. Der Damm ist 4,5 km lang und 60 m hoch. Der Stausee wird eine Länge von 80 km erreichen. Die Gesamtkosten werden sich auf 700 Mio. Dollar belaufen. Während der 5-jährigen Bauzeit arbeiteten ca. 600 sowjetische Techniker und 12 000 syrische Arbeiter an dem Projekt.

Irak

2.7.
Putschversuch, in dessen Verlauf der Verteidigungsminister ermordet wurde. Nach Zerschlagung des Putsches wurden 36 der Verschwörung Angeklagte, unter ihnen auch der Sicherheitschef, erschossen. Am 14.7. ließ sich Präsident Hassan-al-Bakr die alleinige Regierungsgewalt übertragen. Ausschlaggebend für die Auseinandersetzung war die Rolle der Armee, die durch die vorjährige Einigung mit den Kurden gegenüber der Baath-Partei an Gewicht verloren hat.

Persien

11.6.
6 der 7 Mitglieder der geheimen Oppositionsgruppe "Befreiungsfront von Iran", die eine Bank in Teheran überfallen und die Entführung des amerikanischen Botschafters geplant haben sollen, wurden zum Tode verurteilt.

Afrika

OCAMM

Die Gemeinsame Afrikanisch-Madegassisch-Mauretanische Organisation, mit der Frankreich weiterhin seine ehemaligen Kolonien dominiert, zerbröckelt langsam.

2.7.
Kamerun erklärt seinen Austritt. Die OCAMM hat ihren Sitz in der Hauptstadt von K., Jaunde.

4.7.
Tschad erklärt seinen Austritt. Von 16 ehemaligen Mitgliedern bleiben damit nur noch 11. Madagaskar ist überdies aus der Franc-Zone ausgetreten und hat eine eigene Zentralbank gegründet (16.6.).

Uganda

26.6.
Amin will nach den Asiaten britischer Herkunft auch 164 000 Flüchtlinge, u.a. aus Zaire, Ruanda und Sudan, des Landes verweisen. Diese Afrikaner hatten im Laufe der letzten Jahre in U. Zuflucht gefunden, während ihre Heimatländer von schweren Unruhen erschüttert wurden.

Kenia

20.7.
Über 1000 asiatischen Geschäftsleuten mit britischer Staatsangehörigkeit ist die "trading licence" (Handelserlaubnis) entzogen worden.

Burundi - Tansania

24.6.
In Hirtenbriefen beschuldigen die

kath. Bischöfe von Tansania und Burundi die Regierung in Bujumbura, Tutsi-Soldaten und -Parteijugend bei ihren erneuten Massenmorden an Hutus (85 % der Bev.) aktiv zu unterstützen. In einem Brief an Afrika-Korrespondenten berichten 8 "Weiße Väter" (kath. Missionare) aus Grenzdörfern zu Tansania von unbeschreiblichen Grausamkeiten und Bombardierung von Hutu-Dörfern durch die Luftwaffe des Landes. In derselben Zeit sollen mindestens 3 Flugzeugladungen mit Waffen und Munition von Libyen an B. geliefert worden sein, als Anerkennung für den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Israel. Eine Massenflucht nach Tansania, Ruanda und Zaire hat eingesetzt.

29.6.
Burundische Soldaten dringen auf tansanisches Gebiet vor und töten 10 Tansanier. Darauf boykottieren die Dockarbeiter in der tans. Hauptstadt Dar es Salaam jeden Warentransport nach Burundi. Die Eisenbahnlinie Dar es Salaam (Meerhafen) - Kigoma (Tanganyikasee) ist ein Lebensnerv Bs.

21.7.
Nach UNO-Angaben fliehen weiterhin täglich 3-400 Personen aus B. Die Zahl der Flüchtlinge habe bereits 85 000 überschritten, wovon 40 000 nach Tansania, 35 000 nach Zaire und 10 000 nach Ruanda geflohen seien.

22.7.
Der Konflikt zwischen B. und T. ist bei einem Treffen der Staatspräsidenten der beiden Länder und Präsident Mobutu von Zaire in Dar es Salaam vorläufig beendet worden.

Rhodesien

Mitte Juni:
Das Grenzgebiet zu Mozambique ist zum militärischen Sperrbezirk erklärt worden. 20 000 Afrikaner wurden ausgesiedelt, um die Region menschenleer zu machen. Die Afrikaner sollen später in nach portugiesischem Vorbild angelegten "Wehrdörfern" angesiedelt werden.

22.6.
F.J. Strauss fordert in Salisbury gute wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und den Ländern des südl. Afrika auch nach dem Beitritt der BRD zur UNO: "Ich kann nicht sehen, warum wir nicht gute kommerzielle Kontakte zu denjenigen haben sollten, die immer unsere Freunde gewesen sind." Rh. war letzte Station einer mehrwöchigen Informationsreise des CSU-Vorsitzenden.

6.7.
17 bewaffnete Männer überfallen eine von deutschen Jesuiten geführte Missionsstation und entführen 282 Personen, die zum großen Teil wieder entkommen. Man wollte sie nach Tansania, Sambia oder Mozambique bringen, um sie zu Freiheitskämpfern auszubilden.



Ruanda

5.7.
Offiziere der Armee unter Generalmajor Habyarimana führen einen unblutigen Staatsstreich durch und entheben Präsident Kayibanda seines Amtes. Wahrscheinlicher Grund für den "coup d'etat" ist die Haltung der Regierung zu den Unruhen in Burundi, die den Hutu-Elementen in der Armee zu wenig energisch schien. Die Hutus hatten 1959 in R. eine erfolgreiche Revolte gegen ihre Tutsi-Beherrscher durchgeführt.

Südafrika

4.6.
Einen Aufruf für den Aufbau einer privaten, 50 Mann starken "Anti-Terror-Gruppe" erließ der pensionierte südafrikanische General Melville. Sie sollte überall gegen die Befreiungsbewegungen und zu Sabotagezwecken eingesetzt werden, z.B. gegen die Eisenbahn von Lusaka nach Dar es Salaam, mit der Sambias Kupferexporte fortan nicht mehr über port. und rhodesisches Gebiet geführt werden müssen. Innerhalb einer Woche meldeten sich 100 Anwärter, darunter auch Geistliche!

15.-17.6.
Internationale Gewerkschaftskonferenz zum Kampf gegen die in Südafrika praktizierte Rassendiskriminierung in Genf. Der Kongreß wurde von den beiden großen Gewerkschaftsvereinigungen, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Weltgewerkschaftsbund gemeinsam organisiert. Die Kongreßteilnehmer stimmten einer Resolution zu, welche zum Boykott der südafrikanischen Waren, Schiffe und Flugzeuge aufrief.

19.6.
Der Vizepräsident der Frelimo, Marcellino dos Santos, bestätigt bei einem Vortrag in London, daß sich 3 Ba-

taillone der SAR-Armee in Mozambique aufhalten, um den Cabora Bassa-Staudamm zu schützen.

29.6.
Der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf fordert in einem Spezialbericht volle Gewerkschaftsrechte für die schwarzen Arbeiter in der SAR.

Portugiesische Kolonien

1.-3.6.
400 port. Kriegsveteranen, die in den afrik. Kolonien gekämpft hatten, treffen sich in Porto zu einem Kongreß und fordern ein unteilbares, multikontinentales Portugal und den kompromißlosen Kampf gegen "jede Form der Subversion".

8.6.
Nach Angaben des Gesundheitsministers der FNLA, S. Abrigada, haben sich FNLA und MPLA zu einem "Obersten Befreiungsrat Angolas" zusammengeschlossen. Die völlige Verschmelzung der Kampfeinheiten werde spätestens im Dezember vollzogen sein. Vorsitzender der neuen Organisation sei der Präsident der FNLA, Holden Roberto. Die MPLA dementierte wenige Tage später diesen Bericht und bestätigte, daß sie auch weiterhin volle organisatorische Eigenständigkeit bewahren wolle.

21.6.
Die IAO in Genf lädt vier Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, die FNLA, MPLA, Frelimo und PAIGC ein, als "authentische Vertreter der Aspirationen ihrer Völker" vor der nächsten Jahreskonferenz zu sprechen.

10.7.
Der kath. Pater Adrian Hastings aus Birmingham beschuldigt die Portugiesen in einem Artikel auf der ersten Seite der Londoner "Times", am 16.12. 1972 das Dorf Wiriyamu im Bezirk Mucumbura (Mozambique) samt 400 Bewohnern auf grausamste Weise zerstört zu haben. Hastings nennt als Informationsquelle mehrere spanische Priester und führt 110 Namen von Opfern des Massakers an. Damit will er die Öffentlichkeit vor dem Besuch Caetanos in London, auf die Art der Beziehungen zwischen London und Lissabon aufmerksam machen.

12.7.
Zwei "Väter von Burgos" überreichen der Presse in Madrid eine Erklärung, die ähnliches für das Dorf Singa im selben Bezirk berichtet. Dies wird überdies von Patres der Brabanter Missionsgesellschaft bestätigt. Im Mailänder "Corriere della Sera" veröffentlicht ein paar Tage darauf Pater Brunelli einen Bericht, der mehrere zerstörte Dörfer in Guinea-Bissao aufzählt. (1) Portugal lehnt die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission ebenso ab wie das Angebot Hastings, zwei Missionare mit einer Journalistengruppe nach Mozambique zu schicken, welche den gerauen Standort des Dorfes Wiriyamu (dessen Existenz bestritten wird) kennten.



Product of Portugal Punch

Am 22.7. geben zwei niederländische Missionare im Radio die Zerstörung zweier Missionsstationen in Angola bekannt, wobei 200 Personen getötet wurden. Sie erklären, Augenzeugen der Massaker gewesen zu sein.

22.7.
Die schwedische Regierung beschließt, die Frelimo mit 5 Mio. Kronen (2 Mio. mehr als ein Jahr zuvor) zu unterstützen, die zivilen Aufgaben zugute kommen sollen.

Lateinamerika

Argentinien

2.6.
Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Gruppen der peronistischen "Frente Justicialista de Liberación" offenbaren die wachsenden Spannungen dieser Vereinigung faschistischer wie sozialistischer Gruppen, die sich aus Protest gegen das herrschende Militärregime unter dem Mythos Peróns verbunden hatten.

10.6.
Cámpora gibt als Kompromißprogramm ein "Sozialpaket" bekannt.
Daraufhin sagen sich Teile des linken Flügels von Cámpora los und gehen in den Untergrund, um den Kompromißkurs mit Entführungen und Attentaten zu bekämpfen.

20.6.
Bei der Rückkehr Peróns werden bei Schießereien auf Kundgebungen rivalisierender Gruppen 20 Menschen getötet und 250 verletzt.
Die "Juventud Perónista" (peronistische Jugend) demonstriert mit anderen Links-Gruppen gegen Cámpora, weil sie bei der Verteilung von Regierungsäm-

tern übergangen wurden.

13.7.
Nach weiteren Unruhen erklärt Cámpora seinen Rücktritt, um Perón die Präsidentschaft nach Neuwahlen zu ermöglichen.

Bolivien

23.6.
Die faschistische Regierungspartei "Sozialistische Falange" spaltet sich nach einem Führungsstreit.

24.6.
Das Banzer-Militärregime kündigt für 1974 die ersten Wahlen seit 1966 an.

Brasilien

26.6.
Präsident Médici benennt als seinen Nachfolger nach den "Wahlen" 1974 General Ernesto Geisel. Die einzig zugelassene Oppositionspartei will aus Protest keinen Gegenkandidaten aufstellen.

9.7.
Neun Geistliche der Provinz Mato-Grosso werden ohne Angabe von Gründen verhaftet. Sie protestierten gegen die Festnahme eines Paters, der sich zusammen mit Bauern gegen "Agrarreformpläne" gewandt hatte.

Chile

Präsident Allende erhält den Lenin-Friedenspreis.

Chile wird von der BRD wieder Kredite (ca. 45 Mio. DM) erhalten.

3.6.
Bei Zusammenstößen mit den trotz staatlicher Verfügung weiterstreikenden Bergleuten von "El Teniente" nimmt die Polizei 80 Personen fest.

7.6.
Nach Verfassungsklagen der Christdemokraten werden zwei Minister von ihren Ämtern suspendiert.

15.6.
Bei Straßenschlachten zwischen den streikenden Bergarbeitern, Gegendemonstranten und der Polizei werden eine Person getötet und über 100 verletzt.

21.6.
Die Gewerkschaftszentrale ruft in fünf Provinzen einen Generalstreik zur Unterstützung Allendes aus.

29.6.
Nach dem Scheitern eines Militärputsches durch ein Panzerregiment mit Unterstützung von Teilen der Rechten wird der Ausnahmezustand verhängt (bis 4.7.). Es gibt 20 Tote und viele Verletzte. Der überwiegende Teil des Militärs steht weiterhin hinter der verfassungsmäßig gewählten Regierung; die Bevölkerung verteidigt Allende durch Besetzung von wichtigen Gebäuden.

2.7.
Nach Annahme eines Vermittlungsvorschlages Allendes wird der Streik in "El Teniente" endgültig beendet.

3.7.
Im parlamentarischen Verfassungsstreit ermöglicht der geschlossene Rücktritt der Regierung eine Kabinettsneubildung unter Beibehaltung der Parteienkonstellation.

26.7.
Ein Berater Allendes wird von Rechtsextremisten ermordet.

Mexiko

11.7.
Bei den Kongreßwahlen geht die PRI (Partido Revolutionario Institutional) des Präsidenten Echevarria Alvárez wieder als klarer Sieger hervor; die parlamentarische Oppositionspartei PAN (Partido Acción National) nimmt zu.

Uruguay

14.6.
Ohne parlamentarische Zustimmung verlängert Präsident Bordaberry den seit Frühjahr 1972 bestehenden Ausnahmezustand.

27.6.
Nach wachsenden Spannungen erzwingen die Militärs die Auflösung des Parlaments. Durch einen Verfassungsbruch übernimmt Bordaberry diktatorische Vollmachten. Darauf hin beschließt der Gewerkschaftsverband CNT (Convención National de Trabajadores) einen Generalstreik.

1.7.
Bordaberry läßt den CNT auflösen und einige seiner Führer sowie Vertreter der Opposition verhaften.
Während der folgenden Streikwellen besetzen Arbeiter und Studenten mehrere Fabriken und Fakultäten. Aus Protest gegen die diktatorischen Maßnahmen treten fünf Minister zurück.

9.7.
In blutigen Straßenschlachten schießt das Militär auf Demonstranten. Es gibt zahlreiche Tote und Verletzte.

12.7.
Nach geheimen Verhandlungen mit Bordaberry beenden die Gewerkschaften den Generalstreik, ohne daß ihre Forderungen erfüllt wurden.

(Siehe auch den Artikel "Putsch in Uruguay" in dieser Nummer)

Ideologiekritik 7

Zentralplanwirtschaft oder Wettbewerbsordnung - eine oberflächliche Alternative

Die etablierte Entwicklungsländerforschung wird nicht müde, immer neue Ursachen für die Rückständigkeit der Dritten Welt nur in den entwicklungsgehemmten Ländern selbst zu finden. Indem sie das Problem auf diese Weise aus seinen geschichtlichen und internationalen Zusammenhängen löst, schiebt sie ausgerechnet den seit Menschengedenken ausgebeuteten und dezimierten farbigen Völkern die Schuld für ihre unerträgliche Lage in die Schuhe. Die eigentlichen Ursachen des Elends macht sie dabei vergessen: noch heute werden diese Völker mit unverminderter Schärfe, wenn auch vielfach mit subtileren Mitteln als zur Zeit des Kolonialismus, von den herrschenden Klassen der kapitalistischen Industrieländer wirtschaftlich, militärisch und kulturell unterdrückt.

Viel benutzte Begriffe, mit deren Hilfe das Problem der Unterentwicklung auf solche Weise reduziert wird, sind "Traditionalismus" (vgl. Ideologiekritik 5, blätter des iz3w 24, S. 6 ff), "Überbevölkerung" (vgl. Ideologiekritik 6, blätter des iz3w 25, S. 7 ff) oder neuerdings "Zentralplanwirtschaft", der die ordnungspolitische Alternative einer "funktionsfähigen Wettbewerbsordnung" gegenübergestellt wird. Die Kritik an diesem bisher gottlob noch nicht sehr populären Ansatz wird im folgenden am Beispiel einer wirtschaftswissenschaftlichen Schrift versucht, die das Begriffspaar "Zentralplanwirtschaft" und "Wettbewerbsordnung" ausdrücklich ins Zentrum der Argumentation rückt: J.-P. Wülbern: Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern. Düsseldorf 1970. Im Text erscheinende Zahlen in Klammern geben Zitate und Belegstellen aus diesem Buch an.

Viele Regierungen in der Dritten Welt bekunden die Absicht, die Rückständigkeit ihrer Länder durch staatliche, zentral geplante Maßnahmen überwinden zu wollen. Von westlichen Sozialwissenschaftlern, unter anderen auch Wülbern, wird das als Trend zur "Zentralplanwirtschaft" gedeutet, unter der folgendes verstanden wird: "Der Staat versucht unter Beibehaltung eines formal unabhängigen privatwirtschaftlichen Sektors den Entwicklungsprozeß 'von oben' zu initiieren und zu lenken, indem er einerseits in einem zentralen Gesamtentwicklungsplan die numerischen Kreislaufgrößen in Form von Zielgrößen vorherbestimmt und andererseits mittels 'eines in aller Regel durch zwangswirtschaftliche Mittel angereicherten Instrumentenkastens' den Entwicklungsprozeß so zu beeinflussen versucht, daß es zu einer Erfüllung der angestrebten Planziele kommt." (26) "Zentralplanwirtschaft" ist demnach z.B., wenn eine Regierung in einem umfassenden Fünfjahresplan vorgesehen hat, daß die Textilproduktion innerhalb des vorgesehenen Zeitabschnittes um 100 % anwachsen soll, und wenn sie versucht, dieses Ziel nicht nur durch Steuervergünstigungen für die Gründung privater Textilbetriebe oder durch hohe Importzölle auf Textilwaren zu erreichen, sondern auch durch strikte Importkontingentierungen, Gründung oder Ausweitung staatlicher Betriebe, scharfe Kontrolle von Preisen und Löhnen, Stillegungs- und Abwanderungsverbote bei ausgleichender Subventionierung usw.

Die Entscheidung für den Plan und gegen den Wettbewerb als vorherrschendes Regulativ der gesellschaftlichen Produktion des Lebens wird von den Eliten der entwicklungsgehemmten Länder durch vier Hauptargumente begründet: Erstens fördert ein zentralgelenkter Wirtschaftsprozeß die angestrebte Bildung von Nationalstaaten. Zweitens kann er die Abhängigkeit vom Kapital der Industrieländer verringern, die bei einer überwiegend marktwirtschaftlichen Struktur unvermeidlich ist. Wenn überhaupt irgendeine Institution, dann vermag drittens nur der Staat in geboten kurzer Zeit Akkumulation und Industrialisierung zuwege zu bringen. Und viertens fehlt es in den meisten Ländern der Dritten Welt an einer breiten Unternehmerschicht als notwendiger Voraussetzung für eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung. Lediglich die Verwaltung kommt daher als Initiator und Lenker der Entwicklung in Frage (13 ff).

Die drei ersten Argumente gegen die Marktwirtschaft, zumal aber der Punkt der strukturellen Abhängigkeit vom ausländischen Kapital, werden von Wülbern bezeichnenderweise kaum diskutiert; darf man daraus schließen, daß sie stichhaltig sind? Und beim vierten kommt er zunächst zu dem plausiblen Ergebnis, daß in den meisten entwick-

lungsgehemmten Ländern in der Tat ein funktionsfähiges Unternehmerpotential fehlt. Es ist eine zwar nicht mehr taufrische, aber auch nicht von der Hand zu weisende Einsicht der Traditionalismus-Theorie, daß dem mancherlei ökonomische und soziokulturelle Barrieren entgegenstehen: Zu vielen Sozialstrukturen der Dritten Welt gehören - ganz anders als in den europäischen und aus Europa verpflanzten Erwerbsgesellschaften - mehr statische, auf die kurzfristige Sicherung der Existenz, aber kaum auf die langfristige Erzielung von Überschüssen gerichtete Einstellungen der wirtschaftenden Personen. Die Daseinsfürsorge wird in der Regel kollektiv geleistet, im Rahmen von Großfamilie, Nachbarschaftsverband oder Dorfgemeinschaft. Individuelle unternehmerische Tätigkeit findet wenig soziale Anerkennung. Im übrigen fehlt es weithin an Vermögen, das als Kapital verwertet werden könnte, an ausgebildeten Arbeitskräften sowie schließlich an Kaufkraft und damit an Märkten. Bei solchen Verhältnissen können sich Einheimische kaum Gewinnchancen ausrechnen. Der Anreiz zu unternehmerischer Tätigkeit fehlt (97 ff).

Da die bürgerliche Ökonomie trotzdem für die Wettbewerbsordnung eintreten will, muß sie sich irgendwie aus der Schlinge ihrer eigenen Feststellungen winden. Sie tut das mit Hilfe von Zirkelschlüssen: Ein Verfahren, mit dem sie auch sonst ihre systemrechtfertigenden Ergebnisse aus dem Hute zu zaubern pflegt.



Während in Wülberns Ansatz nach den ordnungspolitischen Bedingungen gefragt wird, die ein Wachstum der Produktivkräfte fördern, und die Existenz einer breiten Unternehmerschicht als eine unverzichtbare Voraussetzung für den wettbewerbsstimulierten Typus von Akkumulation vorgestellt wird, erscheint später plötzlich umgekehrt die "modernisierende Entwicklung" (d.h. das Wachstum der Produktivkräfte, der "technische Fortschritt" durch Nachahmung der industriellen Entwicklung Europas) als Voraussetzung dafür, daß eine für die Wettbewerbsordnung tragfähige Unternehmerschicht entstehen kann. Mit der "durch die Tendenz zu wachsender Individuation, zunehmender Verhaltensrationalität und steigender gesellschaftlicher Mobilität gekennzeichneten Wandlung traditionaler Gesellschaften wird... die Bedeutung gerade der Faktoren gemindert, die sich bisher als hemmend für die Herausbildung der spezifisch unternehmerischen Verhaltenskriterien erwiesen haben." (106) Der Satz mag stimmen, aber mit ihm zu argumentieren ist sinnlos, wenn man nicht die Folgen, sondern die Voraussetzungen für die Wandlung "traditionaler" Gesellschaften untersuchen will.

Wülbern geht sogar so weit, den Zirkelcharakter seiner Schlüsse selbst einzugestehen. Das hindert ihn freilich nicht daran, das ganze Gebäude seiner Beweisführung auf diesen S and zu stellen. "Wiewohl einerseits erst Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt, werden Kapital, technisches 'know how' und geschulte Arbeitskräfte andererseits gleichsam als 'Nebenprodukt des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses' anfallen." (107) Entwicklung auf dem Boden einer kapitalistischen Wettbewerbsordnung wird also nur stattfinden können, wenn sie sich selbst ihre Bedingungen schafft - und das soll ein wesentlicher Grund sein, sie einer planwirtschaftlichen Ordnungspolitik vorzuziehen.

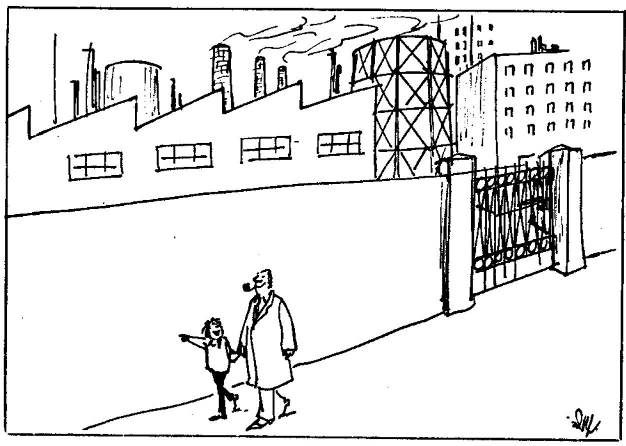
Der hinter dem wissenschaftlichen Brimborium sich verbergende Kern dieses in seiner schlichten Logik umwerfenden Gedankens ist, daß Entwicklung nur dort und nur so stattfinden kann, wo und wie es den mächtigen westlichen Industriekonzernen und -staaten in den Kram paßt. Da deren Interessen natürlich auf die profitable Verwertung ihres in der Dritten Welt investierten Kapitals gerichtet sind, soll nur eine Ordnungspolitik, die die Kapitale schützt und ihre Verwertungsbedingungen so günstig wie möglich gestaltet, als Grundlage der "Entwicklung" brauchbar sein: eben die auf dem Privateigentum an den großen Produktivvermögen beruhende, durch keinerlei gemeinwirtschaftliche Eingriffe gestörte "Wettbewerbsordnung". Gelegentlich wird dieser Zusammenhang ganz unverblümt dargestellt: "darüber hinaus wäre mit der Entscheidung für die Marktwirtschaft und die damit verbundene Verbesserung des privatwirtschaftlichen Investitionsklimas auch der Anreiz für ausländische Privatinvestoren zur Kapitalanlage in den Entwicklungsländern gegeben." (120)

Auf ähnliche Weise werden noch andere triftige Gründe gegen eine privatwirtschaftliche Ordnung übergangen oder umgebogen. Der wichtigste, daß nämlich eine echte Wettbewerbsordnung, in der der Markt Art und Menge der Produktion, Preise, Einkommen usw.

sinnvoll, d.h. zugunsten der Versorgungsbedürfnisse der Volksmassen, reguliert, zumal in der Dritten Welt wegen der ausgeprägten Monopolstellung multinationaler Konzerne überhaupt nicht denkbar ist, fällt völlig unter den Tisch. Zwar scheint eine vage Idee davon irgendwo in Wülberns Hinterkopf herumgespukt zu haben, denn er bemerkt einmal, daß es nicht sicher sei, "ob die 'konsequente Durchführung der Wettbewerbsordnung nicht eine ähnlich große Machtfülle (des Staates) voraussetzt wie eine Zentralverwaltungswirtschaft'." (75) Offenbar ist damit nicht zuletzt gemeint, daß der Staat durch Steuer- und Außenhandelspolitik zunächst den Druck des ausländischen Monopolkapitals ausgleichen soll, um eine Wettbewerbsordnung entstehen zu lassen. Völlig übersehen wird bei solcher idealistischen Einschätzung jedoch, daß dem Staat schon in den kapitalistischen Industrieländern selbst nur ein verhältnismäßig enger Handlungsspielraum vom Monopolkapital gelassen wird: Wieviel mehr ist dann der ungleich schwächere, von verschwindend kleinen Budgets zehrende Staat der entwicklungsgehemmten Länder ein Werkzeug in der Hand der multinationalen Konzerne - zumal, wenn er sich nicht einmal selbst gestattet, einen richtungweisenden Gesamtentwicklungsplan auch nur zu entwerfen!

Wülbern hebt nicht nur die vermeintlichen theoretischen Vorzüge der Wettbewerbsordnung hervor, indem er sie durch Zirkelschlüsse begründet, sondern er möchte vor allem auch Mißstände analysieren, die sich in der Praxis zeigen: Vermögensflucht aus der Dritten in die Erste Welt, Unausgewogenheit zwischen dem raschen Aufbau von hochautomatisierten, spektakulären Rohstoff- und Schwerindustrien in wenigen Wachstumszentren einerseits und der Verzögerung der lebensnotwendigen Entwicklung von landwirtschaftlicher Produktion sowie kleinen und mittleren Industrien, die tatsächlich Arbeitsplätze für Einheimische bieten und lebensnotwendige Gebrauchsgüter zu erschwinglichen Preisen herstellen, andererseits (28 f). Alle diese Mißstände gehen angeblich darauf zurück, daß nicht nur in den Absichtsbekundungen der Regierungen, sondern auch realiter ein Trend zur Zentralplanwirtschaft wirksam sei. Nach Wülbern lassen die Regierungen vieler entwicklungsgehemmter Länder dem marktwirtschaftlichen Sektor tatsächlich nur eine formale Unabhängigkeit, wobei übersehen wird, daß umgekehrt die Handlungsfreiheit der Regierung beispielsweise eines Landes, dessen Gesamtexport zu 70 % aus Rohkakao besteht, eine höchst formale ist, wenn der Weltmarktpreis für Kakao rapide sinkt.

Zudem sind auch hier die Begründungen in der Regel Zirkelschlüsse: Als Ergebnis springt immer wieder genau das heraus, was an unterschwellig wertender Begrifflichkeit in den Argumentationsmechanismus eingefüttert wurde. "Politik", so wird unterstellt, muß notwendig etwas sein, das vor allem zu tun hat mit Irrationalität, mit persönlichem Karrierismus, mit nationalem Prestigedenken, mit Korruption, mit intrigantem Machtkampf einiger weniger, mit schicksalhafter Unsicherheit für alle diejenigen, die glauben, nichts mit ihr zu tun zu haben. Kurzum: Politik ist ein schmutziges Geschäft, mit dem anständige Geschäftsleute sich nicht befassen sollten, während "Wirtschaft" ein System von strenger Sachlichkeit ist, das keinen begünstigt oder benachteiligt (40, 46). Da spricht die bürgerliche Ohne-mich-Ideologie aus dem unbestechlichen, wertabstinenten Nationalökonomen, die allemal den herrschenden Klassen nützt, weil sie sie gewähren läßt.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

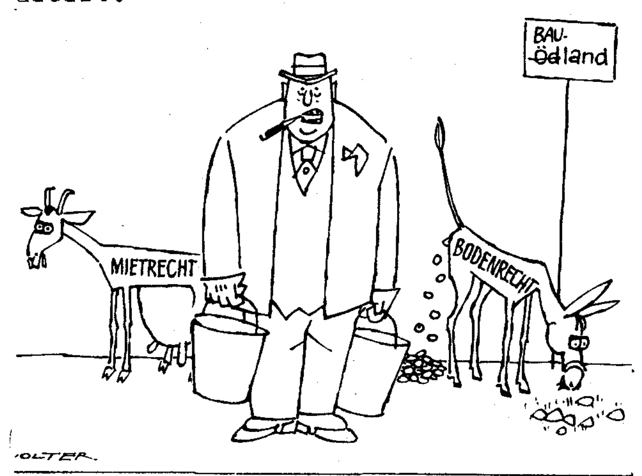
„Denk doch, Papa, daß die nichts produzieren können, ohne dich vorher zu fragen!"

Ultima ratio der Zentralplanwirtschaft sind dezidiert politische Entscheidungen. Auf dem Boden jener eben genannten Vorurteile müssen deshalb natürlich auch die Ergebnisse einer zentral geplanten Wirtschaft "unökonomisch", "entwicklungshemmend" etc. sein. Kausalzusammenhänge sind da schnell und leichtfertig geknüpft: Das Prestigedenken der planenden Politiker blähe die Plandimensionen auf; die Durchführung der überdimensionierten Pläne wird durch ständige, von den Nationalbanken finanzierte Defizite ermöglicht, was außerordentlich inflationsfördernd ist (37 f). Wegen der inflationären Tendenzen brächten die einheimischen Bourgeoisien ihre Vermögen auf den Banken der westlichen Industrieländer in Sicherheit, anstatt sie im eigenen Lande zu investieren. In diesem Verhalten werden sie angeblich durch die "politische" Bedrohung, von der Regierung enteignet zu werden, noch bestärkt (43 f). Das irrationale Prestigedenken der planenden Politiker soll

im übrigen auch schuld daran sein, daß nur in den Ballungszentren industrialisiert wird - und zwar auf außerordentlich hohem technologischen Niveau, so daß das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst werden kann. Die Reihe solcher unbedarften Kausalverknüpfungen, die das bürgerliche Vorurteil gegenüber der Politik nur auf einer wissenschaftlich salonfähigen Ebene verdoppeln, ließe sich fortsetzen.

Anscheinend ist Wülbern bei alledem selbst nicht recht wohl gewesen. Jedenfalls deutet er ganz am Schluß ein Resultat an, das nicht mit den vorhergehenden Argumenten, die deutlich gegen den Plan und für den Wettbewerb sprachen, in Einklang steht. "Da die entwicklungsbedingten Hemmnisse als der Entwicklung schlechthin im Wege stehende Faktoren jedoch nicht nur gegen die Realisierbarkeit einer marktwirtschaftlichen, sondern auch einer planwirtschaftlichen Ordnung sprechen, stehen die Entwicklungsländer gegenwärtig vor folgendem ordnungspolitischen Dilemma: Weder ein auf dem Prinzip zentralstaatlicher Planung und Lenkung basierendes System noch eine auf dem Prinzip dezentraler Individualplanung beruhende Ordnung erscheint funktionsfähig." (119) Nach Wülberns eigenen Worten ist seine Untersuchung also im Grunde ergebnislos. Wer den Zirkelcharakter seiner Beweisführung durchschaut hat, kann davon nicht überrascht werden.

Indes gibt es für das Versagen in Methode und Ergebnis einen naheliegenden Grund. Die begriffliche Ausgangsstellung "Zentralplanwirtschaft" gegenüber "Wettbewerbsordnung" ist insofern falsch, als sie unangemessen ist, als sie das praktische Problem der ökonomischen Abhängigkeit der farbigen Völker mit all ihrem Elend nicht bei der Wurzel packt, als sie versagt vor der brutalen Wirklichkeit des Imperialismus. Ob imperialistische Ausbeutung stattfindet oder nicht, hängt ja weniger davon ab, wie die herrschende Klasse ihre Macht organisiert hat (z.B. mehr zentral, über die von ihr natürlich auch beherrschte Institution Staat, oder mehr dezentral, über ihr einzelnes Mitglied bzw. selbstbestimmendes Kollektiv von Mitgliedern), um den Wirtschaftsprozeß in ihrem Sinne zu lenken, als vielmehr davon, welche Klasse mit welchen objektiven Interessen die Macht überhaupt in Händen hält: die über große Kapitale verfügenden einheimischen und ausländischen Bourgeoisien oder die lohnabhängigen Massen, das Proletariat. Für diese Frage interessiert sich Wülbern jedoch überhaupt nicht, so daß aus seiner Untersuchung auch nicht klar hervorgeht, ob er mit "Zentralplanwirtschaft" eine sozialistische Wirtschaftsweise meint, in der die großen privaten Erwerbsvermögen aufgelöst worden sind, oder eine besondere Organisationsform der Privatwirtschaft, in der die Klasse der Kapitaleigentümer ihre Macht hauptsächlich mit Hilfe des Werkzeuges Staat ausübt.



„Haltet mir die Systemveränderer vom Leib – Recht muß Recht bleiben!"

Die Bourgeoisien verwerten ihr Kapital, um es zu vermehren, um Profite zu erzielen - alles andere ist ideologischer Schein oder allenfalls unbeabsichtigte Nebenwirkung. Ein von ihnen gesteuerter Entwicklungsprozeß - egal, ob das nun mehr zentralplanoder mehr marktwirtschaftlich geschieht - enthält dem Proletariat Mehrwert vor, den es erwirtschaftet hat, und behindert damit die Beendigung ihres Elends. Die Massen dagegen sind primär an der Verbesserung ihrer eigenen Versorgung mit Lebensgütern interessiert. Entwicklung im Rahmen einer Ordnung, in der sie den Wirtschaftsprozeß lenken, in der also die großen privaten Erwerbsvermögen aufgelöst und vergesellschaftet worden sind, läßt daher mehr Hoffnung, daß humane Entwicklungsziele erreicht werden. Dann tritt allerdings das Problem der politischen Organisation entscheidend hinzu: Nur dort, wo sich die Interessen der Massen auch ungebrochen und unverfälscht in den politischen Entscheidungen niederschlagen, wird eine Entwicklung durchzuhalten sein, die ihr Elend tatsächlich beseitigt. Gerade im Sozialismus darf der Weg von den Massen zur politischen Spitze nicht allzu lang und bürokratisch-verschlungen sein. Hier spricht deshalb tatsächlich manches gegen eine allzu zentralisierte, "von oben" gelenkte Planwirtschaft und für ein dezentralisiertes System (weitgehend autonome Räte, Genossenschaften usw.), zumal damit den eigenständigen Sozialstrukturen in vielen Dritte Welt-Ländern entgegengekommen würde.

Wäre Wülbern von der eben skizzierten Alternative zwischen den obersten Strukturbegriffen "Kapitalismus" und "Sozialismus" ausgegangen, statt von der zwischen "Wettbewerbsordnung" und "Planwirtschaft", hätte er zunächst nach alternativen Inhalten der Wirtschaftsweise gefragt statt nach alter-

nativen Formen, dann hätte er für die durchaus richtig geschilderten Mißstände stichhaltige Erklärungen gefunden und sich nicht immer wieder in Zirkelschlüsse zu flüchten brauchen. Denn alle von ihm beklagten Erscheinungen liegen ganz in der Logik des kapitalistischen Systems auf seiner imperialistischen Entwicklungsstufe.

Daß große Vermögen im westlichen Ausland in Sicherheit gebracht und nicht dem einheimischen Wirtschaftsprozeß zugeführt werden, ist erst in zweiter Linie eine Folge von Inflation und Angst vor Enteignung - Enteignung "von unten" nämlich, durch die revolutionären Organisationen der im Elend gehaltenen Volksmassen, nicht "von oben", nicht durch die Regierungspolitik der Bourgeoisien, deren Mitglieder trotz partiell widersprüchlicher Interessen natürlich keinen Klassenkampf gegeneinander führen - in erster Linie ist die Kapitalflucht ganz einfach eine Folge der Tatsache, daß große Vermögen überhaupt im privaten Eigentum sind und ihre Besitzer damit tun und lassen können, was ihr privates Interesse ihnen vorschreibt. Daß lediglich in wenigen Ballungszentren mit schon vorhandener Infrastruktur auf hohem technologischen Niveau industrialisiert wird und daß deswegen die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie nachhinkt, muß darauf zurückgeführt werden, daß solche Investitionen eben am kostensparendsten und also profitabelsten sind, während das "Prestigedenken" der gegenüber den Absichten der großen multinationalen Konzerne ohnehin recht hilflosen einheimischen Politiker hierfür irrelevant erscheint. Auch diese Reihe ließe sich fortsetzen. Wir begnügen uns mit dem Hinweis, daß bei einer Problemstellung solcher Art auch ein klares Ergebnis zu erarbeiten gewesen wäre: die sozialistische Produktionsweise hätte sich gegenüber der kapitalistischen als entwicklungsfreundlicher gezeigt.

Wegen ihres unbedarften Umgangs mit Begriffen stellt die bürgerliche Ökonomie dieses Verhältnis in ideologischer Weise auf den Kopf. Auf der einen Seite verwechselt sie Zentralplanwirtschaft mit Sozialismus und vergißt dessen konstituierende Merkmale: "die zentrale Position des Staates im Entwicklungsprozeß (wird) als wesentliches Element eines sog. 'dritten'... Weges verstanden, der in der Regel als 'sozialistisch' apostrophiert wird." (13) Indem sie die Zentralplanwirtschaft als entwicklungshemmend verwirft, diffamiert sie also verbal den Sozialismus, obwohl sie die Alternative einer sozialistischen Wirtschaftsweise überhaupt nicht inhaltlich diskutiert. Auf der anderen Seite stellt sie ausgerechnet die kapitalistische Wirtschaftsweise als von der Bevölkerungsbasis her reguliertes System vor: " W a s produziert werden soll, hängt grundsätzlich von dezentralen Konsumenten- und Produzentenentscheidungen ab." (23) Daß nicht die Kapitalverwerter die Produzenten sind, sondern die Lohnabhängigen, gerät völlig in Vergessenheit.

hpö

PLAKAT-BAUERNVERLAG

Der Plakat-Bauernverlag will mit seinen Publikationen Gruppen und einzelnen Genossen, die auf dem Land und mit Bauern politische Arbeit machen, Material an die Hand geben, das ihnen hilft, die Probleme der Bauern aus marxistischer Sicht zu verstehen.

Wir sind Mitglieder des Arbeitskreises Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim und des Plakat-Kollektives Stuttgart. Unsere Verlagsarbeit steht in direktem Kontakt mit unserer politischen Aktivität unter Landjugendlichen und Agrarstudenten. Deshalb sind wir auch am Kontakt mit Gruppen und Genossen, die ähnliche Arbeit machen, interessiert.

Die Veröffentlichungen unseres Verlages umfassen im wesentlichen folgende Themenkomplexe:

Marxistische Agrartheorie
Situation der Bauern in der Bundesrepublik
Agrarprobleme in den Ländern der Dritten Welt.

Bisher erschienen sind:

Hamza Alavi, Theorie der Bauernrevolution, 70 Seiten, DM 4

Emil Rechtziegler, Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, 120 Seiten, DM 5

Bauer was nun? Beiträge zur Agrarfrage in der BRD, 80 Seiten, DM 4

Max Kemper, Marxismus und Landwirtschaft, 115 Seiten, DM 5

Materialien 1: Friedrich Pollock, Sozialismus und Landwirtschaft, 55 Seiten, DM -,50

Außerdem geben wir "zur sache" eine Zeitschrift für Landjugendliche und Agrarstudenten heraus.

Alle Bestellungen bitte an:

Plakat-Bauernverlag
c/o Sozialistisches Zentrum
7 Stuttgart 1
Hasenbergstr. 95a

KIRCHE

"DEN BOCK ZUM GÄRTNER MACHEN"

Wie die EKD gegen den Rassismus kämpft

Wie wir in den "blättern" Nr. 25 ("KIRCHE - Kapitalabzug aus dem südlichen Afrika") berichteten, beschloß der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im August 1972 den Verkauf aller Anteile an Firmen, die an Investitionen oder Handel im südlichen Afrika beteiligt sind. (1) Die Vertreter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) stimmten zwar (außer Bischof Lilje) dem Beschluß zu (2), brachten aber während der Debatte vor dem Beschluß mehrere "praktische" Vorschläge ein, die "jetzt schon im Rahmen der bestehenden Gesetze verwirklicht werden könnten" (3). Darunter verstand er - wie aus einer nachträglichen Stellungnahme ersichtlich - verschiedene sozialpolitische Maßnahmen, über deren Verwirklichung er mit den in Frage kommenden deutschen Unternehmen sprechen wollte. (4)

Dieses Gespräch des Rates der EKD mit Vertretern deutscher Firmen fand am 17./18. Mai 1973 in Bad Boll statt und soll fortgesetzt werden. (5) Gesprächsgrundlage war die Arbeit einer Studiengruppe Südafrika bei der Kirchenkanzlei der EKD: Der Analyse der "Lage der schwarzen Bevölkerung Südafrikas" (Arbeitsrechtliche Situation, Löhne und Einkommen, Möglichkeiten der Interessenvertretung der schwarzen Arbeiter, Inner- und außerbetriebliche Sozialleistungen) (6) folgen 6 Fragen an die erwähnten Gesprächspartner der EKD-Vertreter: Eingeleitet mit "Könnten deutsche Unternehmer...?" oder "Wäre es nicht ein überzeugendes Beispiel..., wenn deutsche Unternehmer...?" werden die deutschen Firmenvertreter höflich um Auskunft darüber ersucht, ob sie nicht in ihren Betrieben in der SAR gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit einführen, die selbständige Interessenvertretung und das Ausbildungswesen für die schwarzen Arbeiter fördern, die informellen Rassenschranken abbauen, aus ihren Gewinnen Projekte zur Förderung ökonomischer Chancengleichheit für die Schwarzen unterstützen und innerbetriebliche Sozialleistungen gleichmäßig ihren weißen und schwarzen Arbeitern zukommen lassen könnten bzw. wollten. Begründet werden diese Fragen damit, daß die Forderungen human, berechtigt, sozial, fortschrittlich, antirassistisch oder wirtschaftlich (!) seien.

Diese offensichtliche Fehleinschätzung der Ursachen der Apartheid spiegelt sich natürlich nicht erst in den Fragen, sondern bereits in der voranstehenden Analyse wider: Die Unterprivilegierung der Schwarzen in den verschiedenen Lebensbereichen ist zwar deutlich beschrieben. Und es wird auch gesagt, daß die wirtschaftliche Entwicklung der SAR seit 1911 bis heute nicht zu einer Erhöhung der Realeinkommen der schwarzen Bergleute z.B. geführt hat, daß die Durchschnittseinkommen von weißen und schwarzen Arbeitern sich laufend auseinanderentwikkeln.

Nutznießer dieser Situation aber sind, so die Studie, die ärmeren weißen Volksschichten: "Diese fürchteten, und fürchten heute noch, von der riesigen schwarzen industriellen Reservearmee aus ihren Stellungen verdrängt ... zu werden." (7) Hier wird die tatsächliche Interessenlage vollkommen verkehrt: Die weißen Arbeiter sind doch - trotz ihrer Privilegien - eine unterdrückte und ausgebeutete Klasse! Ein fundamentales Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Situation haben dagegen die in- und ausländischen Firmenbesitzer in Südafrika: Durch die Rechtlosigkeit und Unterbezahlung der Schwarzen, die Unterdrückung ihrer gewerkschaftlichen Organisierung, die Spaltung der Arbeiterklasse in privilegierte Weiße und unterprivilegierte Schwarze gehören die Profitraten der südafrikanischen Industrie zu den höchsten der Welt. (8) Darin besteht auch der Hauptanreiz für ausländische Unternehmen, in der SAR zu investieren: "Die systematische Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft hat zweifellos zur Beschleunigung des normalen Entwicklungstempos beigetragen. Die hohen Profite, ermöglicht durch die billige Arbeit, sind ein wichtiger Anreiz zur Expansion gewesen." (9) (Aus einer UNO-Studie).
Die Studie der EKD meint dagegen: "Soweit in Südafrika eine Ausbeutung besonders des schwarzen Volksteils stattfindet, ist das weitgehend auf diese Furcht (der ärmeren weißen Volksschichten vor Verlust des Arbeits-

SÜDAFRIKA

Textilunternehmen, Jahresumsatz ca. 7 Mio. DM, gute Auftragslage und Gewinne, modernster Maschinenpark, eingeführtes junges (kaufm. und techn.) Management, neues Fabrikations- und Bürogebäude, noch unbebautes Gelände ca. 10 000 qm, besonders verkehrsgünstig gelegen, von Erbengemeinschaft kurzfristig abzugeben. VP 5 Mio. DM. Mehrjährige Finanz. u. U. mögl. Zuschr. HD 8903 Handelsblatt, 4 Düsseldf., Postf. 1102

aus : Handelsblatt

platzes bzw. Minderung der beruflichen Chancen, d.Verf.) zurückzuführen. Die dadurch entstandene Lage schließt eine Mitverantwortung der in Südafrika tätigen Firmen für die Besserung der Verhältnisse nicht aus." (10) Keine Erwähnung der Interessen der Unternehmer an der Aufrechterhaltung des Apartheid-Systems! Da verwundern die Fragestellungen an die deutschen Firmenvertreter (s.o.) nicht mehr, auch nicht, daß der Rat der EKD offenbar diese Leute als Hebel zur Veränderung ansieht. Dabei fällt auch anscheinend die Aussage des Generalsekretärs des Südafrikanischen Gewerkschaftsbundes (TUSCA), Arthur Grobbelaar, nicht ins Gewicht, daß auch die deutschen Firmen in Südafrika ihren schwarzen Arbeitern Hungerlöhne zahlen. (11)

Die Zusammensetzung der Studienkommission ist mir nicht bekannt, es kann hier deshalb nichts über mögliche Hintergründe des Zustandekommens der Studie gesagt werden.

Um aber die Position der EKD in diesen Auseinandersetzungen (z.B. um das Antirassismusprogramm) zu charakterisieren, paßt sie sich gut in den Kontext des bisherigen Verhaltens ein: Das antirassistische "Engagement" bleibt verbal, inkonsequent, die Machtverhältnisse in der BRD werden nicht als eine der Ursachen des südafrikanischen Rassismus benannt und daher auch nicht bekämpft. Die Firmenvertreter sind mit dem Gespräch in Bad Boll und den dort gestellten Fragen gut bedient worden, der vom ÖRK beschlossene (und von der EKD unterlaufene) Boykott wäre ihnen wohl "ungelegener" gewesen.

Ergebnis der Unterredung war dagegen - so die FAZ vom 8.6.73 - der Plan, Möglichkeiten der Kooperation zwischen EKD und Firmen in der SAR zu suchen. Und so sieht das aus: "Die Initiative der EKD zugunsten eines Ausbildungszentrums in einem 'Bantu-Homeland', das Ausgangspunkt für deutsche Investoren werden könnte, wird zur Zeit von deutschen Wirtschafts- und Kirchenvertretern in Johannesburg diskutiert."

Um bei der Begründung des ÖRK-Beschlusses vom August 1972 zu bleiben, daß "ausländische Investitionen im südlichen Afrika die weißen Minderheitsregime in ihrer Unterdrückung der Mehrheit der dortigen Bevölkerung bestärken" (12): Damit unterstützt die EKD die bestehenden Machtverhältnisse im südlichen Afrika!

Ob diese Politik der EKD sich eines Tages ändert, wird vor allem davon abhängen, ob die vereinzelten Gegenaktionen an der kirchlichen Basis einmal dort eine breite Mehrheit finden werden.

bm

Anmerkungen:

1) ÖRK-Referat Kommunikation (Genf), Nr. 4/73, 22. Januar 1973
2) epd-ZA Nr. 209, 27.10.72
3) Evang. Pressedienst-Zentralausgabe (epd-ZA) Nr. 161, 22.8.72
4) epd-ZA Nr. 166, 29.8.72
5) epd-ZA Nr. 96, 18.5.73
6) Titel der EKD-Studie
7) aus der EKD-Studie, Einleitung 2.)
8) E.d.S. Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa, Freiburg 1972, S. 177
9) Sean Gervasi, Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika, United Nations Publications, Freiburg/Offenbach 1972, S. 112
10) aus der EKD-Studie, Einleitung 2.)
11) Frankfurter Rundschau, 15.3.73
12) ÖRK-Referat Kommunikation (Genf), Nr. 4/73, 22. Januar 1973

Weil der Geburtstag Adolf Hitlers in diesem Jahr auf den Karfreitag fällt, muß die „Deutsche Bierhalle" im südafrikanischen Hillbrow am 20. April geschlossen bleiben. Gastwirt Jungnik, der an diesem Tag „immer das beste Geschäft gemacht" hat: „Die Leute, die herkommen, sind sicher keine Nazis."

aus: Spiegel, 26.2.73

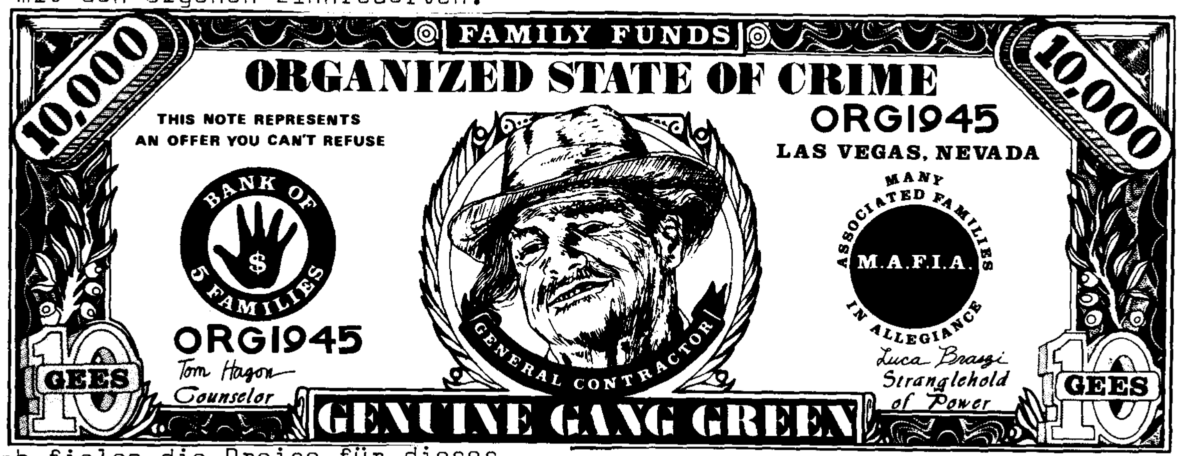
Rohstoffe

Rohstoffdumping der USA

Der folgende Artikel ist eine kurzfassende Übersetzung eines Artikels aus der kubanischen Zeitung "Gramma" vom 6.5.73. Aus dem Spanischen von Conny Zaiss.

Das Gespenst einer erneuten wirtschaftlichen Aggression der Vereinigten Staaten wirft seine Schatten auf die Länder der Dritten Welt und im besonderen auf Lateinamerika. Die Vereinigten Staaten haben gedroht, die Reserven ihrer strategischen Bodenschätze auf den internationalen Markt zu werfen. Strategische Bodenschätze sind vor allem Kupfer, Zinn, Aluminium, Blei, Kobalt, Eisen, Mangan.

Nixon präsentierte dem Kongreß eine Gesetzesvorlage zum Verkauf von Reserven strategischer Bodenschätze über 6 Mia. Dollar. Die Folgen für die lateinamerikanischen Länder sind am besten an historischen Beispielen erkennbar. Bei Beginn der Nationalisierung der bolivianischen Zinnminen 1953 überschwemmte Eisenhower den Markt mit den eigenen Zinnreserven.



Danach fielen die Preise für dieses Metall unter die Produktionskosten. 1964 erzwangen die Vereinigten Staaten wieder eine Preissenkung, bevor sie einen Staatsstreich gegen die Regierung Paz Estenssoro durchführten. 1971 machte Nixon das gleiche, um für die Regierung von General José Torres Schwierigkeiten hervorzurufen.

Jetzt hat der amerikanische Kongreß den Verkauf strategischer Reserven mit einem Wert von 1,9 Mia. Dollar genehmigt. Nixon möchte für mehr als 6 Mia. Dollar verkaufen.

Der Markt wird überschwemmt mit den Erzen, die ernsthafte Schäden für die Wirtschaft von Ländern hervorrufen können, die wie Chile und Peru ihr Recht ausgeübt haben, ihre Bodenschätze vom Imperialismus zu befreien und gegen ihn zu verteidigen und die eine souveräne und unabhängige Außenpolitik begonnen haben.

Wenn die Vereinigten Staaten z.B. ihre Kupferreserven auf den Weltmarkt werfen, starten sie einen offenen wirtschaftlichen Angriff auf Chile und Peru, die wichtigsten Produzenten dieser Bodenschätze in Lateinamerika. Die USA wollen 258 000 t ihrer Kupferreserven auf den Markt werfen. Für Peru bedeutet der Kupferverkauf mehr als 50 % der Deviseneinnahmen, für Chile sogar 70 %. Senkungen des Kupferpreises treffen die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme der antiimperialistischen Regierungen Chiles und Perus.

Aber selbst der bolivianische Staatschef Hugo Banzer, der in gutem Einvernehmen mit der US-Regierung lebt, stellte fest, daß die Entscheidung der Vereinigten Staaten, ihre Zinnreserven auf den Markt zu bringen, für die bolivianische Wirtschaft einen schweren Schaden bedeutet.

Die Gründe für die gegenwärtigen amerikanischen Maßnahmen sind die Dollarkrise, die internen ökonomischen Probleme und die durch die Beendigung des Vietnamkrieges bewirkte Überfüllung der Lagerhallen der Kriegsindustrie mit strategischen Bodenschätzen, die gegenwärtig unbewegliches Kapital darstellen.

Während der Verkauf von strategischen Bodenschätzen von seiten der USA offiziell bekanntgegeben wurde, äußerte der amerikanische Außenminister Rogers vor der Organisation Amerikanischer Staaten: "Die Vereinigten Staaten sehen mit Freude die Möglichkeit, eine konstruktive Art der Beziehungen in der Hemisphäre einzuleiten. Betrachten wir das Jahr 1973 als das Jahr des Aufbaus."

Entwicklungshilfesteuergesetz

Dipl. Volkswirt H.U. Gaerdes liefert uns nachfolgend eine leicht verständliche Auslegung dieses komplizierten Gesetzeswerkes. Ein Mitarbeiter in der Redaktion des iz hatte sich - bezugnehmend auf eine Anzeige im - vertrauensvoll an Herrn Gaerdes gewandt und diesen um Hilfestellung in der Realisierung bestimmter Kapitalanlage-Wünsche gebeten. Er erhielt umgehend diese Antwort (leicht gekürzt):

Entwicklungs-Länder Investitionen

Am Jahresende ist Schluß!

Sichern Sie sich noch Steuer-Spar-Gründe. Beteiligen Sie sich in der deutsch-freundlichen

TÜRKEI

an Hotelbauten, Chemie-Werken, Agrar-Genossenschaften, Motel-Ketten, export-intens. Maschinenfabriken, Bauunternehmen, Bootswerften.

Auch dort gibt es ein Wirtschaftwunder ...

Anfragen an:
H. U. Gaerdes
5 Köln 51, Goltsteinstr. 118

HANS-ULRICH GAERDES
Dipl.-Volkswirt

65 MAINZ
Rheinallee 8
Tel. (06131) 61555

5 KÖLN 51 10.7.73
Goltsteinstraße 118
Tel. (0221) 372528

Betr.: Türkei-Investitionen

Für Ihre Anfrage auf meine Annonce im "Handelsblatt" danke ich verbindlichst.

Ich lege Ihnen eine Fotokopie des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes v. 15. 3.68 bei, die Novelle vom 3.11.72 bringt sachlich keine Neuerungen, sondern verlängert nur den Anlagezeitraum bis 1.1.1974. Der kompliziert klingende Gesetzestext ist an sich ganz einfach: angenommen, Sie legen 20 000 DM 1973 an; dann können Sie in Ihrer Bilanz für 1973 noch einen Bewertungs-Abschlag von 15 % vornehmen, also 3 000 DM. Von den restlichen 17 000 DM nehmen Sie in Ihrer Bilanz (oder Eink. Steuererklärung) eine Rücklage von 50 % vor, also weitere 8 500 DM. Steuerlich sparen Sie also in diesem Jahr 11 500.- DM. Die Rücklage müssen Sie vom 6. Jahr (also 1980) an allmählich auflösen, oder aber Sie müssen von der Rücklage jene Kapitalbeträge jährlich absetzen, die wir Ihnen aus der Türkei überweisen (als Tilgung, nicht als Gewinn-Anteil), diesen müssen Sie nach deutschen Steuersätzen versteuern, abzüglich der türkischen Steuern (Kapitalertragsteuer). Im Einvernehmen mit Ihrem Steuerberater können wir diese Beträge aber je nach Ihren jährlichen Bedürfnissen steuern (manipulieren).

Die von mir im nachfolgenden aufgeführten Projekte sind alle über das Planungsstadium hinaus gediehen und sollen möglichst in diesem Jahr in Angriff genommen und bis Mitte nächsten Jahres beendet sein.

Die Gewinn-Aussichten in der Türkei (man rechnet bei allen derartigen Unternehmen mit rd. 80 % Brutto-Jahresgewinn) sind weniger problematisch als die Gewinn-Transferierung. Normalerweise werden nur 25 % des jeweiligen Jahresgewinns in DM transferiert, überschüssige TL-Gewinne (TL = Türk-Lira, Türkpfund) bedürfen zu ihrem Transfer einer Sondergenehmigung des Türkischen Finanzministeriums, sie sollen nach türkischen Wünschen möglichst auf blockierten TL-Konten verbleiben; also bei Besuchen im Lande verbraucht werden, oder re-investiert werden, oder bis zur endgültigen Auflösung der Anteilhaberschaft (Verkauf der Anteile) liegenbleiben.

Es bestehen jedoch Möglichkeiten, diese TL-Beträge zu übertragen (Gastarbeiter, türk. Importeure, Touristik-Unternehmen).

Bei gemischten Gesellschaften (zB Aydin/Bremen), die ihre TL-Gewinne teils im Lande lassen, teils Devisen-Boni verdienen, könnte die DM-Gewinn-Auszahlung natürlich auch von der deutschen Muttergesellschaft vorgenommen werden.

Ich selbst war zwischen 1955 (bis 1962 war ich Teilhaber einer von mir errichteten Kunststoff-Fabrik in Istanbul, deren Anteile ich dann verkaufte und, mangels Transfer-Genehmigung, in Form von Teppichen, Goldmünzen und Juwelen in DM transferierte) und 1973 etwa sechs Jahre in der Türkei...

Neben den grundbuchlichen Sicherheiten werden den deutschen Anteilnehmern auch Eigentumsvorbehalte (an angekauften Maschinen und Geräten) eingeräumt. Die eingelegten Kapitalbeträge werden also dinglich abgesichert, wobei neben den Zertifikaten des Türkischen Finanzministeriums (in denen auch der Gewinn-Transfer staatlich garantiert wird) auf Wunsch auch Beglaubigungen und Bestätigungen der Deutschen Botschaft in Ankara beigebracht werden können.
Ich würde mich freuen, Ihnen das Land und seine überaus sympathische Bevölkerung zeigen zu können, - abseits der großen Touristenwege, - einschließlich der Interna des Geschäftslebens und der sozialen Gegebenheiten (ein ausgebildeter Facharbeiter oder Mineur kommt zB kaum über 10-15 DM Tagesverdienst).

Meine geschäftlichen Verbindungen in der Türkei sind hervorragend, außerdem habe ich beste Verbindung zu den Behörden, den Militärs und den maßgebenden Industriekreisen.

Vielleicht können Sie sich zu einem Versuch entschliessen, ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

gez. H.U. Gaerdes

Eine Cola für die Überstunde

Pakistani - die neuen Ausbeutungsobjekte einer bundesdeutschen Reederei

Deutsche Seeleute müssen stempeln gehen. Ihre Arbeitsplätze werden von ausländischen Besatzungsmitgliedern eingenommen. Gastarbeiter können besser ausgebeutet werden. Und die sozialliberale Bundesregierung? Sie hilft den armen Reedern mit Subventionen. Hunderte von Millionen Mark gehen dafür drauf. Damit nicht genug. Die Bundesregierung duldet auch die mittelalterlichen Ausbeutungsmethoden. Die derzeit gültige Arbeitserlaubnisverordnung gilt nicht für die Seeschifffahrt. Den deutschen Reedern ist damit ein Freibrief für moderne Sklaverei ausgestellt.

Drei Pakistani bringen die Leistung eines deutschen Seemannes. Die Heuern sind entsprechend anzusetzen. Das ist ein altes Rechenexempel der Hansa-Reederei. Heute gilt ein anderer Standard. Im Frühjahr dieses Jahres ist die Zahl der pakistanischen Besatzungsmitglieder auf Schiffen der Reederei Hansa von je 35 auf 22 reduziert worden. Die Zahl der deutschen Besatzungsmitglieder liegt unverändert bei 16. Auf einem Schiff der Hansa-Reederei fahren also heute unter Umständen insgesamt 38 Besatzungsmitglieder. In den Zeiten, da die Reederei Hansa noch nicht das große Geschäft mit der billigen Arbeitskraft gewittert hatte, fuhren auf einem Schiff meist 40 bis 43 deutsche Besatzungsmitglieder. Mit diesem Zahlenbeispiel ist die alte Behauptung, drei Pakistani ersetzten einen deutschen Seemann, zurückgenommen. Die Behauptung hat ihre taktische Aufgabe verloren. Schließlich diente sie auch nur zur Rechtfertigung der krassen Heuerunterschiede zwischen pakistanischen und deutschen Seeleuten. Aber das ist eben vorbei. Der Profit soll weiter steigen. Das zu verschleiern, scheint nicht mehr nötig zu sein. Die Reederei Hansa setzt nun mit Reduzierung der pakistanischen Besatzungsmitglieder die Arbeitskraft eines Pakistani mit der des deutschen Seemannes gleich.

Das ist Ausbeutung in Varianten. Zunächst einmal sind die angeheuerten Pakistani vom Stand der Ausbildung her nicht in der Lage, die Aufgaben eines deutschen Seemannes voll zu erfüllen. Das Fazit: Die deutschen Kollegen werden stärker belastet, ohne besser bezahlt zu werden. Und die Spitze der Profitgier: Die pakistanischen Seeleute arbeiten weiterhin (trotz Gleichstellung mit dem deutschen Seemann) nahezu für einen Hungerlohn.

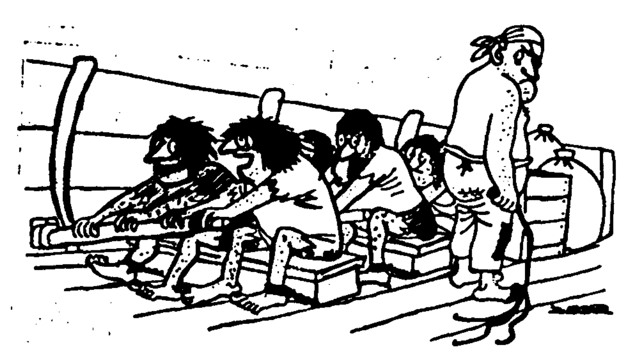
Ein pakistanischer Decksmann (Laskar) erhält je nach Einstufung pro Monat
als Laskar I 204 Rupien = 58,28 DM
als Laskar II 226 Rupien = 64,50 DM
als Laskar III 256 Rupien = 73,14 DM.

Der Greaser (Motorenwärter) erhält soviel wie der Laskar III. Für eine Überstunde bekommt ein Pakistani zwischen 1,25 und 1,50 Rupien. Der Wechselkurs an Bord: 1 DM = 3,50 Rupien. Wegen der unsicheren Lage der Rupie wird großzügigerweise ein 25prozentiger Währungsausgleich bezahlt. Aus den Hungerlöhnen wird jedoch damit keine gerechte Bezahlung.

Sicher, die Pakistani würden in ihrer Heimat kein Vermögen verdienen. Aber wann hat denn ein pakistanischer Seemann überhaupt einmal die Möglichkeit, sein sauer verdientes Geld zu Hause auszugeben? Und die Preise, die er in den Bordkantinen oder den Häfen, die die Hansa-Schiffe anlaufen, zu zahlen hat, werden nicht aus Mitleid herabgesetzt. An den Preisen der Bordkantine zeigt sich das Gesicht des Kapitalisten Marke Hansa-Reederei noch einmal besonders deutlich: Die Entlohnung für eine Überstunde reicht beinahe für die Bezahlung einer Flasche Coca Cola.

Es ist nichts Neues, was da von einer bundesdeutschen Reederei präsentiert wird. Vor Monaten berichtete das ötv-magazin über die Hungerlöhne, mit der die Reederei Hapag-Lloyd Indonesier und Gilbertesen abspeiste. Doch im Vergleich zu den Heuern, die die Hansa-Reederei den Pakistani zahlt, waren sie fast fürstlich zu nennen.

aus: ÖTV-Magazin, Mai 1973



"Erzähl uns doch den Witz von der Mitbestimmung nochmal, Kollege"

Serie: Indonesien (4)

Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Auszug aus einem BMZ-Gutachten (1. Teil)

Vorbemerkung der Redaktion

Mit diesem Beitrag der Indonesien-Serie beginnen wir die Diskussion um die Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Dazu legen wir zunächst in diesem und im folgenden Heft Auszüge aus einem BMZ-Gutachten vor, welches mit Grundlage der westdeutschen Entwicklungspolitik gegenüber Indonesien ist. Dieses relativ umfangreiche Gutachten gliedert sich in 3 Teile, deren Ergebnisse wir zum Abdruck bringen. Im 1. Teil (der Makroanalyse) werden gesamtwirtschaftliche Größen Indonesiens (wie Sozialprodukt, Kapitalbestand, Zahlungsbilanz usw.) untersucht mit dem Ziel, "Engpässe" der Entwicklung ausfindig zu machen. Im 2. Teil (der Sektoranalyse) wird diese Untersuchung vertieft, indem die in der Makroanalyse global festgestellten "Engpässe" (wie etwa "mangelnde Investitionstätigkeit") innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Industrie, Infrastruktur usw.) konkretisiert werden. Im 3. Teil schließlich (den wir aus Raumgründen erst in der nächsten Nummer veröffentlichen) werden die Ergebnisse der Makro- und Sektoranalyse im Hinblick auf "Einstiegsmöglichkeiten für deutsche Entwicklungshilfemaßnahmen" zusammengefaßt.

Das Gutachten wurde von einem Regierungsrat des BMZ und einem Mitarbeiter von Prof. Kruse-Rodenacker im Auftrag des BMZ im Jahre 1971 erstellt.

Man muß u.E. diese Arbeit schon sehr gründlich lesen, um hinter scheinbar plausibler Darstellungsweise und scheinbar kaum kritisierbaren entwicklungspolitischen Vorschlägen die Bedeutung eines solchen Gutachtens erkennen zu können. Dazu hier nur zwei Schlaglichter: zu Beginn des Abschnittes über die "Ergebnisse der Makroanalyse" (s.u.) heißt es, daß die zwei wichtigsten Ursachen für das nur geringe Wachstum des indonesischen Sozialprodukts im hohen Bevölkerungswachstum und in der zu niedrigen Investitionsquote zu finden seien. Zur ersten dieser beiden "Ursachen" haben wir in der letzten Ausgabe der "blätter des iz3w" (in der Reihe "Ideologiekritik") allgemein Stellung genommen. Die Aussage, daß das geringe Wachstum des Sozialprodukts in der geringen Investitionsquote eine seiner wichtigsten Ursachen habe, ist eigentlich tautologischer Natur, d.h. beide Bestandteile dieser Aussage meinen im Grunde dasselbe. Beide Formulierungen stellen das geringe wirtschaftliche Wachstum des indonesischen Sozialprodukts fest, denn die Investitionen sind ja selbst Teil des Sozialprodukts. Diese beiden gleichlautenden Aussagen werden nun aber im Gutachten kausal verknüpft, d.h. sie werden in ein (scheinbares) Ursache-Wirkungs-Verhältnis zueinander gebracht. Damit erhält aber die Aussage, daß das geringe Wachstum des indonesischen Sozialprodukts seine Ursache in der geringen Investitionsquote habe den Charakter einer Aussage wie etwa der, daß die geringe Körpergröße eines Menschen seine wichtigste Ursache in den zu kurz geratenen Beinen dieses Menschen habe.

Diese unkritische und letztlich ideologische Darstellungsweise läßt sich an den verschiedensten Stellen des Gutachtens aufzeigen.

Vielleicht wichtiger als solche auch anderswo anzutreffenden Mängel ist aber u.E. die Art, wie sich dieses entwicklungspolitische Gutachten in die bestehenden Verhältnisse und Entwicklungen in Indonesien möglichst reibungslos einzufügen versucht. Sehr treffend wird es als Ziel des Gutachtens bezeichnet, "Engpässe" in der indonesischen Entwicklung herauszufinden, die dann durch entwicklungspolitische Maßnahmen beseitigt werden sollen. Engpässe sind bekanntlich schwierige (eben enge) Stellen auf einem im Grunde richtigen Weg (dem Weg der "Entwicklung" nämlich). Besonders deutlich wird dieses möglichst reibungslose Einfügen etwa bei den Äußerungen über das Auslandskapital und die materielle Infrastruktur (dem Schwerpunkt der bisherigen Entwicklungspolitik der BRD gegenüber Indonesien). Das Gutachten bietet keine spektakulären Enthüllungen, man wird aber u.E. bei genauem Hinsehen (auf diesen und auf den im nächsten Heft folgenden Teilabdruck des Gutachtens) einiges über die "dienende Funktion" der Entwicklungspolitik sagen können. Einige in diesem Sinne besonders hervorstechenden Stellen des Gutachtens haben wir in Anmerkungen kurz kommentiert.

Makro- und Sektoranalyse zur Erstellung eines mehrjährigen deutschen Hilfsprogramms für Indonesien

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn, November 1971

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist ein Beitrag im Rahmen der im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) angelaufenen Arbeiten zur Erstellung von länderbezogenen mehrjährigen Hilfsprogrammen. Ziel dieser Arbeit ist es, mit Hilfe der Länderplanung über eine Analyse der Makro- und Sektorbeziehungen Einstiegsmöglichkeiten für deutsche Hilfe auszuwählen und eine nach Maßnahmen detaillierte, mit anderen Geberländern abgestimmte mehrjährige Planung der Hilfe zu erreichen. Die Untersuchung wurde - in ständiger Abstimmung mit den beteiligten Ressorts - in zwei Phasen durchgeführt: einer Inlandsphase, in der das vorhandene Material systematisch ausgewertet wurde, und einer Auslandsphase, in der die vorläufigen - theoretisch ermittelten - Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den indonesischen Stellen auf ihre empirische Relevanz überprüft und mögliche Projekt- und Programmansätze erörtert wurden.

TEIL I

C. Ergebnisse der Makroanalyse

Anhand der Makroindikatoren können Aussagen über die wichtigsten Engpässe der indonesischen Wirtschaft getroffen und erste Ansatzpunkte zu ihrer Beseitigung erörtert werden:

I. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes

Es ist offensichtlich, daß das Bruttoinlandsprodukt Indonesiens bis 1968 nur wenig wuchs, pro Kopf gerechnet stagnierte es sogar im großen und ganzen. Erst in den letzten beiden Jahren stieg das reale Wachstum auf über 4 %. Dennoch ist die Größe des Wachstums im Vergleich zu einigen anderen Ländern der Region äußerst gering. Die wichtigsten Gründe dieser ungenügenden Entwicklung liegen:

1. In dem hohen Bevölkerungswachstum.
2. In der zu geringen Investitionsquote.

Falls sich die Geburtenrate kurzfristig nicht senken läßt, muß die Investitionstätigkeit wesentlich erhöht werden, um auf diese Weise ein stärkeres Wachstum des realen Pro-Kopf-Einkommens zu erzeugen.

II. Die Investitionstätigkeit

Trotz des allmählichen Ansteigens der Investitionstätigkeit seit 1968 ist die Investitionsquote noch viel zu niedrig, um eine schnelle und sichtbare ökonomische Entwicklung in Gang zu bringen.

Bei genauer Betrachtung der Investitionsvorhaben fällt vor allem der große Zeitunterschied zwischen den geplanten und den realisierten Investitionen auf.

1. Private ausländische Investitionen

Die seit 1967 bewilligten Investitionen in Indonesien sind trotz des für Ausländer vorteilhaften Investitionsgesetzes ca. zehnmal so hoch wie die in diesem Zeitraum realisierten. Die wesentlichsten Ursachen dafür sind:

a. Ein nur langsam steigendes Vertrauen der Ausländer in die wirtschaftliche und politische Stabilität des Landes.

b. Die unzureichende Klarheit über die Anwendung von Rechtsnormen, insbesondere auf dem Gebiet des Arbeits-, Steuer-, Grund- und Bodenrechts.

c. Die unzureichende administrative Kapazität des Landes und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei dem Kauf von Grundstücken und Gebäuden, beim Import von Kapitalgütern, der Ausstellung von Lizenzen, der Durchführung von Feasibility-Studien usw.

d. Die Unsicherheit über die zukünftige Ergiebigkeit von Bodenschätzen (z.B. Erdöl, Nickel und Zinn). Zwar sind im Bergbau wertmäßig die meisten Investitionen geplant, jedoch werden diese nur sehr zögernd realisiert.

e. Das Fehlen einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur im Transportsektor, in der Energieversorgung und im Nachrichtenwesen.

f. Viele ausländische Unternehmen wollen zudem mit den geplanten Investitionen nur demonstrativ ihr Interesse an den potentiellen Möglichkeiten des großen indonesischen Binnenmarktes bekunden. Für sie ist der Zeitpunkt der Durchführung dieser Projekte noch nicht gekommen.

2. Private inländische Investitionen

Auch die realisierten privaten inländischen Investitionen liegen weit unter den geplanten. Die wesentlichsten Hindernisse hinsichtlich einer Forcierung der privaten inländischen Investitionstätigkeit sind etwas anders gelagert als bei der ausländischen Investitionstätigkeit:

a. Die geringe Finanzkraft einheimischer Unternehmer; die meisten Unter-

nehmen können die benötigten Mittel nicht aufbringen, da die Regierung aus Gründen der Geldwertstabilität eine restriktive Kreditpolitik betreibt und in Indonesien noch kein Kapitalmarkt existiert, der die Beschaffung von Krediten erleichtern würde.

b. Der Mangel an technischem Know-How, Facharbeitern und unternehmerischen Fähigkeiten. Detaillierte Investitionsplanungen sind für die meisten Unternehmen unbekannt, da viele Unternehmer einfach nicht wissen, wie Investitionen, angefangen von den formalen Anträgen bei den Behörden bis hin zur tatsächlichen Beschaffung der Investitionsgüter, praktisch durchgeführt werden sollen. Nachteilig wirkt sich auch das Fehlen von Marktstudien aus.

3. Staatliche Investitionen

Der Staat ist mit 70 % aller getätigten Investitionen der weitaus größte Investor im Lande. Allerdings behindern zahlreiche Schwierigkeiten seine Aktivitäten:

a. Das Fehlen geeigneter Investitionsprojekte auf der Basis von Durchführungsstudien.

b. Die zu zögernde Verausgabung der Mittel, die zu einer Ausgabenflut am Ende eines Haushaltsjahres führt.

c. Die zahlenmäßig zu große, korrupte und wenig effizient arbeitende öffentliche Verwaltung.

4. Die Sparneigung

Die noch zu kleine Investitionsquote von maximal 13 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird letztlich auch von der geringen inländischen Sparquote, die nicht mehr als 8-9 % des BIP beträgt, beeinträchtigt. Dies ergibt eine inländische Finanzierungslücke von 4-5 % des BIP, die fast nur durch Kapitaltransfers aus dem Ausland geschlossen wird.

5. Die Abhängigkeit der Investitionen von den Devisenreserven

Da bis auf wenige Ausnahmen keine Investitionsgüter in Indonesien hergestellt werden können, müssen die meisten importiert werden. (1) Damit wird die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich von der außenwirtschaftlichen Situation des Landes beeinflußt; d.h. von den jeweils zur Verfügung stehenden Devisen.

III. Die Produktionsstruktur

Die geringe Investitionstätigkeit trägt wesentlich dazu bei, daß sich die Produktionsstruktur während der vergangenen 20 Jahre nicht wesentlich verändert hat:

- 50 % des Volkseinkommens entstehen in der Landwirtschaft,
- 17 % im Handel, aber nur
- 10 % in der Verarbeitenden Industrie und 3 % im Bergbau.

Die Wirtschaft des Landes ist von einer niedrigen Produktivität, einem überalteten Maschinenbestand, einer geringen Auslastung der Kapazitäten und einer hohen Zahl Arbeitsloser und Unterbeschäftigter gekennzeichnet.

Die Landwirtschaft, der in dem derzeitigen Fünfjahresplan höchste Priorität eingeräumt wird, soll dazu beitragen, die Lebensmittelproduktion zu erhöhen und eine verbesserte Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Der Aufbau einer Industrie im konsumnahen Bereich ist frühestens im nächsten Fünfjahresplan vorgesehen; d.h. ab Frühjahr 1974. Diese Industrie soll zunächst hauptsächlich zur Exportförderung beitragen. Daneben soll durch sie Kaufkraft bei der Bevölkerung im Lande selbst geschaffen, die bisherigen kleinen Regionalmärkte zu größeren Binnenmärkten ausgeweitet und so die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden.

Somit ist klar erkennbar, daß die Produktionsstruktur des Landes sich zumindest bis 1974 nicht wesentlich ändern wird. Eine Verbesserung der Lage wird sich bis dahin nur dann ergeben, wenn es gelingt:

- die Nahrungsmittelproduktion entscheidend zu steigern,
- die Exporte in Verbindung mit einer Importsubstitution zu fördern, um so die notwendigen Investitionen durchführen zu können und
- die Infrastruktur zu verbessern.

IV. Die Zahlungsbilanz

Aus den vorherigen Ausführungen wird deutlich, welche zentrale Rolle die Zahlungsbilanz einnimmt:

Der Aufbau des Landes hängt weitgehend wegen des außerordentlich hohen Konsumanteils bei der Verwendung des Sozialprodukts und der notwendigen Investitionsgüterbeschaffung von der außenwirtschaftlichen Situation ab.

1. Die ungünstige Exportstruktur

Das Land ist bis heute Rohstofflieferant geblieben. Ca. 60 % der Exporte bestehen aus Öl und Kautschuk; hinzu kommen landwirtschaftliche Produkte, wie Tee, Kaffee, Pfeffer und Copra. Aus dem sekundären Sektor stammen keine nennenswerten Exportgüter.

Die zukünftige Preisentwicklung auf den Weltmärkten wird für diese Güter

unterschiedlich sein. Man rechnet mit einem starken Sinken der Preise bei Kautschuk; die Erlösaussichten hinsichtlich der Ölexporte dürften dagegen insbesondere auf Grund des niedrigen Schwefelgehaltes des indonesischen Öls günstiger zu beurteilen sein.

2. Die ungünstige Importstruktur

Zwar hat sich während der vergangenen Jahre die Zusammensetzung der Importe verbessert, dennoch sind die Konsumgüterimporte (insbesondere Nahrungsmittel und Textilien) immer noch mit über 20 % an den gesamten Importen beteiligt. Es muß allein Reis im Werte von rd. 125 Mio. Dollar pro Jahr importiert werden.

3. Die Devisenlage

Die ungünstigen Import- und Exportstrukturen sowie die hohe Auslandsverschuldung bringen das Land in eine schwierige Devisenlage. Allein der Schuldendienst wird bis zum Ende des Jahrzehnts auf über 20 % der Exporterlöse ansteigen.



Staatsgast **Suharto in Bonn**, Gastgeber: Sicherheitsstufe I

V. Die öffentliche Verwaltung

Die Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung ist einer der größten Engpässe bei der Entwicklung des Landes. Die Bürokratie ist personell überbesetzt und stark korrumpiert. Nach Aussagen des indonesischen Landwirtschaftsministers beschäftigt sie dreimal soviele Beamte und Angestellte wie der indische öffentliche Dienst, der jedoch über 500 Mio. Staatsbürger zu betreuen hat.

Der Verwaltungsapparat ist von einer dünnen und leistungsfähigen Führungsschicht, von einer kleinen Mittelschicht und zahlreichen, ungenügend ausgebildeten niedrigen Beamten und Angestellten geprägt.

Obwohl die Staatsausgaben zu 43 % für Gehaltszahlungen verwendet werden, reichen die Einkommen der einzelnen Beamten und Angestellten meist nicht aus, eine Familie zu ernähren; daher sind viele von ihnen auf Nebeneinnahmen angewiesen.

Die Schwäche des öffentlichen Apparates macht sich insbesondere dort empfindlich bemerkbar, wo nicht nur verwaltet werden muß, sondern im Rahmen der entwicklungspolitischen Zielvorstellungen das "Development Management" zu bewältigen ist. Dabei geht es um die Planung, Koordinierung und Durchführung der Investitionen der öffentlichen Hand. Die administrative Kapazität wird damit für die Fähigkeit Indonesiens, Ressourcen ökonomisch einzusetzen, ein limitierender Faktor.

VI. Die Infrastruktur

Die Bedeutung einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur für die politische Integration des Landes (Nation-Building) ist bei der insularen Zersplitterung Indonesiens offensichtlich. (2) Bisher behindert die wenig entwickelte und zum Teil wieder verfallene Infrastruktur die Investitionstätigkeit, senkt die Produktivität und hemmt das Wachstum der Wirtschaft.
Erfolgversprechend sind die vor zwei Jahren begonnenen Regionalprogramme. Hier werden auf lokaler Ebene Initiativen ergriffen, die sich insbesondere auf den Straßenbau, die Verbesserung der Bewässerungssysteme und den Bau anderer öffentlicher Einrichtungen beschränken. Diese Programme haben einen hohen Beschäftigungseffekt, da sie äußerst arbeitsintensiv durchgeführt werden und nur kurze Ausreifezeiten haben, so daß erste Erfolge sich bald einstellen dürften. Die Frage, welche Bereiche bei dem Aufbzw. Ausbau der Infrastruktur primär gefördert werden sollen, muß einer Sektoranalyse vorbehalten bleiben. Auch sind regionalpolitische Probleme und standorttheoretische Überlegungen insbesondere hinsichtlich der Extraktion, der Verarbeitung und der Vermarktung noch nicht gelöst.

VII. Die Beschäftigungssituation

Wie in anderen Entwicklungsländern werden auch in Indonesien in den kommenden Jahren die Beschäftigungsprobleme in den Vordergrund treten. Die Hauptgründe für die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind:

- die schnell wachsende Bevölkerung;
- die ungünstige Produktionsstruktur, die rd. 70 % der Beschäftigten an die Landwirtschaft bindet;

- die kapitalintensive Produktionsweise in den Plantagen, im Bergbau und in Teilen der Industrie.

Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten steigt rapide. Die Hauptgefahr scheint - zumindest mittelfristig - nicht so sehr in der unmittelbaren Existenzbedrohung der einzelnen, als vielmehr in den zu erwartenden gesellschaftspolitischen Auswirkungen zu liegen. (3)

Wenn es auch vorerst schwierig erscheint, eine Verbesserung der Beschäftigungslage herbeizuführen, so darf gerade dieser Aspekt bei der Entscheidung über die Placierung deutscher Hilfe nicht vernachlässigt werden. Es ist sicher, daß dieses Problem in einigen Jahren Priorität vor allen anderen Zielen erhalten wird.

D. Schlußfolgerungen

I. Steigerung der Investitionstätigkeit

Zur Erhöhung der Investitionsquote und zur Verringerung des zeitlichen Abstandes zwischen geplanten und realisierten Investitionen sollten folgende, nicht sektorspezifische Maßnahmen, die z.T. schon in der Diskussion sind, in Angriff genommen werden:

1. Stimulierung der Investitionsneigung durch Verbesserung der gesetzlichen, organisatorischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

2. Errichtung und Unterstützung staatlicher Investitionskreditbanken zur Versorgung der Wirtschaft mit langfristigen und zinsgünstigen Krediten.

3. Aufbau eines Kapitalmarktes.

4. Aufbau von Industrieparks und Exportförderungszonen.

5. Errichtung eines Amtes für Investitionsförderung, eines Marktforschungsbüros zur Analyse in- und ausländischer Märkte und einer Behörde für Normen- und Qualitätskontrolle.

6. Aufbau eines indonesischen Consultingwesens zur Abwicklung von Beratungs- und Ausbildungsaufgaben.

7. Beschleunigte Erstellung von Feasibility-Studien zum Abbau der Pipeline.

8. Verbesserung der indonesischen Verwaltung durch diverse Ausbildungsprogramme zur Befähigung des "Development Managements".

II. Verbesserung der Zahlungsbilanz

Entsprechende Maßnahmen müssen darauf abzielen, über eine systematische Exportförderung und Importsubstitution das chronische Defizit der Handelsbilanz zu senken und die verbleibende negative Differenz über eine positive Kapitalbilanz auszugleichen. Überschüsse in der Kapitalbilanz sind nur zu erwarten, wenn die Durchführung ausländischer Direktinvestitionen weiterhin favorisiert wird und der Umfang bilateraler und multilateraler Hilfe weiterhin ansteigt, wobei - zur Aufrechterhaltung eines befriedigenden Schuldendienstes - günstige Konditionen gewährt werden müssen.

Zur Exportförderung und Importsubstitution ist es sinnvoll, diejenigen Erzeugnisse zu fördern, die die besten Erlösaussichten haben. Bei der Zusammenstellung des Maßnahmenkataloges muß besonders beachtet werden:

- die zukünftige Preisentwicklung auf dem Weltmarkt
- die Stellung Indonesiens als Anbieter auf dem Weltmarkt
- die Absatzchancen und die Absatzmöglichkeiten in den potentiellen Abnehmerländern
- die mögliche weitere Diversifizierung landwirtschaftlicher Produkte
- die möglichen zusätzlichen Erlöse, die aus der Weiterverarbeitung bestimmter Waren zu Halbfertig- und Fertigerzeugnissen resultieren
- die Vorteilhaftigkeit von Werbemaßnahmen für indonesische Produkte in den Abnehmerländern
- die Produktgestaltung der indonesischen Exportartikel.

Die Exportförderungsmaßnahmen müssen unter einem kurz- und einem mittel- bzw. langfristigen Aspekt gesehen werden. Kurzfristig, d.h. bis 1974, werden sich die Maßnahmen hauptsächlich auf die intensivere Ausnutzung schon bestehender Ressourcen, also auf Öl und landwirtschaftliche Erzeugnisse, beschränken müssen. Im agrarischen Bereich scheint dies besonders sinnvoll, wenn man bedenkt, daß bis heute bei manchen Produkten die Outputmengen früherer Jahre trotz günstiger Weltmarktpreise noch nicht wieder erreicht wurden. Dies gilt vor allem für die Forstwirtschaft und die Diversifizierung einiger landwirtschaftlicher Produkte, in Verbindung mit einer verbesserten Qualität dieser Erzeugnisse. Mittel- und langfristig müssen Maßnahmen zur Exportförderung in anderen Sektoren hinzutreten: hierbei ist zunächst an den Bergbau zu denken, in dem zwar schon jetzt insbesondere von der Privatwirtschaft hohe Investitionen geplant sind, der aber auf Grund der o.e. spezifischen Bedingungen seine Produktion nur sehr langsam steigern kann. Hinzu kommt der Aufbau einer Verarbeitenden Industrie. Auf Grund des bisher noch wenig kaufkräftigen indonesischen Binnenmarktes und der Notwendigkeit, Devisen zu verdienen, muß das Land zunächst gemäß der "Outward-Looking"-Strategie versuchen,

die in diesen Industrien erzeugten Güter auf den Weltmärkten abzusetzen. Eine solche Strategie bedingt eine weitgehende Liberalisierung des Außenhandels und erzwingt wegen des internationalen Wettbewerbs rationelle Produktionsmethoden. Es sollten vor allem Industrien im konsumnahen Bereich, wie die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, und arbeitsintensive Industrien, die das niedrige Lohnniveau des Landes ausnutzen können, errichtet werden.

Im Bereich der Importsubstitution fällt dem Nahrungsmittelsektor eine Schlüsselrolle zu. Er wird bisher von privater indonesischer Seite stark vernachlässigt, könnte jedoch wesentlich zur Verbesserung der Versorgungslage und zur Stabilisierung der Zahlungsbilanzsituation beitragen. Investitionen in diesem Sektor erfordern relativ geringe Kapitalaufwendungen und zeigen wegen der kurzen Ausreifezeit relativ rasche Erfolge.

III. Verbesserung der Beschäftigungslage

Angesichts der aufgezeigten Entwicklung kann die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht mehr als zweitrangiges Ziel neben dem wirtschaftlichen Wachstum behandelt werden. Man sollte daher alle Maßnahmen dahingehend prüfen, inwieweit sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems beitragen. Projekte und Programme, die einen starken Beschäftigungseffekt erwarten lassen, müssen Priorität erhalten; die Möglichkeiten der Schaffung neuer Arbeitsplätze sind in den Sektoren unterschiedlich: zusätzliche landwirtschaftliche Arbeitsplätze lassen sich in nennenswertem Umfang nur dann schaffen, wenn neues Land erschlossen werden kann. Dies ist, wenn überhaupt, nur auf den äußeren Inseln möglich. Da jedoch auf Java die Beschäftigungslage besonders kritisch ist und die Transmigrationsprobleme sich nach herrschender Auffassung nicht lösen lassen (4), gibt es in der Landwirtschaft nur wenig Ansatzpunkte zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen. Langfristig bietet nur die Industrialisierung Chancen für eine echte Lösung des Problems; allerdings kann nicht jeder Industriezweig arbeitsintensiv produzieren. Vieles spricht dafür, daß Indonesien in den kommenden Jahren unter der Voraussetzung niedriger Löhne, einer liberalen Außenhandelspolitik und eines günstigen Investitionsklimas zu einem interessanten Produktionsstandort mit einer zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften werden wird. Neben dem Aufbau des industriellen Sektors können Infrastrukturvorhaben in hohem Maße Arbeitskräfte absorbieren. Für Indonesien gilt dies besonders in der jetzigen Wiederaufbauphase, in der die Rehabilitierung des Verkehrsnetzes und die Instandsetzung der Bewässerungsanlagen im Vordergrund stehen. Neben den Civic Missions der Armee ist hier vor allem an die bereits erwähnten Regionalprogramme zu denken. Im Dienstleistungssektor steht die Entwicklung des Tourismus im Vordergrund. Mit dem Aufbau der Touristikindustrie können zahlreiche Arbeitsplätze nicht nur im Dienstleistungssektor selbst, sondern vor allem in der Bauindustrie geschaffen werden.

Deutsche Botschafterkonferenz in Djakarta

Konferenz der deutschen Missionschefs Asiens

Das Auswärtige Amt teilt mit:

Vom 27. bis 29. April 1973 fand in Djakarta unter der Leitung des Bundesministers des Auswärtigen, Walter Scheel, eine Konferenz der deutschen Missionschefs Asiens statt.

Auf der Konferenz wurden auch Fragen der Entwicklungshilfe eingehend behandelt. Im Einklang mit der Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen wollen wir den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer weiterhin fördern, um die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Ländern zu verbessern. Mit diesem Ziel wird unsere Entwicklungshilfe, von der Asien einen erheblichen Anteil erhält, im bilateralen und multilateralen Rahmen fortgesetzt. Viele asiatische Länder könnten ihre Ausfuhr auf unseren Markt noch erheblich steigern, wie sich umgekehrt auch für die Bundesrepublik Deutschland noch viele ungenutzte Marktchancen in Asien bieten. Deutsche Unternehmer sollen wie bisher ermutigt werden, in asiatischen Entwicklungsländern zu investieren, wenn von diesen Ländern die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Bulletin der Bundesregierung | 4. Mai 1973

TEIL II. Sektoranalyse

A. Einleitung

Das Ergebnis der Makroanalyse bestand in einer Identifizierung von sektoralen und subsektoralen Engpässen, die anhand der Kriterien Investitionstätigkeit, Zahlungsbilanzeffekt, Beschäftigungseffekt und Beitrag zur Diversifizierung der Produktionsstruktur umrissen wurden; die auf diese Weise relativ vage gekennzeichneten Engpässe werden in der folgenden Sektoranalyse zum Zwecke einer detaillierten Kenntnis intensiver beleuchtet.

Im Rahmen der landwirtschaftlichen Entwicklung ist die Beseitigung der Nahrungsmittellücke, die Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Exportförderung und Importsubstitution sowie die Diversifizierung der Produktionsstruk-

tur von hoher Priorität; diejenigen Faktoren, denen im Hinblick auf diese Faktoren wesentliche Bedeutung zukommt (Reis- und Maisproduktion, Fischfang, Viehzucht und Holz) werden daher im folgenden besonders detailliert - soweit es die zur Verfügung stehenden Unterlagen zulassen - behandelt.

Im Bergbau überwiegen die privatwirtschaftlich-ausländischen Aktivitäten; von Interesse sind - im Hinblick auf die Zahlungsbilanz - die Entwicklung der Ölexporte.

Wesentliche Verbesserungen der derzeitigen Produktionsstruktur, Beschäftigungs- und Devisenlage können mit Sicherheit vom Aufbau einer Verarbeitenden Industrie erwartet werden; zu beachten sind in diesem Zusammenhang vor allem: Nahrungsmittel, Textil, Zement, Düngemittel, Holz-, Metall- und Gummiverarbeitung.

Die materielle Infrastruktur (Transport, Elektrizität und Wasserversorgung) wurde hauptsächlich im Hinblick auf diejenigen Vorleistungen behandelt, die sie zum reibungslosen Aufbau der unmittelbar produktiven Sektoren erbringen muß; auf diese Weise wird ihre "dienende" Funktion besonders unterstrichen.

Über die immaterielle Infrastruktur (Bildung, Gesundheit) liegen nur wenige Informationen vor; ihr Zustand erscheint jedoch wenig befriedigend.

C. Schlußfolgerungen (der Sektoranalyse)

I. Methodischer Ansatz

Die in der obigen Sektoranalyse festgestellten Engpaßsituationen werden im folgenden daraufhin geprüft, in welchem Umfang ihre Beseitigung durch indonesische Aktivitäten unter Hinzuziehung ausländischer Hilfe positive bzw. negative Auswirkungen hätte auf

- die Versorgungslage der Bevölkerung
- den Ausgleich der Zahlungsbilanz
- die Schaffung neuer Arbeitsplätze
- die Modernisierung und Diversifizierung der Produktionsstruktur;

weitere Kriterien werden von Fall zu Fall hinzugezogen.

Neue Postadresse:

78 Freiburg, Postfach 5328

Neue Telefonnummer:

0761/71101

Auf exakte funktionale Zusammenhänge zwischen den genannten Aktivitäten und den durch sie beeinflußten Makroindikatoren konnte wegen fehlender ökonomisch-soziologischer Modelle nicht zurückgegriffen werden; insofern haben die dennoch unterstellten Annahmen über diese Kausalzusammenhänge hypothetischen Charakter und bleiben ohne quantitativen Bezug.

II. Sektorale Ansatzmöglichkeiten für deutsche Hilfsmaßnahmen

1. Die Landwirtschaft

Ein wesentliches Ziel der indonesischen Politik ist die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln; daher wird auch in Zukunft die Landwirtschaft innerhalb der indonesischen Wirtschaft dominant bleiben.

a. Reis

Die weitere Förderung der Reisproduktion könnte kurzfristig dazu beitragen, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu verbesserung und zu sichern. Auch nach Erreichen der Selbstversorgung mit Reis, die voraussichtlich 1975 erlangt sein wird, wird die Nachfrage nach Reis absolut weiter ansteigen.

Dennoch scheint unter mittel- und langfristigen Gesichtspunkten aus folgenden Gründen eine Abkehr von der allzu einseitigen Bevorzugung des Reisanbaues angebracht zu sein:

- Eine nennenswerte Erhöhung der Reisproduktion läßt sich durch vermehrten Einsatz des knappen Faktors Kapital relativ leicht erzielen. Größere Schwierigkeiten bereiten hingegen die Beschaffungs- und Absatzprobleme sowie die Verarbeitung und Lagerung der Ernteerträge. Diese Probleme werden im wesentlichen durch die unausgebaute Infrastruktur verursacht.

„Ihr Imperialisten verbreitet überall Elend, Ihr bedrängt dieses Land, und Euch ist es zuzuschreiben, wenn überall im Lande Revolution entsteht ..."

(Sukarno am 2. Dezember 1930 in Bandung)

- Trotz weiterer absoluter Zunahme des Reisverbrauches wird langfristig die Nachfrage nach Reis bei steigendem Einkommen relativ abnehmen. Diese Tatsache macht eine stärkere Diversifizierung des Nahrungsmittelangebotes notwendig.
- Ferner scheint auch aus beschäftigungspolitischen Gründen die Abkehr von der einseitigen Bevorzugung des Reisanbaues wünschenswert. Die Nachfrage nach Arbeit unterliegt in diesem Subsektor starken saisonalen Schwankungen; sie ist in Erntezeiten wesentlich höher als in anderen Monaten des Jahres. Aufgabe einer aktiven Beschäftigungspolitik müßte

es daher sein, die saisonalen Schwankungen auszugleichen. Eine Möglichkeit hierzu wäre die Einpassung von Mais zwischen die Reisernten.

b. Diversifizierung der Nahrungsmittelproduktion

Unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Diversifizierung des Nahrungsmittelangebotes und der gesamtwirtschaftlichen Produktionsstruktur ist eine Ausweitung der Produktion von Gemüse, Mais und Vieh sinnvoll. Diese Subsektoren können außerdem zur Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Importsubstitution beitragen. In fast allen der genannten Subsektoren lassen sich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen; jedoch ist bei dem Anbau anderer Nahrungsmittel sowie bei der Viehzucht auf Java das Landproblem zu beachten:

Entweder sind neue Anbau- bzw. Weideflächen auf den äußeren Inseln zu erschließen (was zugleich die Lösung der Transportprobleme erfordern würde) oder die für andere Produkte verfügbare Fläche wird eingeschränkt oder es gelingt, das Brachland, das zwischen den Ernten und der Aussaat ungenutzt daliegt, sinnvoll zu nutzen.

Eine optimale Politik der Diversifizierung des Nahrungsmittelangebotes kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden. Aufschlüsse hierüber könnten die Ergebnisse einer Forschungsarbeit liefern, die diese Problematik in West-Sumatra untersucht.

c. Plantagenwirtschaft

Die Plantagenprodukte sind heute zwar wesentlich Devisenbringer, langfristig sollten jedoch nur solche Erzeugnisse gefördert werden, bei denen eine günstige Entwicklung der Weltmarktpreise angenommen werden kann, ein relativ großer Binnenmarkt besteht und die zur Versorgung der Bevölkerung beitragen können. Zu diesen Produkten zählen in erster Linie Kaffee, Tee, Öl- und Kokospalmen. Eine endgültige Entscheidung kann jedoch erst nach Erstellung von Feasibility-Studien getroffen werden.

d. Die Fischerei

Eine dominierende Rolle im Rahmen der besseren Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen proteinhaltigen Nahrungsmitteln wird in Zukunft die Fischerei ausüben. Sie könnte ferner zur Exportsteigerung, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Änderung der vorherrschenden Produktionsstruktur beitragen. Zu lösen sind in diesem Subsektor vor allem Vermarktungsprobleme und Schwierigkeiten, die sich bei der Einführung moderner Fangmethoden ergeben.

e. Die Forstwirtschaft

Der Forstwirtschaft kommt im Rahmen der Exportsteigerung und der Bereitstellung neuer Arbeitsplätze besondere Bedeutung bei. Durch die Forstwirtschaft selbst, sowie durch die möglichen Anschlußinvestitionen läßt sich die vorhandene Wirtschaftsstruktur wirkungsvoll ergänzen.

Waldnutzungsprogramme werden vor allem von der Privatwirtschaft durchgeführt. Sie kommen somit für öffentliche Hilfsmaßnahmen nicht in Betracht. Das Gleiche gilt in zunehmendem Maße bei der Holzverarbeitenden Industrie, deren Aufbau auf Grund des Drängens des indonesischen Gesetzgebers allmählich beginnt.

Öffentliche deutsche Hilfsmaßnahmen sollten daher versuchen, zur Beratung und Ausbildung der indonesischen Forstverwaltung beizutragen.

2. Der Bergbau

Durch die Weiterentwicklung des Bergbaues wird auf Grund starker Exportorientierung die Zahlungsbilanz verbessert. Demgegenüber muß den besonderen Bedingungen Rechnung getragen werden, die die potentiellen Aktivitäten in diesem Sektor beeinträchtigen:

- Im Bergbau muß die Produktion kapitalintensiv erfolgen. Diese Situation zeigt sich in der relativ geringen Anzahl der in diesem Sektor Beschäftigten. Eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze scheint nicht möglich zu sein.
- Auf Grund der hohen Investitionskosten bemüht sich die Regierung, vornehmlich die Privatwirtschaft an diesem Sektor zu interessieren.
- Die teilweise monopolistische Stellung Japans als Nachfrager nach indonesischem Öl und Erz schmälert die Exporterlöse - und damit die Staatseinnahmen - und bringt diesen Sektor in eine beträchtliche Abhängigkeit von der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Japans.
- Die geographische Lage der Vorkommen bringt es mit sich, daß keine wesentlichen regionalen Effekte (Bildung zentraler Orte usw.) zu erwarten sind. Bisher wird hauptsächlich Rohöl und Roherz exportiert. Eventuelle Folgeinvestitionen zur Weiterverarbeitung dieser Produkte (Schmelzanlagen, Raffinerien) sind teuer und erfordern hohe Aufwendungen zum Aufbau einer geeigneten Infrastruktur (Transportmittel, Elektrizität usw.).

Auf Grund dieser Überlegungen ist es sinnvoll, der Politik der indonesischen Regierung zu folgen, die in diesem Sektor vornehmlich Privatinvestitionen fördern will.

3. Die Verarbeitende Industrie

Mit Hilfe der Verarbeitenden Industrie dürften sich einige der in der Makroanalyse identifizierten Engpässe beseitigen lassen. Dieser Sektor kann wesentlich zur Exportsteigerung beitragen, bisher notwendige Importe substituieren und die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern.



In der Verarbeitenden Industrie sind die tatsächlichen und potentiellen Aktivitäten privater Unternehmer besonders wichtig. Ihnen sollte grundsätzlich Vorrang vor staatlichen Maßnahmen eingeräumt werden.

Bevor spezielle Förderungsmaßnahmen ergriffen werden, sind zahlreiche fundamentale Probleme zu lösen. Die wichtigsten davon sind:

- Die Beschaffung von grundlegenden Daten und Informationen über die indonesische Industrie (Industriestatistiken),
- die Veränderung zahlreicher Rechtsvorschriften zur Forcierung der Investitionstätigkeit und zur Förderung arbeitsintensiver Technologien,
- die Lösung der Standortprobleme,
- die Entscheidung über die Förderungswürdigkeit der Klein- und Mittelbetriebe, sowie des Handwerks und der Heimarbeit,
- die Klärung der sozialen Folgen auf Grund der Industrialisierung bestimmter Regionen,
- die Analyse der Schlüsselsektoren, von denen die stärksten Wachstumsimpulse ausgehen,
- die Analyse der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage auf den Binnen- und Weltmärkten,
- der Aufbau von zur Industrialisierung notwendigen infrastrukturellen Einrichtungen, wie Straßen, Elektrizitätswerken usw.

a. Die Agroindustrie

Die Weiterverarbeitung von Rohprodukten der Landwirtschaft scheint bei dem derzeitigen Entwicklungsstand der indonesischen Industrie sinnvoll zu sein. Diese Subsektoren leisten einen beträchtlichen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungslage und passen sich zudem gut in die geplante "Outward-Looking"-Strategie ein. Zu nennen sind vor allem die Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln, bestimmten Plantagenprodukten (Kautschuk, Tee usw.), von Fisch und Fleisch.

Maßnahmen in diesem Subsektor müßten vor allem auf die Erhöhung der Produktivität einzelner Betriebe, auf die Verbesserung der Qualität der Produkte sowie auf die Vergrößerung der bisher regional eng begrenzten Märkte gerichtet sein. Wie in der Sektoranalyse dargestellt, dominieren in der Agroindustrie private Interessen. Ausländische Unternehmen befinden sich dabei offensichtlich in einer besseren Wettbewerbssituation als die inländischen, die meist von niedriger Produktivität, kleiner Betriebsgröße und geringer Finanzkraft gekennzeichnet sind.

b. Die Textilindustrie

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Textilien in Indonesien ist im Vergleich zu anderen Ländern gering. 59 % des Angebotes stammen aus Importwaren und rd. 17 % aller Einfuhren sind Textilien. In diesem Industriezweig besteht somit die Möglichkeit, durch Importsubstitution Devisen zu sparen. Entscheidend bei dem weiteren Ausbau der indonesischen Textilindustrie ist, daß sie international wettbewerbsfähig wird, da ein wirkungsvoller Zollschutz wegen der geographischen Zerrissenheit des Landes unmöglich ist und der Binnenmarkt nicht vor unerwünschter ausländischer Konkurrenz gesichert werden kann. Nachteilig wirkt sich dabei aus, daß fast alle zur Herstellung notwendigen Rohstoffe importiert werden müssen. Dieses Problem könnte langfristig teilweise durch den Aufbau einer chemischen Industrie gelöst werden.

Wegen der arbeitsintensiven Produktionsweise in der Textilindustrie und des unter dem südostasiatischen Durchschnitt liegenden Lohnniveaus Indonesiens sowie des potentiell großen Binnenmarktes ist dieser Industriezweig besonders für die Privatindustrie attraktiv. Die für indonesische Verhältnisse außerordentlich rege private Investitionstätigkeit läßt in diesem Subsektor öffentliche Entwicklungshilfemaßnahmen überflüssig erscheinen. (5)

c. Düngemittel und Zement

Zur Importsubstitution und damit zur Entlastung der Zahlungsbilanz können die Düngemittel- und Zementindustrie beitragen. Insbesondere der Düngemittelsektor ist der zentrale zuliefernde Subsektor für die landwirtschaftliche Produktion. Hier befinden sich bereits zahlreiche - durch Kapitalhilfe geförderte - Investitionsvorhaben in der Planungs- bzw. Durchführungsphase. Nach deren Fertigstellung wird das Land in der Lage sein, den dringendsten Bedarf an Düngemitteln aus eigener Produktion zu decken. Damit scheint eine deutsche Beteiligung in diesem Subsektor zumindest mittelfristig nicht notwendig zu sein.

Ähnlich ist die Lage in der Zementindustrie. Mit dem Bau der geplanten Zementwerke in Tjibinong und Bohorok können die Ziele des indonesischen Fünfjahresplanes erreicht werden. Da weitere Investitionen von privater Seite geplant sind, kann spätestens ab 1974 der Zementbedarf Indonesiens aus eigener Produktion gedeckt werden. Zudem bestehen billige Importmöglichkeiten aus Thailand, Süd-Korea und Taiwan (in diesen Ländern sind z.T. Überkapazitäten vorhanden).

d. Metallindustrien

Besonders wichtig für die weitere Industrialisierung Indonesiens ist die Metallindustrie. Sie ist geeignet, die Landwirtschaft mit Geräten zu beliefern und so deren Produktivität zu steigern, den Wiederaufbau der Industrie durch eine verbesserte Ersatzteilversorgung zu beschleunigen sowie zur Modernisierung durch Importsubstitution beizutragen.

Private Investoren bevorzugen wegen höherer Gewinnerwartungen den Bau dauerhafter Konsumgüter wie Klimaanlagen, Emaillegeschirr usw. Sie tragen damit nicht direkt zur Rehabilitation der von der Regierung als wichtig erachteten Sektoren bei.

e. Holzverarbeitende Industrien

Holzverarbeitende Industrien sind relativ arbeitsintensiv und tragen zur Diversifizierung der indonesischen Produktionsstruktur bei. In diesem Subsektor haben u.U. auch kleinere Industrien und Handwerkbetriebe (Möbelherstellung, Reparaturhandwerk) eine Chance. Die indonesische Regierung will private Investitionen in der Holzverarbeitung besonders fördern. Japanische Unternehmen haben bereits mit dem Aufbau einer derartigen Industrie in Kalimantan begonnen. Deutsche Maßnahmen sollten darauf hinzielen, die privaten indonesischen Unternehmen bei dem zu erwartenden Konkurrenzkampf mit ausländischen Investoren wettbewerbsfähig zu erhalten.

4. Der Tourismus

Der Tourismus kann, wie das Beispiel anderer Länder beweist, einen Beitrag zur Verbesserung der Zahlungsbilanz leisten. Auch gehen von ihm beträchtliche Beschäftigungseffekte aus. Da auf diesem Gebiete gute Gewinnaussichten bestehen, sollte dieser Sektor in erster Linie privaten Unternehmen vorbehalten bleiben. Öffentliche Mittel sind nur für flankierende Maßnahmen, wie z.B. die Verbesserung der Infrastruktur und die Werbung im Ausland zu verwenden. (6)

5. Die materielle Infrastruktur

Der Aufbau einer materiellen Infrastruktur ist Voraussetzung für sinnvolle Aktivitäten in den unmittelbar produktiven Sektoren; sie ist die technologische Vorbedingung industrieller Entwicklung. Sie löst darüber hinaus nicht notwendigerweise unmittelbar weitere Wachstumsimpulse aus. Die Praxis zeigt, daß es keineswegs zum spontanen Aufbau industrieller Anlagen kommt, nachdem die infrastrukturelle Ausstattung bereitgestellt wurde.

Die nicht ausgebaute oder wieder verfallene Infrastruktur Indonesiens hemmt jedoch entscheidend die wirtschaftliche Entwicklung, führt zu einer ungleichen regionalen und personalen Einkommensverteilung und fördert die politische Desintegration des Landes. Öffentliche Entwicklungshilfemaßnahmen sind in diesem Sektor daher notwendig und von hoher Dringlichkeit.

a. Der Straßenbau

Zur Integrierung der verschiedenen Teilmärkte Indonesiens und zur Erhöhung der Produktivität in Industrie und Landwirtschaft muß der Rehabilitierung und Erweiterung des indonesischen Straßennetzes hohe Priorität eingeräumt werden. Dem entspricht der indonesische Fünfjahresplan dadurch, daß 49 % der Investitionen im Verkehrssektor für den Straßenbau verwendet werden sollen. Auch andere Geber (insbesondere die IDA, ADB und die USA) haben seine Wichtigkeit erkannt und unterstützen mit umfangreichen Krediten die indonesischen Aktivitäten.

b. Die Eisenbahn

Wie die Analyse der indonesischen Eisenbahn ergab, hat dieser Transportsektor insbesondere im Frachtverkehr kurzfristig keine besonders günstigen Aussichten. Die Gründe sind primär in der geringen durchschnittlichen Streckenlänge der transportierten Güter und in der Dominanz der Landwirtschaft, die den Straßenverkehr begünstigt, zu sehen. Die Entscheidung der indonesischen Regierung, die Eisenbahnen höchstens wieder bis zu dem Stand von 1939 auszubauen, erscheint daher richtig.

c. Die Schiffahrt

Der interinsularen Schiffahrt kommt in dem Inselstaat Indonesien eine hohe Bedeutung zu. Sie ist insbesondere in der Lage, das Nahrungsmitteldefizit der Insel Java durch einen interregionalen Ausgleich der Produktionsüberschüsse zu beseitigen. Außerdem kann sie wesentlich zur gesellschaftlichen Integration und damit zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes beitragen. Demgemäß sieht der Fünfjahresplan vor, neben dem Straßenbau vorrangig die interinsulare Schiffahrt zu fördern. Da - abgesehen von den Niederlanden - ausländische Geber diesen Subsektor bisher kaum beachteten und die indonesische Leistungsfähigkeit nicht ausreicht, die Lage der interinsularen Schiffahrt nachhaltig zu verbessern, befindet sich diese in einem besonders desolaten Zustand. Deutsche Maßnahmen könnten daher einen beträchtlichen Beitrag zu dem Aufbau der interinsularen Flotte sowie zur Rehabilitierung von Häfen und Docks leisten.

d. Der Flugverkehr

Neben der interinsularen Schiffahrt ist die Luftfahrt prädestiniert, die durch die insulare Zerrissenheit Indonesiens entstehenden Verkehrsprobleme zu lösen. Wegen hoher Transportkosten im Flugverkehr und des geringen Anteils hochwertiger Waren an den Transporten sollte z.Z. in der Luftfahrt weniger der Fracht- als vielmehr der Personenverkehr ausgebaut werden.

e. Elektrizität, Nachrichtenwesen und Wasserversorgung

Eine vorrangige Elektrifizierung sollte hauptsächlich in denjenigen Regionen erfolgen, in denen der Aufbau einer Verarbeitenden Industrie geplant ist. Hierbei ist z.Z. die Rehabilitierung des vorhandenen Stromnetzes wichtiger als dessen Erweiterung.

Der Ausbau des Nachrichtenwesens und der Wasserversorgung ist primär in größeren Städten mit vorhandener bzw. entstehender Industrie sinnvoll.

Auf Grund des starken Engagements ausländischer Geber in der Elektrizitätsversorgung und im Fernmeldewesen scheint die weitere Entwicklung dieser Subsektoren vorerst gesichert zu sein. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des Landes wurde bisher jedoch zu wenig Wert auf die Verbesserung der Wasserversorgung (sowohl Wasser für die Industrie als auch Trinkwasser) gelegt.

5. Die immaterielle Infrastruktur

Detaillierte und fundierte Informationen über die immaterielle Infrastruktur sind kaum verfügbar. Der relativ geringe Anteil des sozialen Sektors am Entwicklungsbudget (13 %) und einzelne andere in der Sektoranalyse erkennbare Performanceindikatoren sprechen dafür, daß dieser Sektor bisher bei der indonesischen Entwicklungsplanung stark vernachlässigt wurde. Der große Bedarf an Bildungs- und Gesundheitshilfe läßt daher fast jede Aktivität als sinnvoll erscheinen.

Im Bildungswesen sollten kurzfristige Maßnahmen dazu beitragen, die praxisorientierte Ausbildung von Schülern und Studenten zu verbessern. Dabei wäre insbesondere an eine bessere Ausrüstung der Schulen und Universitäten mit Lehrmitteln und wissenschaftlichen Geräten zu denken. Auch die Durchführung von Fortbildungsprogrammen für Lehrer und Dozenten erscheint

sinnvoll. Durch derartige Maßnahmen lassen sich das gesamte Ausbildungsniveau anheben und bestehende Engpässe auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete (z.B. bei der Management- und Ingenieurausbildung, bei der Ausbildung von medizinischem Personal usw.) beseitigen. Für die Gestaltung der längerfristigen Bildungshilfe sollte der 1973 erscheinende Bericht der UNDP/UNESCO über das indonesische Bildungswesen als Grundlage herangezogen werden.

Im indonesischen Gesundheitswesen deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß einer besseren medizinischen Versorgung der ländlichen Gebiete eine größere Beachtung zu schenken ist. Zur Projektfindung sollte jedoch wegen der nur wenig detailliert vorliegenden Informationen die von der indonesischen Regierung veröffentlichte Projektliste, die sich eng an die Vorschläge des erwähnten Master-Planes anlehnt, herangezogen und von Fall zu Fall über die Möglichkeit deutscher Maßnahmen entschieden werden.

Anmerkungen der Redaktion

1) Warum aber in Indonesien keine Investitionsgüter hergestellt werden können, ist für die Autoren offenbar gar kein Problem und deswegen erübrigen sich für sie auch Veränderungsvorschläge.

2) Die Bedeutung einer Verbesserung der Infrastruktur für die politische Integration Indonesiens ist zwar offensichtlich, aber doch wohl nicht so offensichtlich positiv, wie die Autoren das darstellen. Beispielsweise kann sich die verkehrsmäßige Unerschlossenheit eines Landes durchaus günstig auf die Entwicklung von Widerstandsbewegungen auswirken. Ebenso bildet eine rückständige Infrastruktur für kleinere Betriebe häufig eine Art natürlichen Schutz vor der Übermacht großer Firmen. Denn die in den großen Städten produzierenden Unternehmen können das Hinterland nur dann mit Waren beliefern (und damit kleineren Betrieben häufig zerstörerische Konkurrenz machen), wenn entsprechende Transportwege vorhanden sind.

3) Fast ist es erstaunlich, mit welcher naiven Selbstverständlichkeit die Autoren hier zugunsten des Suharto-Regimes Partei ergreifen, indem sie die Gefahr gesellschaftspolitischer Auswirkungen der Arbeitslosigkeit erwähnen.

4) Die Transmigrationsprobleme betreffen die Zuwanderung von den äußeren Inseln insbesondere nach Java (und da nach Djakarta). Der Anlaß dieser Wanderungsbewegung in die großen Städte ist - wie überall in der Dritten Welt - in der verzweifelten Hoffnung der Menschen zu suchen, in den Zentren eine Arbeit zu finden, mit der sich der Lebensunterhalt sichern läßt. Wenn diese "Transmigrationsprobleme sich nach herrschender Auffassung nicht lösen lassen", so geben die Autoren des Gutachtens damit einmal mehr vollkommen unkritisch die Auffassung der Herrschenden wieder.

5) Wenn die private Investitionstätigkeit sehr rege ist (wenn also hohe Gewinne erzielt werden können), ist Entwicklungshilfe also "überflüssig". Wenn die private Investitionstätigkeit nicht sehr rege ist, ist Entwicklungshilfe offenbar nicht überflüssig.

6) Die Funktion der Entwicklungshilfe, die hier (wie auch in der Textstelle zu Anm. 5) wie selbstverständlich am Beispiel beschrieben wird, ist genau diejenige, die von der linken Kritik der Entwicklungshilfe zugeschrieben wird.

Fortsetzung der Anmerkungen von S.35

ment, welches unmißverständlich auf die Existenz von Klassen im Lande selbst hingewiesen hat.

14) Leider konnten keine neueren Daten denn die angeführten gefunden werden, da weder der "Daily News" noch das neueste stat. Jahrbuch (erscheint erst im August 1973) erhältlich waren.
15) Der "Survey" ist stat. Jahrbuch Tansanias.
16) Iliffe John, Agricultural Change in Modern Tanganyika, Nairobi 1972
17) NZZ 6.2.73
18) Fußnote 15, S. 63
19) BfA, Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft am Jahreswechsel (Tansania), Februar 1973, S. 2
20) Die Informationen über die RDA sind zusammengetragen aus folgenden Quellen: Dumont/Mazoyer, Développement et Socialismes, Paris 1969; Ann Seidman, op. cit.; Wood, A.W., "The Community School in Tanzania - The Experience at Litowa", in: Teacher Education in New Countries, Oxford, 10/1 (Mai 1969), pp. 4-12
21) cf. Lewin/Cunningham, op. cit.
22) "Sozialismus und Agrarentwicklung"
23) Dar es Salaam, Government Printer 1971
24) Dieses Element ist mit der Kollektivierung entscheidend dafür, daß Bauern zu Arbeitern werden.
25) Heinz Hollenstein, Die soziale Schichtung in Tanganyika, Bern 1972 (roneo)
26) Der Begriff "Kulak" stammt aus der Zeit der NEP in Rußland (1920-30) und bezeichnet kap. Bauern, die u.a. Lohnarbeiter anstellen.
27) cf. Fußnote 6

TANSANIA

"UJAMAA" – BAUERNKOLLEKTIVE

Die westlichen Diplomaten in der tansanischen Hauptstadt Dar es Salaam, so schrieb neulich die "Neue Zürcher Zeitung" (1), vermerkten in ihren Berichten gelegentlich mit Sorge, daß Nyerere seine Stellung als Präsident durch oft monatelange Abwesenheit gefährden könnte. Denn nichts vermag ihn davon abzuhalten, alljährlich mehrere Monate im Landrover über schwer passable Sandpisten von Dorf zu Dorf zu fahren, um sich bei den Bauern selbst an Ort und Stelle über die Fortschritte und Rückschläge jener Produktionsgenossenschaften zu informieren, die als "ujamaa"-Dörfer weltweit bekannt geworden sind. Oft greift er selbst zur Hacke. Während dieser Reisezeit müssen Regierungsmitglieder und selbst Staatsbesucher den mühsamen Weg zu Nyereres jeweiligem Aufenthaltsort auf sich nehmen.

Dieses vorbildhafte Verhalten ihres hervorragenden Führers macht die Bedeutung sinnfällig, die man in weiten Teilen Tansanias der "ujamaa"-Bewegung beimißt. Doch den meisten Beobachtern ist sie ein Buch mit sieben Siegeln geblieben. Viele klammern sie deshalb aus ihren Betrachtungen aus (2), andere erkühnen sich, die Behauptung zu wagen, "ujamaa" bilde eine konsequente Anwendung des "wissenschaftlichen Sozialismus" auf afrikanische Verhältnisse (3).

Dieses Auseinandergehen der Einschätzungen ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß man über die Realität der "ujamaa"-Dörfer nur wenig weiß. Die Schriften Nyereres und die Erlasse der Regierung (4) geben kaum einen Begriff von der wirklichen Natur der Umwälzungen, die sich in Tansania auf dem Land abspielen. Die spärlichen Berichte, die nach außen dringen, lassen kein einheitlich abgerundetes Bild entstehen. Forschungsgruppen werden selten zugelassen. Tansaniafahrer brauchen eine Erlaubnis vom Büro des Premierministers, wenn sie sich am Ort über den Stand der Bewegung informieren wollen. Man ist auf offizielle Statistiken, bruchstückhafte Eindrücke einzelner Besucher, Zeitungsberichte der regierungsfreundlichen "Daily News" in Dar es Salaam (5), wenige Forschungsarbeiten (6) und verstreute Dokumente der Universität Dar es Salaam angewiesen. Was die Ambitionen des vorliegenden Berichts auf ein Mindestmaß zusammenschrumpfen läßt...

Der ideologische Hintergrund

Die "ujamaa"-Dorfbewegung wurde nicht erst 1967 ins Leben gerufen, wie vielfach fälschlicherweise angenommen wird. Ihre Ursprünge reichen bis 1962 zurück, als besonders die Jugendliga der Einheitspartei "Tanganyika African National Union" (TANU) einen "call for ujamaa" Präsident Nyereres aufnahm. Das Suahili-Wort (7) "ujamaa" ist schwer einzudeutschen und bedeutet etwa "im Geist der afrikanischen Großfamilie". 1962, ein Jahr nach der Unabhängigkeit, hatte Nyerere in einer programmatischen Schrift (8) das nachkoloniale Tanganyika beschworen, sich geistig auf Entkolonisierung einzustellen und eine Form des nationalen Aufbaus zu verwirklichen, die sich am "Ursozialismus" der vorkolonialen afrikanischen Großfamilie orientiere. Kapitalistische Strukturen der Klassenausbeutung und der Produktion (Lohnarbeit, Privatbesitz an Grund und Boden) seien koloniales Erbe. Die afrikanische Gesellschaft aber müsse weiterhin auf den Prinzipien des Gemeinbesitzes an den Produktionsmitteln, der universellen Verpflichtung zur Gegenseitigkeitshilfe und zur Arbeit sowie der Gleichstellung aller beruhen, was die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse nach ausreichender Ernährung und sozialer Sicherheit anbelange.

Im Enthusiasmus und der Unerfahrenheit der ersten Jahre der Unabhängigkeit baute man ganz auf Spontaneität und Lokalinitiative, um dieses Gesellschaftsziel zu erreichen. Es entstanden viele Selbsthilfeprogramme, die aber meist wieder versandeten, weil man von der Regierung zu wenig Unterstützung erhielt. Auch die meisten neuen Siedlungsdörfer, an die 100 an der Zahl (9), wo der "ujamaa"-Geist Gestalt erhalten sollte, blieben wohlgemeinte Versuche.

Im Februar 1967 veröffentlichte der TANU-Exekutivrat die "Erklärung von Arusha", die eine deutliche Absage an die Wirtschaftspolitik der vorangegangenen Jahre darstellt. Darin fordert man u.a. die Kontrolle der Produktionsmittel durch die Bauern und Arbeiter, den absoluten Vorrang für die landwirtschaftliche Entwicklung und ein Aufbauprogramm, das den Nachdruck auf die vorhandenen Ressourcen und auf das "Vertrauen auf die eigene Kraft" (self-reliance) legt. Damit will man zwei miteinander verbundene Feinde bekämpfen: die Kräfte des in-

ternationalen Kapitalismus, die die Reichtümer Tansanias auch weiterhin zu privatem Nutzen abschöpfen und deshalb den Staat Tansania in Abhängigkeit halten wollen, und die Ausbeuter im eigenen Lande (10).

Die "Erklärung von Arusha" zeitigte drei praktische Maßnahmen: Nationalisierung der wichtigsten Hebel der kapitalistischen Wirtschaftssteuerung (Banken, Versicherungen, Handelsgesellschaften, Industriebetriebe, Plantagen); eine Bildungsreform (11), die den Akzent auf landwirtschaftlich ausgerichtete praktische Volksschulbildung legte; und eine Umgestaltung der Landwirtschaftspolitik im Sinne sozialistischer Zielvorstellungen, eben "ujamaa".



Mwalimu („Lehrer") Nyerere Foto dpa

Im September 1967 veröffentlichte Nyerere ein Dokument "Sozialismus und Agrarentwicklung", worin er die Mobilisierung der Bauern für kollektive Lebensweisen und die Verwirklichung der sozialistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft zum Gebot der Stunde machte: "Land ist das einzige Fundament für die Entwicklung Tansanias; wir haben kein anderes. Wenn deshalb das Leben unserer Bauern nicht auf den Prinzipien des Sozialismus beruht, wird unser Land nicht sozialistisch sein". Er rief die Bauern auf, Produktionsgemeinschaften im Geiste von "ujamaa" zu gründen. Durch die freiwillige Aufgabe ihrer bäuerlichen Existenz und den Zusammenschluß zu einer Gemeinschaft sozialistischer Werktätiger sollten sie fähig werden, aus eigener Kraft ein neues soziales und kulturelles Dasein auf dem Land zu schaffen, frei von Ausbeutung und entwürdigender Armut. Im stetigen gegenseitigen Lernen, im Aufbau einer leistungsfähigen, weitgefächerten Landwirtschaft (12) und in der Verwirklichung eines sozialistischen Gemeinschaftsgeistes werden die Instrumente gesehen, mit welchen die Bauern an allen Fronten gegen das weitere Vordringen des Kapitalismus in der Landwirtschaft und gegen die Dorfbourgeoisie aus Großbauern und Händlern erfolgreich kämpfen können. (13)

Den Vertretern des "ujamaa"-Gedankens war mehr daran gelegen, bei den Bauern selbst denn bei Parteibonzen und Verwaltungsbeamten Gehör zu finden. Das machte Nyerere im nächsten Monat deutlich. Das Parlament war nach Mwanza, der alten Hafen- und Genossenschaftsstadt am Viktoriasee einberufen worden. Nyerere kam zu Fuß an, nachdem er auf einem 220 km langen Marsch von seinem Geburtsort Butiama aus für die "ujamaa"-Dörfer geworben hatte.

Zum gegenwärtigen Stand der Bewegung

Unterdessen sind nahezu 6 Jahre vergangen. Sie haben mindestens in der Beziehung skeptische Voraussagen widerlegt, als die "ujamaa"-Bewegung nicht das Privathobby einiger weniger geblieben ist, sondern Tausende von Bauern miteinbezogen hat.

Aber die tansanischen Statistiken (14) entwerfen ein nüchternes Bild von der gegenwärtigen Lage, wenn auch der "Economic Survey 1971/2" (15) zwischen Juni und Dezember 1971 ein sprunghaftes Anwachsen der "ujamaa"-Dörfer von 2668 auf 4484, der Bevölkerung von 839.000 auf 1.600.000, etwa 15 % der bäuerlichen Bewohner Tansanias, vermerkt. Heute sind die Zahlen mit Bestimmtheit höher, wenn auch in den letzten anderthalb Jahren eine Verlangsamung der Entwicklung eingetreten ist.

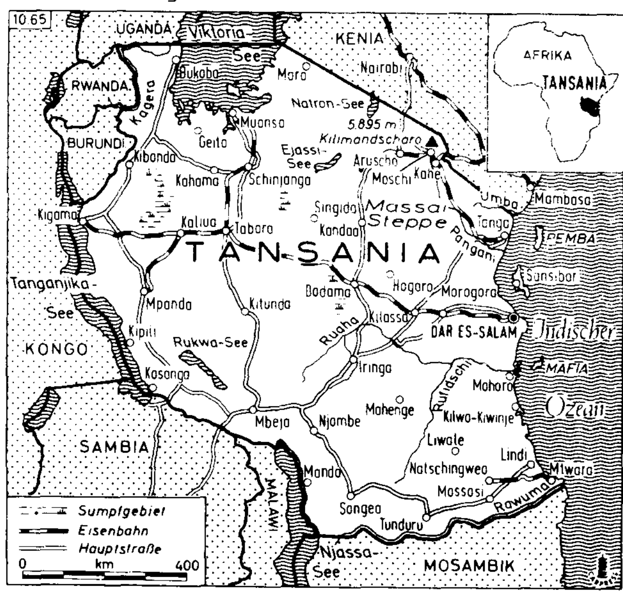
In auffallender Weise konzentrieren sich die Dörfer auf die ärmsten Gegenden des Landes. Durch die Einwirkung der Kolonialherrschaft war nämlich das Wirtschaftsgleichgewicht verschiedener Regionen so stark gestört worden, daß sie relativ und absolut verarmten. (16) Die Kolonialherren hatten Plantagenbesitzer und die zahlenmäßig eher unbedeutenden afrikanischen Kleinbauern, die für den Export produzierten (v.a. Kaffee und Baumwolle), systematisch unterstützt. Dadurch entstanden exportorientierte, relativ gut erschlossene Zonen (Tanga, Kilimandscharo, Viktoriasee), während die übrigen Gebiete nur Lieferanten billiger Wanderarbeitskräfte waren. Diese regionale Entwicklung der Unterentwicklung aber ist eine Hypothek, welche jede Politik der "Befreiung des Entwicklungsprozesses der nationalen Produktivkräfte" (A. Cabral) mit allen Mitteln versuchen muß zu brechen.

Ende 1971 lebten 70 % der "ujamaa"-Bewohner in 5 von 18 Verwaltungsregionen: 4 liegen in den ärmsten Landstrichen südlich der "ökonomischen Trennungslinie" Dar es Salaam - Mwanza, die fünfte ist Nyereres Heimat. Während in der trockenen und wenig fruchtbaren Zentralregion Dodoma 240.000 Menschen in den neuen Dörfern

siedelten, konnten sich in der dichtbewohnten Kaffeeregion Kilimandscharo nur 2600 "wajamaa", d.h. Bewohner eines "ujamaa"-Kollektivs nennen. Stellt die Regierung damit ihr "Bemühen um die ärmsten Schichten des Landes" (17) oder ihre Unfähigkeit unter Beweis, in die Hochburgen des ländlichen Kapitalismus einzubrechen?

Die größte "ujamaa"-Dichte finden wir in den Grenzgebieten zur portugiesischen "Überseeprovinz" Mozambik. Hier hat die Befreiungsbewegung FRELIMO wichtige Operationsbasen. Deshalb wurde die Bevölkerung in strategische Dörfer zusammengezogen, um sie vor den Übergriffen der portugiesischen Kolonialarmee zu schützen, sie politisch bewußt zu machen und Agenten die Arbeit zu erschweren. Mehrmals im Jahr werden Bombenangriffe gemeldet.

Die hohe Zuwachsrate der beiden letzten Jahre ist nicht auf spontane Zusammenschlüsse, sondern auf gezielte "Operationen" der Regierung zurückzuführen. So beschloß man 1970, ein ganzes Hirten- und Ackerbauernvolk, die Gogo, in "ujamaa"-Dörfer umzusiedeln. Ein Planungsteam bereitete die Aktion



vor, die 1971 über 100.000 Menschen betraf. Das Statistische Jahrbuch vermerkt zu derartigen Unterfangen: "Als Ergebnis hastiger Planung waren die Pläne zu einförmig und über die Köpfe der Leute hinweg konzipiert worden." (18)

Schließlich waren im Dezember 1971 nur ein kleiner Teil der neuen Dörfer, genau 98, wirkliche "ujamaa"-Kollektive, d.h. volle Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften auf kommunaler Grundlage. Mitte des Jahres 1972 waren es deren 204, 33 weitere registrierte man auf Bewährung (19). 4125 dagegen befanden sich auf der niedersten Stufe der Gemeinschaftlichkeit, was oft nur die Aufgabe der (in Tansania vorherrschenden) Streusiedlungsweise zugunsten dörflichen Zusammenlebens bedeutete.

Es ist denn auch nicht verwunderlich, wenn selbst wohlgesinnte Tansaniakenner zweifeln, ob die "ujamaa"-Realität den gehegten Zielvorstellungen entspricht. Wie das Ideal in der Wirklichkeit aussehen könnte, das wird am ehesten an der "Ruvuma Development Association" (Ruvuma Entwicklungsvereinigung - RDA) deutlich (20).

Ein Vorbild: die RDA

Das Höchstmaß an Vergesellschaftung und Kooperationsgeist, welches die "ujamaa"-Bewegung von den Bauern fordert, ist nicht auf dem Reißbrett eines beamteten Stubenhockers entstanden. Es ist aus den Erfahrungen der RDA gewonnen worden, die der kanadische Filmschaffende Belkin 1967 "das einzige gelungene Beispiel sozialistischer Landwirtschaft in Afrika" nannte. Sowohl die neue Bildungspolitik wie das "ujamaa"-Programm sind von der Ruvuma-Vereinigung inspiriert worden. Erster Regierungsbeauftragter für die sozialistischen Dörfer wurde ein Ruvuma-Mann, der Abgeordnete Milinga.

Ruvuma liegt rund 900 km von Dar es Salaam entfernt, nahe der mozambikanischen Grenze. Dort fanden sich 1960 9 Mitglieder der TANU-Parteijugend im Dorf Litowa zu genossenschaftlicher Arbeit zusammen. Sie bauten aber vorerst ihre Nahrungsmittel weiter auf Privatparzellen an. Die umliegenden Bauern verharrten in skeptischer Ablehnung, zumal nicht alles reibungslos ablief. 1962 beschlossen die Mitglieder, auch ihre Privatäcker zusammenzulegen. Nachträglich erwies sich dieser Entscheid als Schlüssel zum Erfolg. Der Graben zwischen Produzent und Gemeinschaft war zugeschüttet, die Arbeitskraft des einzelnen konnte sich ungeteilt auf das Kollektiv konzentrieren. Aller erwirtschaftete Ertrag gehörte der Kommune. Die gemeinsamen Anstrengungen führten zu sichtbaren Erfolgen: Der angebaute Tabak war erstklassig, der Maisertrag 10 Mal höher als sonstwo. Die Bewegung griff schließlich auf 15 Dörfer und 200 Familien über.

Die Kollektivierung aller Produktionsmittel ist denn auch ein wichtiges Teilziel der "ujamaa"-Bewegung. Doch sie soll nicht erzwungen oder der Bevölkerung unter Vorspiegelung schimärer Vorteile entlockt werden, sondern das Ergebnis langer Lernprozesse und sozialistischer Überzeugung sein. "Step-by-step transformation", schrittweiser Wandel, heißt die Devise, die als eigentlicher Beitrag Tansanias zur Lösung der Bauernfrage in einer sozialistischen Gesellschaft angesehen wird (21). Dadurch will man ermöglichen, daß regionale Unterschiede und verschiedenste Gesellschaftsstrukturen berücksichtigt werden und daß

sich die Bauern nicht als Lohnarbeiter in Staatsbetrieben ansehen, sondern als überzeugte Werktätige handeln, denn (so Nyerere): "Die Bauern in Tansania, wie ihre Artgenossen überall auf der Welt, haben gelernt, vorsichtig auf neue Ideen zu reagieren, wie attraktiv sie auch klingen mögen; nur Erfahrung wird sie überzeugen." (22)

Führende Persönlichkeiten und Experten müssen mit ihrem Beispiel vorangehen. In Ruvuma entstand eine "Soziale und Wirtschaftliche Revolutionsarmee", der geschulte Leute angehörten, die von Dorf zu Dorf zogen, um technische und administrative Anleitungen zu geben und als Katalysator zu wirken.

Dieser Aspekt wird von den neuen Leitlinien der Partei, "Mwongozo" oder "Dar es Salaam-Erklärung" (1971) (23), besonders betont: "Die Aufgabe einer sozialistischen Partei ist es, die Aktivitäten der Massen anzuleiten." Andererseits: die gegenwärtige Situation in Afrika zeige, daß noch kein Volk die volle Befreiung erreicht habe: "Deshalb sind revolutionäre politische Parteien in unabhängigen afrikanischen Ländern, wie die TANU, in Wirklichkeit immer noch Befreiungsbewegungen." Doch die Führung der Massen erheischt vom "Leader" gewisse Qualitäten: "Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um bewußt Gleichheit zwischen Führern und Geführten herzustellen. Einem tansanischen Leader muß es verboten sein, sich arrogant, extravagant, anmaßend und unterdrückerisch zu verhalten. Der tansanische Leader muß ein Mensch sein, der die Leute achtet, sich nicht selbst zur Schau stellt und der kein Tyrann ist. Er sollte Heroismus und Tapferkeit an den Tag legen und ein Meister der Gerechtigkeit und Gleichheit sein."

Grundlage der "ujamaa"-Dörfer soll nicht irgend ein materieller Anreiz von außen, sondern der Wille der Bewohner sein, ihr Dasein aus eigener Kraft zu verändern, den Produktionskampf für ein menschenwürdiges Leben selbst zu führen. In Ruvuma gab es nur wenige Maschinen: 1 Traktor, 1 Land-Rover, ein paar motorisierte Maismühlen. Die Regierung stellte technische Hilfe, kaum Kredite zur Verfügung. Dennoch entfaltete die Gemeinschaft erstaunliche Aktivitäten. Arbeitsbrigaden, die nach Anzahl und Qualität geleisteter "Werkeinheiten" kollektiv entlohnt wurden (24), bebauten Felder und Gemüsegärten, betrieben eine mechanische Werkstatt, eine Backsteinziegelei, mehrere Maismühlen, eine Sägerei und eine kleine Wollspinnerei und -weberei. Das Dorfleben wies vielfach städtische Vorzüge auf. In Litowa hatte schließlich jedes Haus fließendes Wasser. Die Siedlung wies einen Kaufladen, einen Sanitätsposten, eine Sammelschule für die 15 Dörfer mit 250 Schulkindern auf, was einer 100 %igen Alphabetisierung der Jugend entsprach, und plante die Erneuerung aller Wohnhäuser. Das soziale und kulturelle Leben wird als vielfältig bezeichnet, während sonst die afrikanische Jugend das Landleben als totlangweilig verschreit, übrigens ein wichtiger Grund für die Landflucht. All dies hatte man meist in Selbsthilfe geschaffen.

Besonders die Volksschule beeindruckte durch Dynamismus und Gemeinschaftsgeist. Sie war ganz auf die Ziele der Ruvuma-Vereinigung zugeschnitten. Die Lehrer wiesen sich über ein hohes sozialistisches Engagement aus und waren gut in die Gemeinde integriert.

Geistige Lehrinhalte und manuelle Tätigkeit durchdrangen sich und erzogen die Schulkinder dazu, Arbeitsethos, Kooperation und Selbstverwaltung zu würdigen und zu erlernen. Ein Schülerausschuß wachte über die Belange der Lernenden, teilte die Arbeitsgruppen ein und entwarf Selbsthilfeprojekte. So entstand eine kleine Wollmanufaktur, wo Jugendliche die Schafschur eines Nachbardorfes verarbeiteten. Kinderpflege, Stricken, Ackerbau und Sanitätsdienst konnten erlernt werden. Um den Dorfbewohnern ihre einseitige, proteinarme Ernährung abzugewöhnen, plante man eine Hühner- und Kaninchenfarm, einen Fischteich und eine Schweinezucht. Die Schüler halfen beim Straßen- und Brückenbau, beim Viehhüten und bei der Ernte mit.

So vollzog sich auch in den Köpfen der Eltern ein Wandel: Die Schulbildung wurde nicht länger als ein Mittel begriffen, um die Tüchtigsten auf eine städtische Beamtenkarriere vorzubereiten. Es gab keinen Grund mehr, deswegen auf die Kinder Leistungsdruck auszuüben.

Die Ruvuma-Vereinigung versinnbildet damit einen für Afrika neuen Entwicklungsweg, der an den konkreten Bedürfnissen der Bauern anknüpft, um sie zu eigenständiger Verbesserung ihres Daseins und ihrer Leitungsfähigkeit anzuleiten. Wie das Beispiel der Volksrepublik China zeigt, kommt der Entstehung einer "Dorfindustrie" fundamentale Bedeutung zu. Von ihr gehen jene Wachstumsimpulse aus, welche die bäuerliche Wirtschaft aus ihrer geringen Produktionskapazität befreien und aus lokaler Bedarfsausrichtung in den nationalen Austausch einführen.

Sozialistischer Geist läßt sich aber nur durch praktische Ausübung erwerben. Deshalb war die Selbstverwaltung oder Dorfdemokratie der Eckstein der Ruvuma-Vereinigung. Das Dokument "Sozialismus und Agrarentwicklung" legt denn auch darauf besonderes Gewicht: 'Die Dorfdemokratie muß von Anfang an

wirksam sein; hier gibt es keine Alternative, wenn das System gelingen soll." Zweimal in der Woche traf man sich zur "chakula cha ujamaa", einer kommunalen Mahlzeit, wo die werktätige Dorfgemeinde über anstehende Fragen beriet. Alle gemeinsamen Belange wurden auf dieser Dorfversammlung diskutiert und entschieden: Einteilung der Arbeitsgruppen, Probleme der Feldarbeit und der Betriebe, Verwaltung des erwirtschafteten Geldes, wobei die hohe Reinvestitionsrate von starkem kommunalem Zusammenhalt zeugt, Wahl der Dorfvorsteher (Vorsitzender, Finanzverwalter, mobile Komitees), Anträge für Regierungsgelder usw.

Schwierigkeiten und Probleme

Die "Ruvuma Development Association" wurde 1969 auf ein Regierungsdekret hin aufgelöst, offiziell, um sie in die nationale Bewegung zu integrieren, in Wirklichkeit aber wohl, weil sie der Lokalverwaltung zu viele Unannehmlichkeiten bereitete. Denn die Ruvuma-Bauern hatten gelernt, ihre Interessen selbst zu vertreten,und beeinflußten mit ihrem Geist die lokalen Parteimitglieder, zum Leidwesen der Bürokraten.

Sie ist dennoch für die meisten "ujamaa"-Dörfer nur ein Spiegelbild ihrer (möglichen) besseren Zukunft geblieben. Denn es ist nur zu offensichtlich, daß die Bewegung mit handfesten Schwierigkeiten kämpft. Die meisten weisen allerdings von den Bauern weg in Richtung Verwaltungsapparat; symptomatisch ist dabei die Art und Weise, in der der "ujamaa"-Gedanke vom Sinn des Afrikaners für Gleichheit und Zusammenarbeit mißbraucht wird, um von den Bauern eine höhere Arbeitsleistung abzutrotzen. Man ignoriert dabei fast gänzlich, daß die traditionelle Gegenseitigkeitshilfe ihren Sinn nur im Stammesgefüge besaß, doch durch Privatisierung von Land, lange Abwesenheit der jungen Wanderarbeiter und Klientelbeziehungen innerhalb der Bauernschaft vielfach ihres Fundamentes beraubt worden ist.

Vor Beginn der Kolonialzeit lebten 90 % der Bewohner Tanganyikas in Familien- und Stammesverbänden ohne herrschaftliche Zentralgewalt. Loyalitäten und Hilfsverpflichtungen galten den Blutsverwandten (Kernfamilie, Sippe, Klan, Stamm), andern Völkern trat man oft feindlich gegenüber. Der gemeinsame Besitz an Land beruhte darauf, daß man nur in der Gruppe die Unbilden der Natur überwinden konnte, und daß angesichts der spärlichen Bevölkerung (heute noch um 15 Einw./km2) Land beliebig austauschbar war und keinen Tauschwert besaß. Man betrieb vorwiegend Wanderhackbau und halbnomadische Viehzucht.

In fruchtbaren Zonen, wo die Bevölkerung stetig wuchs, trat aber langsam Landknappheit auf. Vielerorts fing man auch an, Pflanzungen für Exportprodukte anzulegen, die lange Ertrag abwarfen und viel Pflege brauchten. So entstand naturwüchsig privates Eigentum an Land. Boden wurde nun gekauft und verkauft, die Grundlage zur Herausbildung kapitalistischer Klassen auf dem Land war geschaffen.

Was hat sich geändert?

Fragen zur Entwicklungspolitik

Informationsmaterial über das Verhältnis Industrieländer – Entwicklungsländer erhalten Sie von der Aktion Dritte Welt-Handel 7 Stuttgart Gerokstraße 21



DIE AKTION DRITTE WELT HANDEL bietet diesen Kolonial-Poster an, dessen Motiv dem „Volksbuch unserer Kolonien" aus dem Jahr 1938 entnommen ist (DIN A 1, 10 Stück sechs Mark). Mit weiteren Plakaten der Aktion zu beziehen bei der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend, 7 Stuttgart 1, Gerokstraße 21.

Eine Seminararbeit (25) nennt ein Dorf, wo ein Bauer ebensoviel Land besitzt wie die ärmsten 44 % zusammen. An einem andern Ort monopolisieren 1/3 der Familien 2/3 des Grundbesitzes. In 5 Ortschaften des dichtbesiedelten Plateaus im Süden sind 6-10 % der Bauern landlos. Beim größten Volk Tansanias, den Sukuma, nennen 13 % die Hälfte des Viehs ihr Eigen. Besonders in Pioniergebieten, die eigens für Marktprodukte erschlossen wurden, bildeten sich krasse Unterschiede heraus. Bei Iringa im südlichen Hochland begannen Ende der 40er Jahre Farmer, umfangreiche Flächen für den Maisanbau zu roden. 1969 besaßen 60 % der Bauern unter 5,2 % dagegen über 50, einer etwa 500 ha Land. 9 % verfügten über 53 % des bebauten Bodens und über nahezu alle modernen Werkzeuge (Traktoren, Pflüge,

Zugvieh, Transportgeräte, Verarbeitungsmaschinen). Sie beschäftigten eine kleine Armee von Kontraktarbeitern (über 20.000) und ließen Teile des Ackerlandes von Pächtern bewirtschaften. Als die Erträge sanken, zogen sie es vor, in Transportmittel (Busse, Lastwagen), Kaufläden und Maismühlen zu investieren. Sie gründeten "Genossenschaften", wo die Bauern ihre Produkte zu untersetzten Preisen abliefern mußten. Sie selbst ließen die Hälfte ihrer Ernte auf dem lukrativen Schwarzmarkt verschwinden.

Die TANU schreckte lange vor Enteignungen zurück. Denn diese "Kulaken" (26) und Rentenkapitalisten haben erhebliche Klientelgefolgschaften unter den Bauern und gute Beziehungen zum lokalen Parteiestablishement. Für Bauern und Agrarexperten sind sie Beispiele für erfolgreichen Aufstieg mit kapitalistischen Methoden. Die Regierung mußte auch eine breite Opposition unter den Kleinbauern befürchten, die ihre Äckerlein jahrelang mit viel Fleiß bebaut hatten und sich zu Recht in ihrer Initiative von einem schwerfälligen Verwaltungsapparat bedroht fühlten. Im Dezember 1971 erschoß ein aufgebrachter Bauer den TANU-Regionalsekretär Dr. Wilbert Klerruu, der in Iringa die Kollektivierung leitete, weil die Partei ihn von seinem ererbten Ahnenland vertrieben habe. Die Regierung kann es sich auch heute noch nicht leisten, die Kleinbauern zu vergraulen, denn sie füllen mit ihren Exportprodukten die Steuerkassen und bringen mehr als 60 % der landwirtschaftlichen Devisen ein. Einzelne wußten allerdings die "ujamaa"-Bewegung auszunutzen, um in den Genuß von Unterstützungsgeldern zu kommen. An Kollektivierung dachten sie nie...

Ein gutes Beispiel dafür ist das "ujamaa"-Dorf Segera im Tanga-Distrikt. Eine kleine Gruppe von Laden, Mühlen und "Hotel"besitzern, größeren Bauern und Viehzüchtern, die alle Lohnarbeiter auf ihren rel. großen privaten Feldern engagieren, dominieren nicht bloß die Komitees, sondern leisten auch am wenigsten Gemeinschaftsarbeit. (27)

Angesichts dieser Widerstände ist es verständlich, wenn sich die Regierung fast ganz darauf beschränkt, den Bevölkerungsüberschuß aus Ballungsgebieten auf Neuland umzusiedeln, und andere anregt, ihre Streu"höfe" aufzugeben, um in Dörfer zu ziehen. Manchmal greift sie auch in Notlagen ein, wie bei den Überschwemmungen in der Rufiji-Gegend. Das Gebiet von Bukoba war bisher das einzige dichtbewohnte, wo eine umfangreiche Aktion durchgeführt wurde. 1967 zählte man dort 16.000 Land- und Arbeitslose, die teils zwangsweise in den verbliebenen, schwer zu bewirtschaftenden Rückzugszonen angesiedelt wurden.

Der Zusammenzug in Dörfer entspringt weniger einer sozialistischen Zielprojektion denn einem entwicklungspolitischen Kalkül. Man hat errechnet, daß 80 % der Landbevölkerung auf weitverstreuten "shambas" (Sippenhöfen) wohnen. "Ortschaften", die diesen Namen verdienen, gibt es nur etwa 500. Schon in den vorangegangenen Planungsperioden versuchte man sich in kostspieligen Umsiedlungen. Jetzt will man das gleiche Ziel mit weniger Geld erreichen, denn das "ujamaa"-Programm absorbiert, hoch gerechnet, 5 % des zentralen Agrarbudgets und etwas mehr von den Distriktfinanzen...

Die dörfliche Siedlungsweise bringt aber erhebliche Vorteile. Sie löst die kleinen Produzentengruppen aus ihrer Isolierung heraus, ermöglicht eine größere Arbeitsteilung und ganzjährige Beschäftigung. Sie verringert die Kosten für Infrastruktur (besonders Bewässerung) und Transport, was eine Kommerzialisierung der Produkte erst sinnvoll macht. Sie erlaubt die Bekämpfung der endemischen Krankheiten und periodischen Hungersnöte, was sich auch im Leistungsvermögen positiv zu Buche schlägt. Schließlich bringt sie für die Landwirtschaftsberater einen geschätzten Multiplikatoreffekt, weil der Zuhörerkreis größer ist.

Auch die Bauern schätzen das Dorfleben, weshalb sie sich meist nicht heftig gegen die Umsiedlungen sträuben. Das Dorf verheißt ihnen Schulen für ihre Kinder, materielle Sicherheit, mehr Neuigkeiten und Belustigungen, was scharf mit der Eintönigkeit der Streuhöfe kontrastiert. Die Regierung erscheint ihnen als ein Helfer in der Not, der endlich mal für sie in die Taschen greift. Sozialismus aber bedeutet, auf eigenen Füßen zu stehen...

Doch auch wo der Zusammenschluß allen Anschein von Freiwilligkeit gibt, sind vielfach Zwangsmittel verschiedenster Art eingesetzt worden. Dörfer ohne Kollektivfeld werden bewußt benachteiligt. Die ersten Siedler in Segera kamen aus freien Stücken, wenn auch viele mit der Hoffnung, eine politische Karriere zu machen. Die nächste Siedlerwelle ließ sich dort nieder, weil man das Gerücht hatte zirkulieren lassen, "ujamaa"-Bewohner brauchten keine Steuern zu bezahlen. Andere wurden einfach zur Niederlassung verpflichtet: Man legte willkürlich eine Grenze 5 Meilen rings ums Dorf fest und jeder, der sich zeitweise dort aufhielt, wurde ins Dorfzentrum verfrachtet. Man verbreitete auch das Gerücht, daß alle Tansanianer, die nicht in "ujamaa"-Dörfern lebten, enteignet würden, d.h. ihr Lebensfundament verlieren würden. Die Dorfbewohner, die teils selbst zwangsweise umgesiedelt worden waren, halfen nach

Kräften mit, entsprechende Gerüchte zu verbreiten, weil sie es für richtig hielten, daß es andern auch so gehe wie ihnen...

Ihre traditionelle Geisteshaltung befähigt die Bauern aber nicht unbedingt zu intensiver Kooperation. In ihrer Welt der Armut und Isolierung sind sie zu mißtrauischen Wesen geworden. Viele wehren sich gegen die Umsiedlungen, weil sie sich vor unbekanntem Hexenzauber fremder Gruppen fürchten. Das "ujamaa"-Dorf Changalikwa drohte auseinanderzubrechen, weil man zwei traditionell verfeindete Dörfer zusammengeführt hatte.

Die traditionale Gegenseitigkeitshilfe, "ujima", war auf Verwandtschaftsstrukturen beschränkt und bedeutete nicht gemeinsame Produktion. Man rodete das Neuland gruppenweise und ließ sich gegen Bier für die Ernte gewinnen. Nicht alle konnten diese "Bezahlung" aufbringen. Gelingt es in den "ujamaa"-Dörfern nicht, die Bauern zur Einheit zusammenzuschweißen, bleibt die Kooperation gering, beklagt man sich über den Arbeitseifer des Nachbarn. Die meisten "ujamaa"-Dörfer haben nur kleine kommunale Felder, auf die sie 1 bis 2 Wochentage verwenden. Nur wenige schaffen die Integration verschiedener ethnischer Gruppen, wie das Kollektiv Mbambara, das sich anfangs aus 300 Sisalarbeitern einer nahegelegenen Plantage zusammensetzte. Unter den 32 vertretenen Volksgruppen stellten Leute aus Burundi das größte Kontingent! Nicht unerwarteterweise haben vor allem jene "ujamaa"-Dörfer eine hohe Kooperationsrate, die sich aus Landlosen und ehemaligen Plantagenarbeitern zusammensetzen.

Darüber hinaus lassen etliche Beispiele vermuten, daß die Dorfselbstverwaltung eher eine Fiktion ist, weil die meisten Wirtschaftsentscheide von Beamten und Experten gefällt werden. Das bedeutet nun allerdings nicht, daß die Regierung ein klares und eindeutiges Rahmenprogramm besäße. Bekanntlich mußte 1968 sogar der Fünfjahresplan von 1969-74 nochmals umgeschrieben werden, weil die Planer die "ujamaa"-Dörfer kaum erwähnenswert gefunden hatten. Viele Selbsthilfeprojekte bleiben im Planungsstadium stekken, weil niemand bereit ist, sie bei den Kreditgebern zu vertreten. Bei manchen Unterfangen der Regierung kommt auch der Verdacht auf, daß sie die "ujamaa"-Dörfer vor allem zu dem Zwecke errichtet, die Bauern eher zum Anbai von Exportprodukten anhalten zu können. So wird in der Gegend von Tabora der Tabakanbau vorangetrieben. Allerdings entspricht dies eher einem Eindruck, denn man muß im allgemeinen der tans. Regierung zugute halten, daß sie lange nicht so einseitig wie andere Länder die Exportproduktion fördert und damit die Bauern in die Abhängigkeit vom Weltmarkt zwingt. Die meisten Dörfer haben Kommunalfelder von Nahrungsmittelprodukten: Mais, Bohnen, Reis, Maniok usw.

Dennoch bleibt gesamthaft gesehen der Eindruck bestehen, daß der "Frontalangriff auf den ländlichen Kapitalismus" Stückwerk geblieben ist. In einigen Gegenden beginnt man allerdings, aus den Erfahrungen der Befreiungsbewegungen in den port. Kolonien zu lernen. "Mwongozo" erklärt überdies diese Befreiungsbewegungen zur Avantgarde auf dem afrikanischen Kontinent. Ob dies auch für den Aufbaukampf in den ländlichen Gebieten gilt?

pa

Anmerkungen:

1) NZZ FA 101, 13.4.73
2) "Die Entwicklung Tansanias", in: NRF (Heidelberg) 6/72
3) Walter Rodney, in: The African Review (Dar es Salaam) 2/1 (1973)
4) Von diesen Schriften sind zu erwähnen Nyereres "Progress in the Rural Areas" (1968), der 2. Fünfjahresplan (1969-74) und das "Presidential Circular No. 1 of 1969, The Development of ujamaa Villages".
5) Oft druckt sie einfach die Vorlagen des staatlichen Informationsdienstes (Maelezo Feature Service) ab.
6) Hier ist vor allem eine Arbeit aus dem Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe Universität in Frankfurt zu erwähnen: "Conditions and possibilities for overcoming underdevelopment", Appendix, August 1972 (Monographie von 16 Dörfern, roneographiert, leider kaum erhältlich).
7) Suahili ist seit 1967 offizielle Landessprache.
8) "Ujamaa - The Basis of African Socialism"
9) Seidman Ann, Comparative Development Strategies in East Africa, Nairobi 1972, S. 182
10) Man weist dabei mit Nachdruck auf die wachsende Bevorteilung der Stadtbevölkerung zu Lasten der Bauern hin. Der Stadt-Land-Gegensatz ist in Tansania wesentlich ein kolonial induziertes Element.
11) "Education for Self-Reliance", 1967
12) Diesen Aspekt der Hebung des Produktionsniveaus betont vor allem der Artikel von Lewin/Cunningham, in: Svendsen/Teisen (Hrsg.), Self-Reliant Tansania, Dar es Salaam 1969, über "The Prospects for Ujamaa Villages". Der Kanadier Cunningham war Regierungsberater Nyereres in Agrarfragen!
13) "Sozialismus und Agrarentwicklung" ist das einzige tans. Doku-

Fortsetzung der Anmerkungen auf S.28

SAR

Alex Möller in Südafrika

Der ehemalige Bundesfinanzminister und jetzige Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Alex Möller (SPD) besuchte vom 27. Mai bis 3. Juni die Republik Südafrika. Möller besuchte seinen ehemaligen südafrikanischen Kollegen, Finanzminister Dr. Diederichs, der ihm während seiner Amtszeit mehrmals in Bonn einen Besuch abgestattet hatte, "privat". Möller traf neben 50 Industrievertretern auch Premierminister Vorster, dem er ein Schreiben Bundeskanzler Brandts überreichte.

Laut Berichten der Südafrika-Korrespondenten der "Welt" und der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" stellte die "Mission Möllers, die auch mit Außenminister Scheel abgesprochen sei, eine veränderte Haltung der sozialliberalen Koalition in Bonn gegenüber der südafrikanischen Regierung" dar ("Welt") und der "Auftrag" des ehemaligen Bundesministers sei gewesen, "mit Rücksicht auf die künftige Mitgliedschaft der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen das Verhältnis zwischen Bonn und Pretoria abzuklären" ("FAZ"). Brandt habe in seiner Botschaft, die angeblich zusammen mit einem Antwortschreiben Vorsters kurz nach Beendigung der Reise veröffentlicht werden sollte, auf die "traditionelle Verbindung zwischen der Bundesrepublik und Südafrika, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft" ("FAZ") hingewiesen. Der Bundeskanzler habe Vorster ferner wissen lassen, daß die Bundesregierung vor den Vereinten Nationen jede evolutionäre Tendenz in Südafrika unterstützen und sich gegen alle revolutionären Stimmungen wenden werde.

Die Bundesregierung lehne die Forderung einiger afrikanischer Staaten nach Schließung des deutschen Konsulats in Windhuk ab. Kürzlich hatte der Präsident der SWAPO vor dem Weltsicherheitsrat der UNO erklärt, die Bundesrepublik unterhalte als einziges Land unter Mißachtung von Resolutionen der Vereinten Nationen und eines Urteils des Internationalen Gerichtshofes dort ein Konsulat.

Möller unterstrich, so die FAZ, "die positive Einstellung der Bundesregierung zu den in der Republik Südafrika tätigen deutschen Firmen. Die Bundesregierung sei bereit, diesen Unternehmungen ihre eigene Entscheidungsfreiheit zu gewährleisten. Das gelte besonders für Expansions- und Investitionspläne. Möller zog ausdrücklich auch die deutschen Banken in diesen Kreis ein. Während seines Aufenthaltes in Südafrika hat sich Möller auch mit der sozialen Lage der bei deutschen Firmen beschäftigten farbigen Arbeiter befaßt. Dabei konzentrierte sich sein Interesse besonders auf Firmen mit staatlicher Beteiligung."

Gegenüber der "FAZ" erklärte Möller, er verlasse Südafrika mit einem positiven Eindruck. Er werte seinen Besuch als Beweis für die Bereitschaft der Bundesregierung, im Interesse beiderseitiger Wirtschaftsbeziehungen die angebahnten Gespräche mit Südaf-

a batalha



ANWERBUNGSVERFAHREN...

"A BATALHA" (die Schlacht) ist eine für die Stimmen und Probleme der portugiesischen Arbeiter offene Zeitung. Sie tritt nicht für eine politische Partei ein, aber doch für die Interessen - auch politische - der port. Arbeiter, die ihre Probleme selbst anpacken und nicht nach vorgeschriebenen Formeln lösen wollen.

Sie engagiert sich durch Information und Diskussion unter den Arbeitern. Im Mittelpunkt stehen vor allem die Aufklärung über den verbrecherischen Krieg Portugals in Afrika, die politische Unterdrückung der Portugiesen durch Regierung, Konsulate und Missionen, die Ausbeutung durch den Arbeitgeber sowie soziale Belange.

Machen Sie Ihre port. Freunde, Nachbarn und Kollegen auf die Zeitung "A BATALHA" aufmerksam!

"A BATALHA" erscheint monatlich.
Unterstützungsabonnement: 10 DM/J.
Normales Abonnement: 5 DM/J.

A BATALHA
7 Stuttgart 1
Kernerstr. 22a

rika fortzusetzen.

Laut "Welt" soll Möller ferner erklärt haben, die Bundesregierung sei bereit, wenn aufgefordert, Kontakte zwischen Südafrika und den schwarzen afrikanischen Staaten durch ihre Vermittlung zu erleichtern.

Außerdem erklärte er dem "Welt"-Korrespondenten, er habe bei den in Südafrika tätigen deutschen Firmen die Überzeugung erhalten, daß diese ihren afrikanischen Arbeitern weit über dem Existenzminimum liegende Löhne zahlten. Dabei müsse festgestellt werden, daß das "sogenannte Existenzminimum keine amtlich festgestellte Zahl sei, sondern auf privaten Schätzungen von Soziologen und Kirchenvertretern beruhe. In diesem Sinne werde die Bundesregierung auch die kleine Anfrage der SPD-Abgeordneten von Bothmer beantworten" ("Welt").

Das Auswärtige Amt distanzierte sich bereits am Tag des Erscheinens der beiden Blätter (Montag, 4. Juni) von diesen Berichten. Möller habe sich auf einer "Privatreise" befunden, er habe zwar einen Brief Brandts an Vorster mitbekommen, der Inhalt desselben stünde jedoch "in voller Übereinstimmung" mit der bekannten Afrika-Politik der Bundesregierung. Von dem Angebot der Vermittlerrolle zwischen Südafrika und schwarzafrikanischen Staaten könne zudem keine Rede sein.

Die "Welt" berief sich daraufhin auf eine "Arbeitsunterlage des Auswärtigen Amtes", die Möller gegenüber dem "Welt"-Korrespondenten zitiert habe und in der festgestellt wird, die BRD befürworte eine "friedliche und evolutionäre Entwicklung im Südlichen Afrika" und sei außerdem bereit, ihre "guten Dienste für Gespräche zwischen Südafrika und den afrikanischen Staaten zu leisten". Jede Unterstützung für eine gewaltsame Änderung der bestehenden Verhältnisse in Südafrika lehne sie jedoch ab.

Möller selbst erklärte auf Anfrage: "Bei meinem Besuch in Südafrika bin ich einer seit langem vorliegenden Einladung des Finanzministers Dr. Diederichs gefolgt. Hierüber habe ich den Herrn Bundeskanzler und das Auswärtige Amt früh genug unterrichtet. Bei meinem Besuch in Südafrika habe ich versucht, einiges zu erfahren über Möglichkeiten oder etwa vorhandene Alternativen zur Politik der 'getrennten Entwicklung' (Apartheid), wobei ich auch in Mafeking mit Häuptlingen der Bantus zusammen war. Außerdem ist es selbstverständlich, daß ich viele Gespräche über die Diskrepanz der Löhne zwischen weißen und schwarzen Arbeitern, über die Probleme des Existenzminimums, über Sozial- und Ausbildungsprogramme in den Betrieben geführt habe. Dabei hat es sich um deutsche Betriebe bzw. Unternehmen mit deutscher Beteiligung gehandelt.

Zwischen den mir bekannten Auffassungen der Bundesregierung und meinem eigenen Standpunkt bestehen keinerlei Gegensätze. Über die von mir gewonnenen Eindrücke werde ich einen ausführlichen schriftlichen Bericht anfertigen."

Das Bundeskanzleramt erklärte sich nicht bereit, eine Stellungnahme zu diesen Vorgängen abzugeben.

Die SPD-Abgeordnete Lenelotte von Bothmer erklärte, sie und andere Fraktionskollegen würden darauf dringen, daß Möller vor der SPD-Fraktion über seine Südafrika-Reise berichte und dabei auch über die Berichterstattung der "Welt" und der "FAZ" diskutiert würde.



aus:input, Dezember 1970

aus:
ISSA, Informationsdienst
Südliches Afrika
Nr. 3/4, Mai/Juni 73

Industrie für Süd-Afrika

Wollen Sie Ihre Fabrik nach Süd-Afrika verlegen, oder eine Zweigstelle gründen? Ich habe eine Fabrik, die gemietet oder Teil einer neuen Aktiengesellschaft werden kann. Als Ingenieur kann ich Auskünfte über hiesige Verhältnisse (Umsatz, Konkurrenz, Preise, Kapitalbewegung usw.) geben.

Bitte schreiben Sie an: Spangenberg, 21 First Ave. Houghton, Johannesburg, R. South Africa.

Unterstützung der Streikenden in Südafrika

Vor einiger Zeit erhielt das Freiburger "Afrika-Komitee" von Zola Sonkosi einen Brief, den wir nachstehend gekürzt wiedergeben. Zola Sonkosi ist Vertreter der Südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC (African National Congress) in Berlin. Er sprach während der Afrika-Woche (25.5.-2.6.1973) auf einer öffentlichen Veranstaltung in Freiburg über die Lage in der Südafrikanischen Republik (SAR).

Berlin, 18.6.73

Liebe Genossen,
ich möchte mich gerne bedanken für die Einladung nach Freiburg und für Eure Solidarität mit uns im Kampf für die Befreiung des Südlichen Afrika und der Portugiesischen Kolonien von Kolonialismus und Imperialismus.

In einer dringenden Angelegenheit möchte ich Euch um Hilfe bitten. Ungefähr 100 afrikanische Arbeiter, die die letzten Streiks in Südafrika organisierten, sind aus dem Gefängnis entwichen und in Sambia eingetroffen. Wir brauchen äußerst dringend Geld, um Kleider für sie zu kaufen, da sie völlig mittellos ankamen. Geldspenden sollten direkt an das folgende Konto weitergeleitet werden:

Zola Sonkosi - ANC Fund -
Berliner Diskonto Bank
1 Berlin 12
Hardenbergstr. 4

Wir werden Eure Hilfe sehr zu schätzen wissen.

Viele Grüsse
Zola Sonkosi

Was hatte es mit diesen Streiks auf sich?

Als im Januar dieses Jahres die 1200 Nachtwächter der Natal Safeguards Ltd. in Durban in Streik traten und eine monatliche Lohnerhöhung von 10 Rand (1 R. = ca. 3 DM) forderten (1), gaben sie den Anstoß zu einer überwältigenden Streikbewegung, die schließlich auch von der bürgerlichen Presse nicht mehr verheimlicht werden konnte. Laufend trafen Meldungen über neue bestreikte Betriebe ein. Allein in der Industrie- und Hafenstadt Durban, wo teilweise bis Mitte April gestreikt wurde, waren schließlich etwa 150.000 Industriearbeiter und städtische Angestellte erfaßt worden (2). Die Streikwelle griff aber auch auf viele andere Wirtschaftszentren der SAR über: Johannesburg, Cape Town, Port Elisabeth, Pretoria, Kimberley...

Die Arbeiter forderten bis zu 100 % höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen (3). Gemessen an der herrschenden Ausbeutung und Diskriminierung der schwarzen Arbeiter in der SAR waren diese Forderungen mehr als verständlich. Zahlreiche Quellen stellen übereinstimmend fest, daß das Lohnniveau der meisten afrikanischen Werktätigen weit unterhalb der Schwelle liegt, die ein menschenwürdiges Leben gestattet. Verschiedene Instanzen, darunter Regierungsstellen und unternehmerfreundliche Gruppen haben in den letzten Jahren versucht, eine für afrikanische "township"-Bewohner (4) gültige "Armutsgrenze" (Poverty Datum Line PDL) (5) und ein "erträgliches Einkommensniveau" (Minimum Effectif Level MEL) (6) festzulegen. "Die ungünstigste Berechnung der Armutsgrenze (Berechnung des Johannesburg City Councils) liegt bei 69,6 R für 1971. Die monatlichen Durchschnittslöhne der in Soweto lebenden Arbeiter beträgt jedoch 53,3 R. Berechnungen und Armutsgrenze von anderen Institutionen liegen bei 117,7 R. (Soweto Bantu Council), 75,8 R. (Johannesburg, Chamber of Commerce) und 96,6 R. (South African Institute of Race Relations) (7).

Nimmt man die Berechnung des South African Institute of Race Relations als Grundlage, so leben in Soweto 65 % aller Arbeiter unter dieser "Armutsgrenze" (PDL). Das sind 2 von 3 Arbeitern. "Nach den Ergebnissen der 'Productivity and Wage Association', ... die von einer Arbeitgebervereinigung getragen wird, erhielten 87 % der schwarzen Arbeitskräfte weniger als das Existenzminimum und nur ein Prozent von ihnen wurde über dem erträglichen Einkommensniveau (MEL) bezahlt" (8).

Berichtigung zu Nr. 25

In der Tabelle "Staatshaushalte und Konzernumsätze" sind die Budgets von Indien, Brasilien und Spanien entgegen der Angabe ebenfalls von 1970.

Somit sind breite afrikanische Bevölkerungsteile nicht einmal in der Lage, ihre notwendigsten Primärbedürfnisse zu decken. Im Schutze eines Terrorregimes können es sich die Südafrikanischen Kapitalisten leisten, nicht einmal die Reproduktionskosten der "Ware Arbeitskraft" voll zu tragen. Unterernährung, hohe Säuglingssterblichkeit, Mangelkrankheiten und geringe Lebenserwartung sind für die meisten Afrikaner die Folgen. Die Textilgruppe Frame (22.000 Angestellte) hatte die Löhne für Afrikaner auf dem Stand von 1964 eingefroren, obwohl die Lebenshaltungskosten zwischen 1963-72 um 74 % stiegen. Um die Spaltung der Arbeiterklasse nach Rassengesichtspunkten noch weiter voranzutreiben, hat die Frame-Gruppe in derselben Zeit den Weißen 94,7 % mehr Lohn zugestanden (9).

In einer Artikelserie, die am 12.3. begann, enthüllte die englische Tageszeitung "Guardian", daß von 100 nach Stichprobenverfahren ausgewählten britischen Firmen in der SAR nur 3 den gesetzlich festgelegten Minimallohn bezahlten. Den Afrikanern in Tochterunternehmen deutscher Kapitalgesellschaften geht es keinen Deut besser, wie aus den Ermittlungen zweier Sozialwissenschaftler hervorgeht, die während vier Monaten 1972/3 Arbeiter der betreffenden Firmen befragten (10). So liegt der Anteil der Afrikaner, welche einen Lohn unter dem Existenzminimum (PDL) erhalten, bei:

Springbok Nurseries (Simon Kerscher) 78 %
Vergenoeg Mining Co. (Stolberger Zink AG) 74 %
Lurgi (Ges. für Wärmetechnik mbH) 72 %
Daimler-Benz 70 %
AEG 68 %
Hoechst 65 %
SPD-Rosenthal-Firma Huguenot Porcelain (Pty.) Ltd., Pretoria 62 %
Siemens 62 %
BASF und VW 55 %. (11)

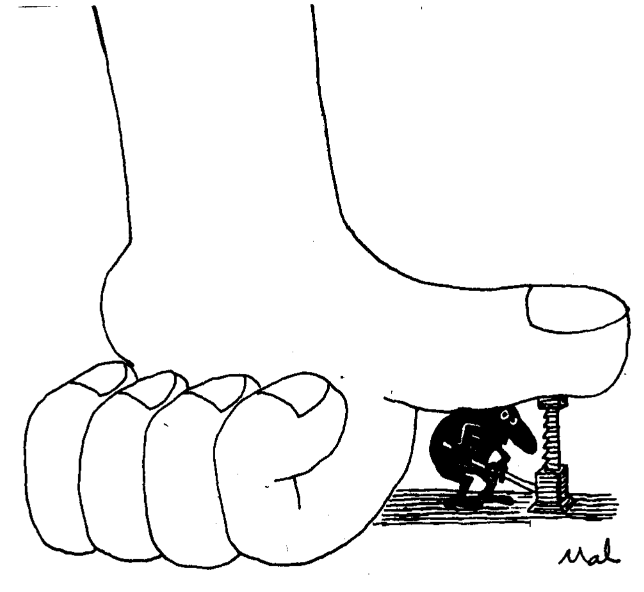
Dagegen konnten die Unternehmen in der SAR 1971 die nach Malaysia höchste Profitrate der Welt aufweisen (12). VW zahlte 1969 Dividenden von 45 % aus!

Die streikenden Arbeiter erreichten schließlich Lohnerhöhungen zwischen 12,5 und 50 %, womit sie aber meist weiterhin unter dem Existenzminimum bezahlt werden (13). "Obwohl in manchen Fällen die Arbeiter diese Lohnerhöhungen als zu gering zurückwiesen, wurden sie nach nahezu 6 erschöpfenden Wochen an ihre Arbeitsplätze zurückgezwungen, ohne Lohn für die Zeit des Streiks zu erhalten, immer stärker von Bossen und Behörden eingeschüchtert, welche den Streikenden mit Entlassung und Deportation drohten. Über 200 wurden inhaftiert" (14).

Doch die Erfahrungen des Streiks haben den schwarzen Arbeitern gezeigt, daß die Kapitalisten erst dann Zugeständnisse machen, wenn sie massiv dazu gezwungen werden. Wie groß aber die Stärke der Streikenden war, wird am Beispiel der Stadt Pieter Maritzburg klar, die ihren schwarzen Arbeitern und Angestellten <u>freiwillig</u> Lohnerhöhungen von 50 % anbot, aus Angst, diese würden sich mit den Streikenden solidarisieren. In andern Städten erwog die Verwaltung ebenfalls, der Bewegung mit generellen Lohnanhebungen zuvorzukommen. So in Johannesburg, Kapstadt, Pretoria und Bloemfontein.

Die Südafrikanische Regierung versuchte aber v.a., den für die herrschende Klasse gefährlichen Streik mit allen Mitteln zu brechen. In den Aluminiumwerken von Richards Bay setzte sie Armeeinheiten ein, um den Produktionsbetrieb aufrecht zu erhalten (15); andernorts ging sie mit Nationalpolizei und Waffengewalt gegen die Streikenden vor.

Die Südafrikanische Arbeiterklasse hat unter schwersten Bedingungen eine Kampfstärke an den Tag gelegt, die in den Lohnerhöhungen nur schwer ausgedrückt werden kann. Sie hat ihre Rechtlosigkeit abgeschüttelt, indem sie das demokratische Recht auf Streik, das ihnen laut einer Verordnung aus dem Jahre 1942 abgesprochen wird, einfach wahrnahm. Die Südafrikanischen Kapitalisten aber, wie ihre Verbündeten überall in der Welt, fürchten nichts mehr, als daß die Entrechteten und Ausgebeuteten um ihre Rechte kämpfen. So bleibt den Südafrikanischen Arbeitern auch weiterhin das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung (16) verwehrt, denn, wie der zuständige Minister 1953 bei der Einführung des entsprechenden Gesetzes über "Eingeborenen-Arbeit" sagte: "Wenn wir ihnen die Möglichkeit geben, sich zu organisieren, dann können sie ihre Gewerkschaften als politische Waffe ver-



wenden, und zu jeder Zeit ein Chaos in Südafrika auslösen. Ich denke, wir würden Rassenselbstmord begehen, wenn wir ihnen diese Möglichkeit einräumen würden" (17).

Angesichts der Entlassungs- und Deportationsdrohungen, die auf dem Hintergrund der tiefen Armut der Arbeiter und der Grausamkeit der Justiz in der SAR ihr volles Gewicht erhalten, haben die Streikenden eine beispielhafte Solidarität bewiesen. So haben die Ziegelarbeiter der Firma Coronation die Bildung einer Delegation abgelehnt, weil sie wußten, daß ihre Vertreter büßen müßten. Sie wiesen auch die Vermittlerrolle des Arbeitsministeriums zurück, zu dem sie laut Gesetz hätten "Zuflucht" nehmen müssen, denn schwarze Arbeiter dürfen in der SAR nicht selbst verhandeln... (18).

aus: Spiegel, 26.3.73

Diese Tatsachen unterstreichen, daß die Streikbewegung kein rein ökonomistischer Kampf um Lohnerhöhungen war, sondern sich gegen das rassistische Apartheidregime und seine imperialistischen Helfer insgesamt richtete. Es geht deshalb bei der oben angeführten Geldspende nicht einfach um "Kleider" für ein paar entwichene Gefangene. Die Südafrikanische Reaktion versuchte, die Streikbewegung zu zerschlagen, indem sie deren Führungsspitze einkerkerte. Sie hat einmal mehr ihren volksfeindlichen Charakter unter Beweis gestellt. Wir rufen deshalb unsere Leser zur materiellen Solidarität mit jenen Menschen in der SAR auf, welche entschieden die Interessen der Arbeiter und des Volkes gegen Rassismus und Imperialismus vertreten.

pa

Anmerkungen:

1) Sechaba (Offizielles Organ des ANC) 7/5 (Mai 73), S. 2
2) ibid.
3) So werden in verschiedenen Betrieben perfide Bußenkataloge geführt, um die Arbeiter zur pausenlosen Produktion anzuhalten.
4) Slumartige Siedlungen afrikanischer Arbeiter außerhalb der großen Städte, z.B. Soweto bei Johannesburg.
5) Die PDL ist "definiert als das absolute Minimum zum Erhalt einer fünfköpfigen Familie" (Simone Dhlomo, in: ISSA, informationsdienst südliches afrika 3-4, Mai-Juni 73, S. 5).
6) Der MEL "repräsentiert ein Einkommen, das einer fünfköpfigen afrikanischen Familie ein erträgliches Einkommen sichert" (Dhlomo, ibid.).
7) Dhlomo, ibid.
8) ibid.
9) Sechaba, op. cit. S. 4
10) Das Material mußte durch Interviews mit Arbeitern und Angestellten zusammengestellt werden, weil die Firmen selbst jegliche Auskunft verweigerten.
11) Dhlomo, S. 6
12) Dhlomo, S. 5
13) Sechaba, op. cit. S. 3
14) ibid.
15) Agenturmeldung vom 30.3.73, cf. blätter des iz3w Nr. 24 (April/Mai 73), S. 3
16) Laut verschiedenen Meldungen von Ende Mai wird den afrikanischen Arbeitern nun ein beschränktes Streikrecht zugestanden, das aber völlig sinnentleert ist. Denn es wird vorgeschrieben, daß die Arbeiter erst streiken dürfen, wenn die Mindestlöhne seit einem Jahr nicht mehr überprüft wurden, die Lohnkommission zur Beratung beigezogen wurde und ein 30-tägiges Schlichtungsverfahren gescheitert ist!
17) Süddeutsche Zeitung 12.2.73
18) kämpfendes afrika Nr. 13, S. 16

"Die Mängel eines ungebildeten Menschen werden durch die Zwanglosigkeit, mit der man ihn Dank seiner einfachen Verfassung und Ignoranz als wirtschaftliches Aktivum ausbeuten kann, wieder ausgeglichen.

Christian Express, 1907
zit. nach: M. Braun, Das schwarze Johannisburg
Ffm 1973

Zur Lage in der Republik Südafrika

Von Markus Braun

aus:
Der Überblick 2/73
Stuttgart, Juni 73

Der Verfasser dieses Beitrages war insgesamt vier Jahre in Südafrika. Zweieinhalb Jahre davon widmete der Soziologe und Theologe einem Forschungsauftrag über Verstädterung auf dem Witwatersrand. Soeben ist im Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/Main, sein neuestes Buch erschienen: „Das schwarze Johannesburg — Afrikaner im Getto". Der Band ist die erste umfassende Darstellung der Lokation — einer typischen Erscheinungsform der Apartheid und damit einer unnatürlichen Trennung von Menschen, die in Südafrika erhalten und verstärkt werden soll.

Das immer noch von einer weißen Minderheit beherrschte Südafrika befindet sich heute in Bewegung. Was vor zwei Jahren noch kaum jemand für möglich gehalten hätte, ist heute Wirklichkeit: Schwarze Arbeiter in vielen Teilen des Landes, die ungestraft streiken; schwarze Studenten, die von Behörden inszenierte Universitätsfeierlichkeiten boykottieren; schwarze Stammeshäuptlinge, die das südafrikanische Regierungssystem in aller Öffentlichkeit als Unterdrückungssystem kennzeichnen; schwarze Kirchenführer, die sich gegen weiße Bevormundung und Unterdrückung in ihrer eigenen Kirche wenden.

Das alles sind Anzeichen einer neuen Zeit, Vorboten einer grundlegenden Umwälzung, die sich vermutlich auch durch Gegenmaßnahmen der herrschenden Schicht der südafrikanischen Weißen nicht mehr aufhalten lassen. Zum ersten Mal seit 1960 gehen die Initiativen in Südafrika nicht mehr eindeutig von den Weißen, sondern sehr viel stärker von der Mehrheit der Schwarzen aus.

Im Augenblick leben die mehr als fünfzehn Millionen Schwarze, die mehr als drei Millionen Farbige und Inder noch unter dem alten Gesetz der Apartheid, das heißt man hat ihnen noch nicht einmal 13% des südafrikanischen Bodens zugestanden, dazu Land, das völlig unterentwickelt und übervölkert ist, und in viele hunderte von kleinen Teilen zerfällt die sogenannten *homelands.* In den hochentwickelten Landwirtschafts- und Industriegebieten, dem sogenannten Weißen Gebiet, wo auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse mehr als 65% der schwarzen Bevölkerung leben und/oder arbeiten, besitzen sie keine politischen Rechte, sondern sind Gast-, Fremd- oder Wanderarbeiter. Das Pro-Kopf-Einkommen der 4,5 Millionen Bewohner der *homelands* ist nach Aussagen von Mr. Eglin, dem Führer der Progressiven Partei, das niedrigste auf dem ganzen afrikanischen Kontinent und geht bei dem anhaltenden Zuwachs der Bevölkerung und der weitergehenden Auspowerung des Bodens weiter zurück. 70 bis 80% der Kinder in den *homelands* sind unterernährt. Es stimmt also nicht, wenn die südafrikanische Regierungspropaganda immer wieder behauptet, den Schwarzen in Südafrika gehe es so gut wie nirgendwo sonst in Afrika.

Wenn man zu einer Beurteilung der südafrikanischen Situation gelangen will, wird man diese harten Tatsachen eines immer noch relativ gut funktionierenden Unterdrückungssystems zur Kenntnis nehmen müssen. Man wird sich außerdem keine Illusionen über die Gutwilligkeit der übergroßen Mehrheit der herrschenden Weißen machen dürfen, als ob diese eines Tages oder auf allmählichen Antrieb bereit würden, von der Ausbeutung und Diskriminierung der Schwarzen abzurücken. Die Mehrheit der Weißen ist immer noch fest entschlossen, den *status quo* der ungleichen einseitigen Machtverteilung zu erhalten. Was sich auf weißer Seite an echten liberalisierenden oder humanisierenden Elementen zeigt, ist politisch fast ohne Bedeutung.

Wenn es in Südafrika zu wirklichen Veränderungen kommen soll, dann können diese nur von einer Auflehnung der unterdrückten Schwarzen selbst ausgehen. Daß sich die Zeichen, die für eine solche Auflehnung sprechen, in den letzten zwei Jahren in einem auffallenden Maße vermehrt haben, wurde schon festgestellt. Im folgenden sollen diese neuen Bewegungen auf der Seite der Schwarzen dargestellt werden, sollen diese in Beziehung zu der weißen Unterdrückungspolitik gesetzt und ihre Aussichten für die Zukunft geprüft werden.

Aus „Non-Whites" werden „Blacks"

Je mehr sich die Weißen als eine besondere Gruppe von der Gruppe der Nichtweißen trennen und die alten traditionellen Unterschiede zwischen Engländern und Buren hintanstellen, um so mehr schließen sich auch die Nichtweißen zu einer besonderen Gruppe zusammen und sehen über tatsächliche oder von der weißen Regierung eingeführte „stammliche" oder „nationale" Unterscheidungen hinweg, ja selbst rassische Vorurteile von Schwarzen *(Africans)* gegenüber den etwas besser gestellten Farbigen und Indern werden zweitrangig. Dabei wird bezeichnenderweise der als diskriminierend empfundene Ausdruck „Non-Whites" der Weißen abgelehnt und durch die neue, positiv verstandene und Schwarze, Farbige sowie Inder umfassende Bezeichnung *Blacks* ersetzt.

Dieses neue Zusammengehörigkeitsgefühl der verschiedenen nichtweißen Gruppen, wie es sich nun in der selbstgewählten Bezeichnung *Blacks* niederschlägt, stellt einen neuen, nicht zu übersehenden Faktor in der südafrikanischen Politik dar. Daß es zu dieser neuen Solidarisierung kommen würde, wurde so von weißer nationalistischer Seite sicher nicht vorausgesehen oder vorgeplant, sondern stellt eine Überraschung für alle Weißen nationalistischer, liberaler oder progressiver Herkunft dar. In der Reaktion auf die *Black-Consciousness*-Bewegung in Südafrika erweist sich nun, ob ein weißer Liberaler wirklich liberal ist oder nur liberal auf Kosten der anderen.

Die neue *Black-Consciousness*-Bewegung, die sich theologisch als *Black Theology* äußert, stellt auf jeden Fall eine echte Herausforderung für alle Weißen dar, seien sie in Afrika, in Europa oder in Nordamerika. Es ist bezeichnend, wie die Apartheidideologen der Niederdeutsch-Reformierten Kirche, die das Entstehen der *Black Theology* in ihrem offiziellen Kirchenblatt *Kerk-*

bode 1971 noch als eine Bestätigung des Regierungskurses der getrennten Entwicklung begrüßt hatten, sich nun von dieser auf schwarzer Seite sich selbständig entwickelnden Theologie abwenden und plötzlich auf allgemeine, Rassen übersteigende menschliche und christliche Werte pochen. Die südafrikanische Zensurbehörde ging sogar soweit, die Anfang 1972 herausgekommene repräsentative Aufsatzsammlung *Essays on Black Theology* Ende 1972 zu „bannen", das heißt, die Verbreitung und Lektüre dieses in Südafrika veröffentlichten Buches unter Strafe zu stellen.

Wann immer auf weißer nationalistischer Seite während der letzten zwanzig Jahre von der notwendigen Identitäts-`ndung der Weißen und der Schwarzen oder vielmehr der Zulus, Tswanas, Xhosas, Basutos usw. die Rede war, ging es in Wirklichkeit um eine Fixierung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen *status quo* in Südafrika, um die Erhaltung des *South-African Way of Life* und nicht um eine wirkliche Selbstfindung der betreffenden Gruppen. Das zeigt sich jetzt, wo sich die *Blacks* nun selber dieser ihnen von weißer Seite angebotenen Begriffe „Identität" und „Nationalität" nicht im Sinne der Weißen, sondern im Sinne der unterdrückten Schicht der Schwarzen bedienen. Gerade jetzt unternimmt die südafrikanische Regierung, die 1948 mit dem Ziel der Apartheid, oder — beschönigend — dem Ziel der „Getrennten" bzw. „Multinationalen Entwicklung" angetreten war, verzweifelte Versuche, Motive der Integration herauszustellen und zu verstärken.

Ähnliches gilt von den weißen lutherischen Kirchen in Südafrika: Dieselben Kirchen, die 1966 nur mit großer Mühe zum Beitritt zu einer multirassischen Föderation lutherischer Kirchen in Südafrika bewegt werden konnten, versuchen nun, diese Föderation als Instrument gegen die aufkommende schwarze Selbständigkeitsbewegung zu benützen.

Es geht um die Menschenrechte für die Mehrheit

Es wird nun auch in Südafrika immer deutlicher, daß die von weißer Seite ausgegebene Alternative *Integration oder Separation* keine wirkliche Alternative darstellt, sondern den eigentlichen Konflikt verdeckt. Es geht in Südafrika vielmehr um die Frage, ob der größten Gruppe der dortigen Bewohner die Menschenrechte vorenthalten werden können oder nicht. Nur wenn die Alternative Integration oder Separation unter dem Vorzeichen dieser Fragen gesehen wird, kann sie zu sinnvollen Antworten führen. Inzwischen haben, wie gesagt, die meisten Schwarzen die Antwort durch ihre Praxis gegeben: Sie sind nicht mehr länger bereit, Entmündigung und Erniedrigung zu akzeptieren, sie wehren sich gegen Ausbeutung und gegen Ungerechtigkeit.

Offen bleibt im Grunde nur noch die Frage nach der Methode. Wenn man von der eindeutigen militärischen Überlegenheit der Weißen in Südafrika ausgeht, scheiden im Augenblick für die schwarzen Bewohner Südafrikas militärische Mittel von vornherein aus. Die Anwendung militärischer Gewalt könnte bei dem gegebenen Stand der Waffentechnik, der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Weißen über diese Waffen und ihrer Entschlossenheit, diese anzuwenden, nur zu einem völligen Desaster führen. Auch Guerilla-Tätigkeit läßt sich bei der im Vergleich zu Rhodesien, Angola und Mozambique ganz anderen zahlenmäßigen Stärke der weißen Gruppe in Südafrika nicht leicht erfolgreich ausüben. So bleibt in Südafrika, auch wenn man militärische Gewaltanwendung nicht prinzipiell ausschließt, im Augenblick nur der Verzicht auf militärische Mittel.

Breiter Prozeß der Bewußtseinsbildung im Gange

Dafür ist nun in Südafrika auf schwarzer Seite ein breiter Prozeß der Bewußtseinsbildung im Gange. Man kann über die neue schwarze *Consciousness*-Bewegung, die nach zehn Jahren fast völligem politischem Schweigen nun durchbricht, nur erstaunt sein.

In diesen zehn Jahren politischer Abstinenz sind die Fähigkeiten im Umgang mit den diskriminierenden und repressiven Gesetzen gewachsen; eine zunehmende Zahl von Schwarzen hat gelernt, wie man diese ohne Konsequenzen übertreten oder umgehen kann. Nicht wenige Schwarze wissen, wie sie ihrem Hungerlohn durch kleinen oder großen „Diebstahl" aus dem Gut ihres Masters etwas aufhelfen können. Es gibt einen schwunghaften Handel mit solchen Stücken, die in der Einheimischensprache bezeichnenderweise „Brot" heißen. . . .

Die Kräfte des Widerstands haben sich also „im" System und durch das System entwickelt. Von 1960 bis ungefähr 1970 stellten die Schwarzen eine *silent majority* dar, deren Schweigen und „Anpassung" als Duldung oder Billigung der weißen Herrschaft mißverstanden oder auch propagandistisch mißbraucht werden konnten. Das ist heute weitgehend anders geworden.

Der Streik der vorher als besonders rückständig geltenden Ovambos in Südwestafrika wurde auch in Südafrika viel besprochen. Sechs Monate später streikten die Busfahrer von PUTCO, einer Busgesellschaft in Johannesburg. Inzwischen ist die Reihe der Streiks nicht mehr abgebrochen. Anfang März dieses Jahres rechnete man mit einer Zahl von 35000, die an einem Streik teilnahmen oder teilgenommen hatten. Der Schwerpunkt der Streiks war im Februar und März in Durban, Anfang April wurde auch in einzelnen Johannesburger Betrieben gestreikt.

Weitere Streiks werden folgen

Die schwarzen Arbeiter vermeiden es, besondere Streikführer herauszustellen, um zu vermeiden, daß die Regierung oder das Management gegen diese vorgehen können. In Südafrika sind schwarze Gewerkschaften zwar nicht verboten, aber sie werden nicht als Verhandlungspartner anerkannt. Zur Schlichtung von Streitfällen sind regionale Regierungskommissionen unter Vorsitz eines Weißen zur Schlichtung von Streitfällen zwischen Arbeitern und Unternehmern bestimmt. Seit dem vermehrten Auftreten von Streiks ist der Ruf nach schwarzen Gewerkschaften auch unter den Unternehmern und den weißen Gewerkschaften fast allgemein. Viele Unternehmen sind Streiks durch kurzfristige Lohnerhöhungen zuvorgekommen. Diese halten sich aber bisher in allen Betrieben in bescheidenen Grenzen. Eine Erhöhung des Wochenlohnes um 4,60 Rand in einem Betrieb in Durban bildet die Ausnahme. Die Arbeiter kehren zur Arbeit zurück, nicht weil sie zufrieden, sondern weil sie hungrig sind. Es bleibt die Erfahrung, einen Streik ohne gesetzliche Gegenmaßnahmen durchgestanden zu haben.

Weitere Streiks werden zweifellos folgen und die Unternehmen und das Regierungssystem empfindlich treffen. Hier ist die entscheidende Stelle, an der sich die weiße Herrschaft aus den Angeln heben läßt. Ein Generalstreik der schwarzen Arbeiter wird die weiße Wirtschaft innerhalb weniger Tage zum Zu-

sammenbruch bringen. Es scheint aber, daß die organisatorischen Voraussetzungen zur Inszenierung eines solchen Streiks noch fehlen und sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht herstellen lassen. Immerhin war es schon bei den Streiks der Ovambos Ende 1971 für alle Weißen überraschend, wie gut die Kommunikation auf schwarzer Seite funktionierte. Die weiße Regierung konnte es sich damals nicht anders erklären, als daß irgendwelche Kräfte von außen oder kommunistische Agitatoren im Innern am Werk waren. Beides war nachweisbar nicht der Fall, aber es zeigt, wie sehr die weißen Machthaber die Potenzen der Schwarzen trotz ihres beinahe perfekten Informantenwesens unterschätzt hatten.

„Divide et impera“ is out

Bis 1970 konnte man den Eindruck gewinnen, als ob die von der weißen Regierung eingesetzten oder protegierten schwarzen Vertreter der *homelands* das Teilungssystem der südafrikanischen Regierung mehr oder weniger gutheißen. Diese Situation änderte sich im Juni 1970 deutlich, als der für das *homeland* Kwa Zulu vorgesehene Führer, Gatsha Buthelezi, in aller Öffentlichkeit erklärte, er übernehme zwar die ihm von der südafrikanischen Regierung zugedachte Funktion, sei aber nicht bereit, sie im Sinne der südafrikanischen Regierung, sondern im Sinn der unterdrückten Landsleute zu gebrauchen. Die südafrikanische Regierung hat seither eine ganze Reihe von Versuchen unternommen, Buthelezi zu beseitigen oder kaltzustellen, konnte aber angesichts der wachsenden Popularität dieses außerordentlich qualifizierten Mannes bisher nichts erreichen.

Mitte Februar dieses Jahres solidarisierte sich Buthelezi ausdrücklich mit den Streikenden in Durban, hielt sie allerdings gleichzeitig an, Ruhe zu bewahren und Gewaltanwendung zu vermeiden. Sein Vertreter, Mr. Dladla, verhandelte im Auftrag von Buthelezi mit den betroffenen Unternehmern, ließ sich aber nicht auf deren Bedingungen ein. Die weiße Wirtschaft wird in Zukunft wohl stärker mit den Führern der *homelands* rechnen müssen, die ihre kleinen Gebiete, nicht mehr unbeschränkt als Arbeiterreservoir für die weißen Städte behandelt wissen wollen. Was die Vertreter der *homelands* für die Regierung so gefährlich macht, ist die Tatsache, daß sich diese zwar an das Regierungskonzept der getrennten Entwicklung halten, dabei aber „Separation“ nicht im Sinne der Regierung, sondern im Sinne der *Black Consciousness* interpretieren.

In den letzten Monaten läßt sich eine regelrechte Eskalation der Forderungen durch schwarze *homeland*-Politiker feststellen. Kaizer Mantanzima, der Premierminister der Transkei, läßt sich von den alten Forderungen nach mehr Land nicht mehr abbringen, auch nachdem die Regierung die Grenzen von 1936, die die *homelands* auf 13 % des Bodens beschränkten, für endgültig erklärt hat. Weder Mantanzima noch Buthelezi, noch neuerdings Mangope, der Premierminister der Tswanas, halten dies für genügend. Das ist vor allem bei Mangope, der bis vor kurzem als besonders regierungshöriger schwarzer Führer gegolten hatte, überraschend. Am 14. April 1973 machte er deutlich, welches Gebiet er für seine Landsleute anstrebt. Es umfaßt ein Vielfaches von dem, was die Regierung vorsieht. Es ist klar, daß Mangope hier in stillschweigender Übereinstimmung mit seinen Kollegen im Zululand, in der Transkei und womöglich noch in anderen *homelands* handelt. Buthelezi und Mantanzima streben eine Konföderation zwischen Zululand und der Transkei an, und auch sonst gewinnt das Konzept einer schwarzen ethnische und rassische Grenzen übersteigende Solidarität immer klarere Formen. Die *divide et impera*-Politik der südafrikanischen Regierung läßt sich auf die Dauer immer weniger halten.

Am 30. März schlug Mangope ein interrassisches offizielles Gremium vor, das Fragen des ganzen Landes gemeinsam besprechen soll. Aus diesem Gremium sollen nach den Vorstellungen von Mangope auch Vertreter der radikalen schwarzen Studentenorganisation, SASO, nicht ausgeschlossen werden.

Studenten unter stärkstem Druck

SASO gehört, ebenso wie die *Black People's Convention,* die 1972 gegründete erste schwarze Partei seit 1960, zu den radikaleren Gruppen in Südafrika, die sich gegen jede Arbeit „innerhalb des Systems“ ausspricht. Sie lehnt außerdem Kontakte auch mit progressiven weißen Gruppen prinzipiell ab. SASO hat sich schon 1970 von der multirassischen englischsprachigen Studentenvereinigung NUSAS getrennt und betreibt nun ein eigenes Erziehungsprogramm. Die zahlenmäßig kleinen Gruppen, die SASO und *Black People's Convention* ausmachen, haben das Tempo der *Black-Consciousness*-Bewegung erheblich beschleunigt und so indirekt auch die Streiks und die Politik der *homeland*-Führer positiv beeinflußt. Aber sie haben sich dem direkten Zugriff der südafrikanischen Regierung sehr viel stärker ausgesetzt als die gemäßigten und vorsichtiger operierenden Arbeiter und politischen Führer. So kam die Bannung von acht der führenden Leute von SASO und der Black People's Convention im Februar 1973 durch die südafrikanische Regierung nicht völlig überraschend.

Noch immer glaubt die Regierung, durch derartige Maßnahmen der *Black-Consciousness*-Bewegung schaden zu können. Die SASO-Leute dagegen haben erklärt, daß, wenn immer einer von ihnen gebannt würde, sofort eine Reihe anderer an ihre Stelle treten, und daß sie solche Regierungsmaßnahmen nur in ihrer bisherigen Haltung bestärken könnten. Bannung bedeutet im Fall der acht schwarzen Studenten, daß diese ihre Häuser zwischen 6 Uhr abends und 6 Uhr morgens nicht verlassen dürfen, sie dürfen sich nicht außerhalb ihres Gemeindebezirks begeben und dürfen nicht an Versammlungen mit mehr als zwei Personen teilnehmen. Außerdem dürfen keine ihrer Äußerungen zitiert oder publiziert werden. In einer ähnlich exponierten Stellung wie SASO befinden sich die mehrrassigen Institutionen des *Institute of Race Relations* und des *Christlichen Instituts.* Da es sich um fest umgrenzte Einrichtungen mit relativ kleiner Mitgliederzahl handelt, sind diese leicht faßbar und unter besonderen Druck zu setzen. Gegen beide Institutionen wurden vor einem Jahr parlamentarische Untersuchungskommissionen eingesetzt, die die Aktivitäten, Geldquellen und Kontakte dieser Gruppen untersuchen. Im März 1973 haben sich nun einige Mitglieder des Stabs des Christlichen Instituts geweigert, vor dieser Kommission, die von vornherein als parteiisch gelten muß, auszusagen.

Im übrigen konzentrieren sich die Proteste der schwarzen Christen im Augenblick auf die Verurteilung und Diskriminierung innerhalb der verschiedenen Kirchen. Hier wird die *Black-Consciousness*-Bewegung in den verschiedenen Kirchen noch starke Auswirkungen haben.

ALLGEMEINE ZEITUNG (Windhoek, Namibia) Nr. 240 13. Dezember 1972

Rassentrennung und Schöpfungsordnung

Von Pfarrer Th. Kuntz

Es ist bedauerlich, daß in Südafrika und Südwestafrika eine Reihe von Lehrern und Pfarrern — sie kommen meist aus der Bundesrepublik — Christentum mit neomarxistischen Thesen verwechseln und die Apartheidpolitik bekämpfen, andererseits ist es erfreulich, daß sich christliche Notgemeinschaften dagegen wehren. Seit Jahren liest man in christlichen Blättern und in Verlautbarungen des Oekumenischen Rates der Kirchen Schlagworte wie diese: „Rassentrennung steht im Gegensatz zum Evangelium", „Rassentrennung beleidigt Gott" usw. Aber wie heißt es schon mehrmals auf dem ersten Blatt der Bibel?" „Gott schuf jedes nach seiner Art." Und in 1. Mose 6 wird erzählt, wie durch die Vermischung der „Gottessöhne" mit niederer Menschenart Unheil, Elend, Sünde, sittliche Verwirrung usw. sich ausbreiteten. Und wenn es Galater 3,28 heißt: „Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib, ihr seid allzumal einer in Christo", so hat der Apostel damit genausowenig, wie er den Unterschied zwischen Mann und Frau aufheben konnte und wollte, auch andere Unterschiede wie etwa den von Volkstum und Rasse aufheben wollen.

Apartheid = Rassentrennung wurde schon bei den Juden vor 2400 Jahren unter ihrem Führer Esra streng durchgeführt. Aber das bedeutet keineswegs Rassendiskriminierung! Denken wir etwa an den Kolonialpionier Karl Peters seinerzeit in Ostafrika oder an Lettow-Vorbeck im selben Ostafrika 1914/18 und andere hervorragende Männer im Dienste der früheren deutschen Kolonien, wie haben sich diese bei aller klaren Unterscheidung durch ihre Gerechtigkeit, Unbestechlichkeit und Beachtung der Rechte der Eingeborenen deren Vertrauen, Verehrung und Anhänglichkeit erworben! Es ist eine Tatsache der Geschichte, daß die Eigenart einheitlicher Rassen großartige Kulturen geschaffen hat, man denke etwa an die Hellenen, Römer und andere. Rassenmischung brachte auf allen Gebieten den unausweichlichen Niedergang. Als z. B. der Westgotenkönig Recceswinth um 650 den verhängnisvollen Entschluß faßte der Eheerlaubnis seiner Westgoten mit der einheimischen Bevölkerung, da war es mit dem Westgotenreich in Spanien in wenigen Jahrzehnten vorbei, genauso ging es mit dem Ostgotenreich Theoderichs in Italien 100 Jahre vorher — ebenfalls durch eigene Schuld.

Es ist unbegreiflich, daß diese Lehren der Geschichte, diese Gottes- und Naturgesetze immer wieder mißachtet werden, als ob das vielzitierte Wort von der Gleichheit der Menschen vor Gott auch nur im geringsten ein Gegenbeweis wäre gegen diese Tatsachen! Jedoch die Erfahrung zeigt, daß viele Intellektuelle, gerade auch Lehrer und Theologen, diese Lehren der Geschichte ignorieren, obwohl gerade letztere im Blick auf den 1. Glaubensartikel und die wunderbare Schöpfungsordnung wissen müßten, daß gerade in ihrer Verschiedenheit auf allen Gebieten ihre Großartigkeit beruht! So fein — „jedes nach seiner Art" —, daß sich z. B. eine Blaumeise niemals mit einer Kohlmeise paaren würde. Nur der kluge und doch oft so törichte Mensch glaubt, sich über diese Gesetze hinwegsetzen zu können. So vertrat die Weltkirchenkonferenz von Evanston 1954 die unmögliche Ansicht, daß gegen rassisch verschiedene Ehen nichts einzuwenden sei, da sie ja im Angesichte Gottes geschlossen seien. Wie kann man den Namen Gottes nennen sozusagen als Kronzeugen gegen seine eigenen Schöpfungsgesetze!

Der Kampf gegen die Apartheid, gegen die getrennte Entwicklung, zielt in seinen letzten Konsequenzen hin auf die ungehemmte Vermischung, auf die Einweltsrasse eurasisch-negroider Mischung nach dem Plan des bekannten Coudenhove-Kalergi! Und das liegt bestimmt nicht im Weltenplan des Schöpfers, denn sonst hätte er eine Menschenrasse geschaffen, eine Pflanzenart, eine Tierart, eine Baumart usw., was wäre das für eine entsetzliche Eintönigkeit! Wenn man bedenkt, daß die farbigen Gruppen rassisch so verschieden sind wie die Kalmücken von den Franzosen, wenn man weiß, daß sie strenge Apartheid halten, wenn man ihre ganz verschiedenen Sprachen und Lebensgewohnheiten kennt, dann muß auch dem größten Illusionisten klarwerden, daß ein solches Gebiet nicht von heute auf morgen als ein demokratischer Staat regiert werden kann. Wenn man das alles betrachtet, gewinnt man leichter einen tieferen Einblick in die große Arbeit, die Südafrika mit der Politik der getrennten Entwicklung leistet! Ist es verwunderlich, daß es bei dieser schweren Arbeit in Südafrika und Südwestafrika auch Härten gibt? Derartiges können auch die besten Gesetze in der Welt nie ganz vermeiden. In keinem afrikanischen Lande sind die Leistungen für die Eingeborenen so hoch wie in Süd- und Südwestafrika.

"Mein Kampf", S. 234

"Für was wir zu kämpfen haben, ist die Sicherung des Bestehens und der Vermehrung unserer Rasse und unseres Volkes, die Ernährung seiner Kinder und Reinhaltung des Blutes, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes auf daß unser Volk zur Erfüllung der auch ihm vom Schöpfer des Universums zugewiesene Mission heranzureifen vermag."

"Mein Kampf", S. 324

"Die Blutsvermischung und die dadurch bedingte Senkung des Rassenniveaus ist die alleinige Ursache des Absterbens alter Kulturen; denn die Menschen gehen nicht an verlorenen Kriegen zugrunde, sondern am Verlust jener Widerstandskraft, die nur dem reinen Blut zu eigen ist."

Rezension

Joachim F. Kahl

Pro und kontra Portugal
Der Konflikt um Angola und Mozambique

Seewald Verlag, Stuttgart 1972,
DM 24,-

Joachim F. Kahl hat mit seinem Buch "Pro und kontra Portugal" eine wahre Marktlücke entdeckt. Galt es doch, der kritischen Literatur über den portugiesischen Kolonialismus und den Kampagnen gegen die Cabora Bassa-Firmen ein unternehmerfreundliches Buch entgegenzusetzen, und sich gleichzeitig in manchen Punkten von der allzu beschönigenden portugiesischen Propaganda abzusetzen.

Titel und Untertitel des Buches ("Das Anti-Klischee") sollen deutlich machen, der politische Standpunkt des Verfassers sei irgendwo zwischen Gegnern und Befürwortern der portugiesischen Kolonialherrschaft anzusiedeln. Wie das zu verstehen ist, erläutert Kahl bereits in den Vorbemerkungen: Sein politisches Engagement gelte "der Bevölkerung von Angola und Mozambik", der "gerechten Beurteilung Portugals" und schließlich der "Verteidigung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems der westlichen Welt" (S. 11). Man nehme also von jeder Meinung ein bißchen und setze es wieder zu einer neuen zusammen. Wonach Kahl nicht fragt, sind die Interessen, die sich hinter jedem Standpunkt, jeder Politik verbergen. Unbeachtet bleibt folglich auch, daß die Profit- und Herrschaftsansprüche des portugiesischen Kolonialregimes und der Konzerne wie Siemens und Krupp in den portugiesischen Kolonien nur erhalten sind durch die Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskräfte, abgesichert durch Rassismus und Kolonialkrieg. Man kann jene kaum wohl mit den Interessen eines unterdrückten Volkes in einen Topf werfen.

Im Gegensatz zu den Propagandaschriften der portugiesischen Botschaft leugnet Kahl nicht die Existenz "sozialer Unterschiede" zwischen Weißen und Afrikanern, jedoch erklärt er sie (und rechtfertigt damit die vorhandene Situation) als Folge der "faktischen Bildungs- und Mentalitätsunterschiede" (S. 19). Da eine historische Erklärung der sozialen Beziehungen zwischen Portugiesen und Afrikanern fehlt, ist nicht einzusehen, warum, mit welchen Mitteln und mit welchem Ziel diese geändert werden sollen. Wo liegen die Ursachen des heutigen Zustandes und wer soll ihn ändern? Etwa die, welche seit Beginn der Kolonialisierung Nutzen daraus gezogen haben? Kein Wunder, daß Kahl den Spieß herumdreht, und neokoloniale Abhängigkeit zur "Folge der Unterentwicklung" (S. 20) wird und damit gerechtfertigt erscheint.

Bewundernswert ist Kahls Geschick, mit Problemen "fertig" zu werden, die ihn verunsichern. Ob es um Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, Zwangsarbeit, Verbot freier Gewerkschaften oder Rassismus geht, Kahl weist sogleich darauf hin, solche Mißstände gebe es schließlich überall, ganz besonders freilich in den sozialistischen Ländern und Schwarzafrika.

Die Existenz rassistischer Unterdrükkung in Angola und Mozambik streitet Kahl ab - wenn auch vorsichtig formuliert: Rassische Spannungen seien "mehr im Erlebnis der anderen Mentalität, in Überlegenheitsgefühlen der Europäer und Unterlegenheitsgefühlen der Schwarzen sowie in Interessengegensätzen begründet." (S. 127) Die Verbindung zwischen "rassischen Spannungen" und "sozialer Benachteiligung" will ihm nicht gelingen.

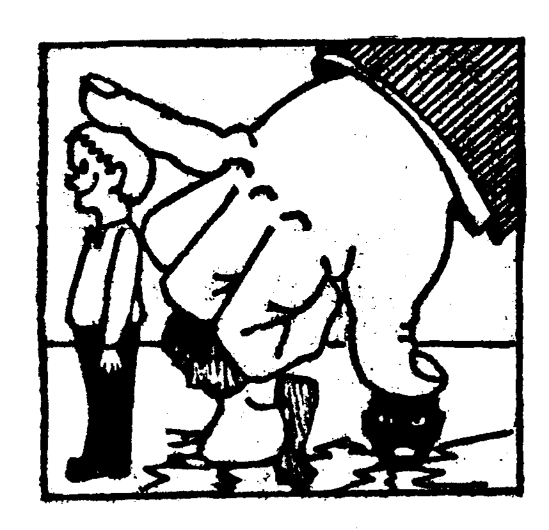
Typisch für dieses Buch ist außerdem, daß Kahl seine Darstellungen sozialer Erscheinungen immer an bestimmten Punkten abbricht und schnell ein "Gegenargument" bringt. So erscheint zum Beispiel das Anwerben von Wanderarbeitern aus Mozambik für südafrikanische Bergwerke als etwas, das seine Vor- und Nachteile hat. "Sozialpolitisch bedeuten die Familientrennung und die Lebensbedingungen der Minengebiete jedoch einen hohen Preis für die finanziellen Vorteile und die in der Fremde gewonnenen Erfahrungen." (S. 138)

Noch unverständlicher wird das Kapitel "Vertretung der Arbeitnehmerinteressen", wo der Autor feststellt, daß in den portugiesischen Kolonien freie Gewerkschaften verboten sind, die "sozialpolitische Situation der Arbeitnehmer" insgesamt schwach ist, und der "Arbeits- und Sozialpolitik der Regierung und dem Wohlwollen (!) der Arbeitgeber" unterworfen sind. Aus seinem Gedankenlabyrinth weiß er schließlich keinen anderen Ausweg als festzustellen: "Es wäre jedoch ungerecht, zu sagen, daß in den Betrieben allgemein ein ausbeuterisches, unmenschliches Klima herrscht." (S. 139)

Was die Befreiungsbewegungen betrifft, bläst Kahl völlig in das Rohr portu-

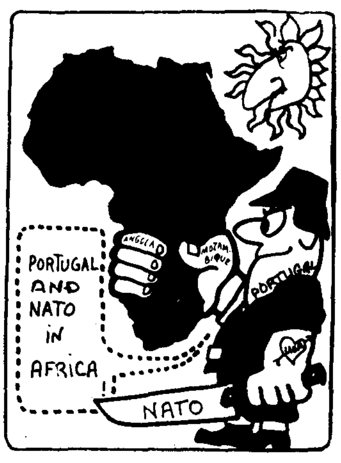
giesischer Propaganda. Sie bewegen sich angeblich in menschenleeren Gebieten, weswegen Kahl sich mit ihren Erfolgen im Gesundheits- und Bildungswesen erst gar nicht auseinandersetzt. Daher gelingt ihm auch keine Erklärung des hohen militärischen Einsatzes der Portugiesen und der nach südvietnamesischem Vorbild errichteten Wehrdörfern, deren Aufgabe es ist, jede Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Bevölkerung zu unterbinden. Kahl beschreibt diese Wehrdörfer als Idylle. Ebenso verwirrend sind seine Alternativvorschläge für eine zukünftige portugiesische Politik. Da er den Afrikanern die Fähigkeit abspricht ihre Zukunft selbst bestimmen zu können, sei es notwendig, daß Portugal die Kolonien weiterhin behält, "progressive" (!) Kreise in Lissabon aber schrittweise die Autonomie der Überseegebiete und die Integration der autochthonen Bevölkerung fördern, bis jene in der Lage ist, über ihre Zukunft - mit oder ohne Portugal - zu entscheiden. So müsse z.B. die afrikanische Bevölkerung für die Marktwirtschaft gewonnen und politisch aktiviert werden. Alternativen, der der geschichtlichen Entwicklung und sozialen Erfahrung der Afrikaner entsprechen würden, gibt es für ihn nicht, denn sie könnten jenseits von Imperialismus und Kolonialismus liegen.

Kahl bedauert dagegen, die Beteiligung der Afrikaner am politischen Leben sei verschwindend gering. Sein Patentrezept: "Es müßte die Wahlbeteiligung, einer der wichtigsten Indikatoren des politischen Fortschritts, systematisch gefördert werden." Was ändert sich aber an den Machtstruktu-



ren in Portugal, wenn einige hunderttausende Wahlzettel mehr abgegeben werden und einige weiße Abgeordnete durch Schwarze ersetzt werden? Bedeutet Fortschritt etwa, daß man seine Unterdrücker selbst wählt?

Kahl sieht weder in der portugiesischen Siedlungspolitik noch in den Investitionen internationaler Konzerne ein Mittel, um die weiße Herrschaft zu festigen und Befreiungsbestrebungen zu bekämpfen, sondern ein Mittel, die zu einer "mehrrassischen Gesellschaft" (S. 119) und zur "Liberalisierung" (S. 279) führen.



"Erfolge" manifestieren sich in ausführlichen statistischen Daten über die neueste wirtschaftliche Entwicklung Angolas und Mozambiks, die jedoch so global gehalten sind, daß sie über die bestehenden Herrschaftsstrukturen wenig aussagen. Warum wird der Einfluß ausländischen Kapitals nicht eingehender behandelt?

Da Kahl selbst zwischen 1945 und 1967 unternehmerisch tätig war und 1940 (!) ein Buch über "Aufbau und Finanzierung der deutschen Großkonzerne" veröffentlicht hat, weiß er auch, seinen kapitalistischen Freunden gute Ratschläge zu geben: Er warnt vor der Gefahr, "daß bei zu niedrigen Löhnen der erforderliche Rationalisierungsdruck auf die Betriebe fehlt und Schlendrian begünstigt wird." (S. 142)

Schließlich verschweigt Kahl entscheidende Tatsachen, die geeignet wären, seine schönen Zukunftsvisionen zu zerstören: die Waffenlieferungen durch die NATO-Partner und Südafrika (S. 260 und 279 spricht er von "militärischer Unterstützung" bzw. "Kooperation", ohne darauf einzugehen) sowie Napalmbomben und Herbizide, die vom portugiesischen Militär im Kolonialkrieg eingesetzt werden.

Indem Kahl die Existenz von rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung leugnet und das kapitalistische System als gegeben und damit verteidigungswürdig betrachtet, stellt er sich von vornherein auf die Seite derer, die aus Rassismus und Ausbeutung Nutzen ziehen: des Kolonialregimes und vor allem des internationalen Kapitals. Und das ist allerdings sehr klischeehaft.

bast

Brasilien

Dokument der Bischöfe und Ordensoberen des Nordostens Brasiliens vom 6. Mai 1973

Wegen der gespannten Lage zum 1. Mai wurde das Dokument erst am 6. Mai in Recife und nach Reuter am 18. Mai in Rio der Öffentlichkeit übergeben.

Es ist inzwischen von den Zensurbehörden als subversiv eingestuft und verboten worden.

"Und der Herr sprach: ich habe das Elend meines Volkes wohl gesehen, und ihr Schreien über ihre Treiber habe ich gehört; ja ich kenne ihre Leiden." (Exodus 3,7) Diese Worte aus dem Buche Exodus, gerichtet an Moses durch Gott, geben in dieser Stunde gut das Ausmaß unserer Gefühle wieder.

Im Anblick der Leiden unseres unterdrückten und gedemütigten Volkes, seit so vieler Jahrhunderten in unserem Land, sehen wir uns aufgerufen durch das Wort Gottes Stellung zu nehmen, Stellung zu nehmen an der Seite des Volkes, Stellung zu nehmen gemeinsam mit all denen, die sich mit dem Volk um eine wahre Befreiung bemühen. In der Nachfolge des Moses wollen wir unsere Mission als Hirten und Propheten erfüllen beim Volke Gottes. Durch das Wort Gottes, das die Ereignisse der Geschichte beurteilt, sehen wir uns angetrieben zu sprechen. Und unter diesem Gesichtspunkt versuchen wir das Stöhnen des Volkes zu interpretieren, die täglichen Erlebnisse und Ereignisse unseres leidenden Volkes. Tatsachen, die durch die sachliche Analyse unserer menschlichen Realität bewiesen werden.

Da wir um die häufigen Unterlassungen und Irrtümer im Laufe der langen Geschichte unserer Kirche in Brasilien wissen, fühlen wir uns ohnmächtig und eingeschüchtert angesichts einer so großen Aufgabe. Wir wiederholen ganz spontan die Klage des Moses gegenüber Jahve: "Wer bin ich, daß ich zum Pharao gehen und die Israeliten aus Ägypten führen sollte?" Aber wir spüren gleichzeitig die Kraft des Allerhöchsten und die Gnade desjenigen, der uns rief und uns sandte. "Ich werde mit dir sein", antwortete Gott. (Exodus 3,11-12)

Deshalb entschieden sich die Bischöfe und Ordensoberen des brasilianischen Nordostens im Jubeljahr der Erklärung der Menschenrechte und des zehnten Jahrestages der Enzyklika "Pacem in Terris" Johannes XXIII., in Übereinstimmung mit den Beschlüssen und Aufrufen der 13. allgemeinen brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB), die im Februar dieses Jahres abgehalten wurde, das vorliegende Dokument zu veröffentlichen, überzeugt von der Dringlichkeit dieser Aufgabe und gleichzeitig als eine Form des Gedenkens an die so bedeutsamen oben erwähnten Ereignisse.

Es ist unser Recht und unsere Pflicht, als Hirten über die menschlichen Probleme zu sprechen, deshalb auch über politische, wirtschaftliche und soziale Fragen, in dem Maße, in dem der Mensch im Spiel ist und Gott gefordert wird.

In Wahrheit besteht unsere Verpflichtung, wenn wir echte Gläubige des Evangeliums sind, mit dem Volk, mit seiner Hoffnung, mit seiner Befreiung. War es nicht das Volk, mit dem sich Gott damals verband? Die Bibel hat keinen anderen Sinn, wenn nicht den, die Verpflichtung Gottes mit seinem Volk zu offenbaren, Jahves Bund mit der Geschichte des Menschen.

Als Diener der Befreiung haben wir vor allem uns selbst allezeit zu bekehren, um besser dienen zu können. Wir haben den Aufschrei des nordöstlichen Menschen anzunehmen, der nach dem Dienst der Befreiung schreit, der uns in seinem Hunger und Durst nach Gerechtigkeit anruft, sein Schicksal zu teilen.

Es ist der Befreiungsmarsch dieses Menschen, der unsere Gesellschaft anruft und mit ihren Gewinn-Kriterien zusammenstößt, mit den Verdrehungen an Statistiken und Daten, die die institutionalisierte Gewalt, in der wir leben, gemäß dem Ausspruch der 2. Konferenz des CELAM in Medellin, zu rechtfertigen versuchen. In dieser Bischofskonferenz unseres Kontinents wurde die Situation als eine Situation der Sünde charakterisiert, in der sich die Gesellschaft unserer lateinamerikanischen Länder befindet.

Durchdrungen von der Überzeugung unseres pastoralen und prophetischen Auftrages sprechen wir in dieser Stunde der Herausforderung, im Gedenken an die Ereignisse, die schon durch sich

selbst für uns Aufrufcharakter besitzen. Wir werden objektive Daten vorlegen, Forschungsergebnisse und technische Inhalte, damit unser Urteil im Namen Gottes nicht von oberflächlichen Eindrücken und subjektiven Haltungen ausgeht. Unsere Perspektive jedoch ist der Mensch, der ganze Mensch und alle Menschen.

Die Realität des Menschen im Nordosten

Auf Grund der technischen Information und statistischen Daten durch die offiziellen Organe, stellt sich heraus, daß die nordöstliche Wirklichkeit heute die gleichen Kennzeichen bewahrt, wodurch diese Region international bekannt wurde: Unterdrückung, Elend und Ungerechtigkeit. Einige noch stärker ausgeprägt und ohne die Hoffnung, daß die Regierung eine Besserung dieser Realität für die Gegenwart oder nahe Zukunft zu schaffen versucht. Die Unterentwicklung bleibt weiterhin das Charakteristikum des Nordostens.

Pro-Kopf-Einkommen

Nach Angaben der SUDENE (Nordostbrasilianische Entwicklungsgesellschaft) beträgt das Pro-Kopf-Einkommen des Nordostens heute etwas mehr als 200 Dollar oder ungefähr die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens Brasiliens und nur ein Drittel des Pro-Kopf-Einkommens von Sao Paulo. Ergebnisse der Volkszählung von 1970 zeigen allerdings, daß von 100 "Nordestinos" über 10 Jahre 52 bis zu 100 Cruzeiros monatlich verdienen, während 15 % überhaupt keine Einkünfte hatten oder sie nicht angaben. Nur 3,3 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung hatte ein Einkommen, das über 500 Cruzeiros (= 250,- DM) monatlich lag, und nur 0,86 % verdiente mehr als 1.000 (= 500,- DM) Cruzeiros pro Monat. In Piauí und Maranhao verdienten bei einer wirtschaftlich aktiven Gesamtbevölkerung von 1.470.000 Personen nur 955 mehr als 2.000 Cruzeiros (= 1.000,- DM) monatlich (Jornal do Brasil, 9.7.1972).

Arbeit

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung erreichen eine alarmierende Höhe in dieser Region. 23 % der arbeitsfähigen Bevölkerung können ihre Arbeitskraft nicht einsetzen oder nur teilweise benutzen (IBCE-PNAD, 1 Semester 1970).

Wieweit wir doch von jenem Grundrecht für alle Menschen im Nordosten entfernt sind, von dem Johannes XXIII. in seiner Enzyklika spricht, deren Jahrestag wir in diesem Jahre begehen: "Es ist klar, erinnert der Papst, daß auf Grund einer Naturforderung der menschlichen Person nicht nur die Freiheit der Initiative zukommt, sondern auch das Recht auf Arbeit." Pacem in Terris, Nr. 18.

Ernährung

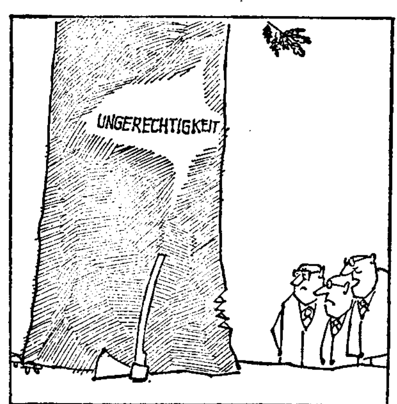
Der Hunger nimmt im Nordosten epidemische Ausmaße an. Eine Untersuchung, die in verschiedenen Städten dieser Region durchgeführt wurde, zeigte für den mittleren Nahrungsbedarf folgendes Ergebnis pro Person (in Prozenten des als normal empfohlenen Nahrungsbedarfs ausgedrückt):

Kalorien 56 %, Protein 81 %, Calcium 74 %, Vitamin A 4 %, Vitamin C 54 %.

Die relativen Werte für Kinder unter 2 Jahren waren folgende:

Kalorien 51 %, Protein 56 %, Calcium 79 %, Vitamin A 7 %, Vitamin C 27 %.

Die Ursachen und die Konsequenzen eines solchen Stadiums der Unterernährung wurden berichtet in den Schlußfolgerungen des Forschungsberichts, der 1968 durch das Ernährungswissenschaftliche Institut der Bundesuniver-



„Dieser Frevel! Diese systemsprengenden Angriffe auf Gewachsenes und Bewährtes!"
Zeichnung: DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT / Wolter

sität von Pernambuco (Nutrition Survey on Northeast) veröffentlich wurde: "Die unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln für die Bevölkerung des Nordostgebietes ist evident. Die Bevölkerung muß im allgemeinen als mager bezeichnet werden. Das zeigte sich durch Messungen der Hautstärke ... Bei den klinischen Untersuchungen war der Allgemeineindruck, Unterernährung oder geringe physische Entwicklung."

Diese Allgemeinsituation zeigt sich noch verstärkt in den Teilen der Region, wo Zuckermonokulturen vorherrschen. Eine Studie, die 1968 in Riberao, Staat Pernambuco, durchgeführt wurde, zeigte den mittleren Nahrungsmittelverbrauch, bezogen auf die erforderlichen Normalwerte in folgenden Ziffern:

Kalorien 50 %, Proteine 59 %, Calcium 55 %, Vitamin A 26 %, Vitamin C 49 %.

Die Unterernährung, die eine Reduzierung der physischen Statur hervorgerufen hat, zeigt nach der oben angeführten Untersuchung, unter anderen Wirkungen auch das Auftreten einer großen Anzahl von geistig verkümmerten Menschen in diesem Gebiet. Ein Test, der 1972 in drei Munizipien (Kreisen) der Zuckerrohrzone von Pernambuco durchgeführt wurde, um den Intelligenzquotienten von 109 Kindern zu messen, zeigt folgende Ergebnisse: In Gameleira wurde ein mittlerer Intelligenzquotient von 78 gemessen, nach der Skala von Terman weist das auf eine vollständig abgestumpfte Intelligenz hin. In Riberao und Aquua Preta hat man noch erschreckendere Mittelwerte beobachtet: 72,4 bzw. 73,3. In der gleichen Bezugsskala ist das die Grenze zur Geistesschwachheit. Ein Punkt darunter handelt es sich dann um Schwachsinnige, der letzte Grad der Geistesschwäche (Imbezilität). (In Opiniao Nr. 10 - 1973.)

> "Wir müssen unsere romantische Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt mäßigen, da wir den industrialisierten Ländern Westeuropas und den USA viel näher stehen als der konfusen und geplagten Dritten Welt."
>
> Roberto Campos
> (1964 bis 1967 brasilianischer Planungsminister)

Wohnungsprobleme

Eine andere Veröffentlichung der SUDENE ("Wohnungen"-Sozialabteilung, Febr. 1970) gibt den Wohnungsfehlbedarf des Nordostens mit 2,3 Mill. Einheiten an, mit steigender Tendenz.

"Die Zahl der Wohnungen in Nordosten ist nicht proportional dem Bevölkerungszuwachs gestiegen. Von 1940 bis 1950 stieg bei einem Zuwachs der Bevölkerung von 25 % das Wohnungsangebot nur um 18 %." Die gleiche Veröffentlichung führt aus, daß bis 1967 die Nationale Wohnungsbank im Nordosten nur 14 % der in Brasilien subventionierten Neubauten finanziert habe.

Zu der Wohnungsnot kommt noch die geringe Qualität der Wohnungen und die unzureichende sanitäre Installation hinzu. Eine Untersuchung des IBGE (PNAT 1. Semester 1970) zeigt, daß von den 5 Mill. Wohnungen im Nordosten in jenem Jahr 76 % kein fließendes Wasser und 73 % keine sanitären Installationen besaßen. In bezug auf den Gebrauch von Elektrizität in diesen Wohnungen ist die Situation ähnlich, denn 75 % von den gesamten Wohnungen besaßen keine elektrische Installationen. Nach der zitierten Veröffentlichung werden nur 50 % der Wohnungen in den mittleren und großen Städten aus dauerhaftem Material gebaut. Der Rest, charakterisiert durch unzureichende Ausmaße und Bedingungen, stellt in der Tat menschenunwürdige Behausungen dar, von denen die bekanntesten die Favelas (Slums) unserer Städte bilden, z.B. die "Invasionen" und "Alagados" von Salvador und die "Mocambos" von Recife.

Die Statistiken und selbst die einfache Kenntnis unserer Städte zeigen in Wahrheit eine alarmierende Situation, die uns hautnah den Kontrast zwischen Armen und Reichen auf dem Wohnsektor beweist. Diese Situation verletzt die christlichen Gefühle: "Wenn jemand die Güter dieser Welt genießt, aber seinen Bruder Not leiden sieht, und ihm das Herz verschließt, wie kann der in der Liebe Gottes bleiben?" (Joh 3,17).

Gesundheit

In einer kürzlich gemachten Veröffentlichung der SUDENE (Saudo Sozialabteilung, Febr. 1970) wird gezeigt, daß die Bevölkerung des Nordostens weiterhin einen geringen Index im Gesundheitszustand und einen erhöhten Index an Krankheit-Todesfolge besitzt, in Übereinstimmung mit dem Pro-Kopf-Einkommen.

Die Bilharziose (Schistosomiasis-Gruppe von Wurmkrankheiten) zeigt einen erhöhten Index, wobei man dort, wo Wasserläufe sind, das Vorkommen auf 90 % schätzt, vor allem in der Küstenzone von Rio Grande do Norte bis zum Reconcavo Bahiano. Die Chagaskrankheit (Beulenpest) fordert etwa 500.000 Opfer und verbreitet sich vor allen Dingen in einem Gebiet, das etwa 12 Mill. Menschen umfaßt. Die Tuberkulose hat im Nordosten eine Sterblichkeitsziffer von 80 auf 100.000 Personen. Dabei schätzt man, daß in dieser Region etwa 100.000 Tuberkulosekranke leben, zu denen weiterhin jährlich 30.000 neue Erkrankungen hinzukommen. Im Krankheitsbild dieser Region zeichnen sich vor allem die Krankheiten ab, deren Auftritt von wirtschaftlichen Faktoren abhängt. Die ansteckenden Krankheiten sind für 22 % der Todesfälle verantwortlich.

Die Kindersterblichkeit ist sehr hoch. Im Nordosten sterben auf 1.000 Lebendgeborene etwa 180 Kinder. In den Hauptstädten, wo die medizinische Versorgung konzentriert ist, ist die Relation immer noch bei 98 auf 1.000 Lebendgeborene. Die Sterblichkeit junger Menschen ist stark. Von den Gesamtsterbefällen sind 47 % vor dem 5. Lebensjahr. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer beträgt 18 auf 1.000 Einwohner. Das mittlere Lebensalter beträgt 50 Jahre, für Männer weniger - nämlich 47 Jahre.

Wie man sieht, ist das Leben im Nordosten nicht nur schwer, sondern auch kurz.

Um die Probleme, die von einer solchen Größe sind, in Angriff zu nehmen, finden wir bei den in dieser Region vorhandenen Gesundheitsdiensten keine adäquate Antwort. Die Relation zwischen der Zahl der Ärzte und einer Einwohnerzahl von 1.000 beträgt 0,2 und in den Hauptstädten 0,8 (Quelle: Anuario estatistico do Brasil 1968). Im gleichen Jahr besaß der Nordosten 1,9 Krankenhausbetten auf 1.000 Einwohner.

Mit ergreifender Betonung zeichnet der Dichter des Nordostens in seinem unvergeßlichen Geburtstagsgedicht das Drama des Menschen im Nordosten: "So wie wir Armen alle gleich sind im Leben, sterben wir den gleichen Tod, den gleichen armen Tod. Das ist der Tod, den wir sterben durch Alter vor dem dreißigsten Lebensjahr, durch Hinterhalt vor dem 20., durch Hunger jeden Tag ein wenig" (Joao Cabral die Melo, Morte e vida severina).

Einige Elemente über die Wurzeln dieser Situation

Die brasilianische Wirklichkeit, wie sie in den vorhergehenden Abschnitten am Lebensstandard der Bevölkerung aufgezeigt wurde, wird vielleicht besser verstanden, wenn man - wenn auch ganz kurz - die historischen Bedingungen, die diese Situation hervorgerufen haben, untersucht.

> "Es ist nicht leicht, in Brasilien pleite zu machen."
>
> Handelsblatt
>
> "Der Wirtschaft geht es gut, dem Volk geht es schlecht."
>
> Emilio Garrastazu Medici

Wie bekannt, verlief die wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens innerhalb bestimmter Wachstumslinien in den verschiedenen Epochen und konzentriert auf verschiedene Gebiete, so daß nach Ablauf der goldenen Periode der Zukkerproduktion der Nordosten sich nach und nach an den Rand der nationalen Entwicklung gestellt sah. Nach der Bergbauepoche entwickelt sich im Kaffeezyklus, der neue Arbeitsverhältnisse schafft, mit direkter Wirkung auf die Verteilung des Einkommens, in Sao Paulo eine Machtstruktur, die die Grundlage für die folgende industrielle Entwicklung des Zentral-Südens bildet.

Im Verlauf dieses Weges kannte der Nordosten, der außerhalb der wirtschaftlichen Umformungen blieb, die damals im Lande vor sich gingen, eine eigene Entwicklung, deren Ergebnis die Bildung einer Gesamtwirtschaft war, bei der auf der einen Seite die Exportwirtschaft, auf der anderen Seite die Ernährungswirtschaft immer größere Bedeutung gewannen, als Grundlage dieser Ausdehnung diente die Viehwirtschaft. Bei diesem im Vergleich mit der gesamten brasilianischen Entwicklung eigenständigen Verlauf bewahrte die nordöstliche Wirtschaft mit größerer Treue die Produktionsverhältnisse der Kolonialwirtschaft, deren Struktur auf Großgrundbesitz beruht. Der Großgrundbesitz, auf dessen Land fast die gesamte Arbeitskraft ausgebeutet wurde, blieb die Grundlage der wirtschaftlichen und politischen Macht.

Günstige Aussichten im internationalen Handel und die Ausdehnungsmöglichkeiten der Ernährungswirtschaft durch Einbeziehung neuer Landstriche gaben der nordöstlichen Wirtschaft den Anschein von Normalität. Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts wurde das nordöstliche Hinterland, dessen demographische Dichte sich durch die Ernährungswirtschaft erhöht hatte, durch große Dürren heimgesucht, deren Ergebnis zeigte die Schwäche der regionalen Wirtschaft und ihre Rückschrittlichkeit, wenn man die Wirtschaft des Zentral-Südens betrachtete, der in voller Kaffee-Expansion stand.

Der Nordosten wurde nun als eine Problemregion betrachtet. Es führte dazu, daß eine spezielle Handlungsweise der Zentralregierung in diesem Gebiet begann, orientiert durch die so bekannte "Politik des Kampfes gegen die Wirkungen der Dürre". Die Unregelmäßigkeit dieser Ausführung, der Hilfscharakter und die relative Ungeeignetheit der in ihr enthaltenen Zielsetzung verhinderten die Möglichkeit, daß ihre Ergebnisse zu Einrichtung besserer Bedingungen für die Entwicklung der Region führten.

Die Verwendung des Sozialaufkommens von einer kleinen elitären Schicht zur Erhaltung der hohen Werte eines gehobenen Verbrauchs, oder die Verlegung dieser Einkommen in andere Regionen, wo ihre Verwendung einen größeren Gewinn erbringt, ist eine Konstante in unserer Wirtschaftsgeschichte. Mehr als das, dieser kleinen Oberschicht gelang es bis vor kurzem, aus der Bundespolitik für diese Region Gewinn zu

ziehen. Diejenigen, die die Produktion der für den Nordosten wirtschaftlich wichtigen Güter innehaben, z.B. Zucker, erreichen von der Regierung, indem sie die Flagge der regionalen Armut schwingen, Privilegien und Vergünstigungen, die sich niemals zugunsten des Volkes auswirken. Die Kontrolle der Bundesorgane durch Oligarchien der Region führte vor nicht zu langer Zeit zur Schaffung der "Industrie der Dürre".

Seit der Kolonialepoche wurden wir in eine Kultur der Abhängigkeit hineingestellt, in der sich der Anpassungszwang der herrschenden Kultur als eine unausweichliche Forderung ergibt. Die Auffassung von einer Welt, geteilt zwischen Herrscher und Beherrschten, eigentümlich dem Kolonialbrasilien, drang in alle Bereiche unserer Gesellschaft ein und zeigte sich von großer Nützlichkeit für die Erhaltung des Machtsystems, das unsern beherrschten Klassen auferlegt und durch unsere Eliten bewahrt wird.

Aus dieser Weltanschauung entstand der großzügige "Protektionismus", der von oben auf die "niederen Klassen herabschaut", so als ob es notwendigerweise Ungerechtigkeiten geben müsse, um Großzügigkeit üben zu können. Der Patriarchalismus und der Assistentialismus, Reflexe dieser Kultureigenschaft, sind deshalb Instrumente, um das Volk bei Entscheidungen, die ihre Existenz betreffen, von der Teilnahme abzuhalten, d.h. Instrumente der Abhängigkeit und des "An-den-Rand-Schiebens".

Wir haben keine Angst, eine Rückbesinnung des gleichen Lasters auch auf dem Gebiet des Religiösen zu beginnen. "Die Wahrheit wird euch befreien" (Joh 8,32). Wir haben keine Angst, auch auf dem religiösen Gebiet anzuerkennen, daß wir uns weit von der Perspektive Gottes entfernt haben, der Mensch geworden ist, um den Menschen das Maß aller Dinge werden zu lassen.

Das Gottesbild selbst wurde häufig verformt. Ein magischer Gott wurde dargestellt, der die Aufgaben des Menschen in seiner geschichtlichen Verantwortung übernehmen sollte. Gott, der den Bund mit seinem Volke schloß, wurde dargestellt als ein Gott außerhalb der Geschichte, nicht verantwortlich für den Kampf der Menschen, ohne sie von vornherein in dieser Welt zur Verantwortung für die Erlösung mit einzubeziehen. Ein Gott schließlich, der in seinem wahrhaften Antlitz, wie es in der Offenbarung des Evangeliums aufscheint, nicht mehr zu erkennen war. Die Kirche ihrerseits sah sich nicht selten umarmt von den Inhabern der kulturellen, sozialen und politischen Macht. Vielfach identifizierte sie sich mehr mit den Herrschenden als mit den Beherrschten. Ihre pyramidenartige Darstellung brachte es mit sich, daß ihre Diener von der Höhe der Kanzel zu einem Volk sprachen, daß sie passiv anhörte. Die Kirche wurde so innerhalb der herrschenden Kultur eine fürsorgerische Kirche und verzögerte so den Marsch des Volkes, um sich zu befreien. In dieser Stunde muß uns das Wort und die Gnade des Erlösers Jesus Christus für uns Gültigkeit haben. Er ruft seine Kirche zur Bekehrung auf, er provoziert mit seiner Gnade die Kirche, damit sie in der Geschichte der Menschheit vor allem ein Faktor evangelischer Durchsäuerung sei und nicht ein weiterer gesellschaftlicher Hemmschuh im Spiel der Mächte dieser Welt. "So denke nun daran, wovon du abgefallen bist, und tue Buße und tue die früheren Werke!" (Apok 2,5)

Auf dem Wege zur Entwicklung?

Bedenken wir nun wieder die Ereignisse vor 20 Jahren, so erinnern wir uns eines Vorfalles, der anfangs bei allen große Erwartungen weckte.

Ende der 50er Jahre befand sich der Nordosten in einer sehr komplizierten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage. In den 50er Jahren wurde die Region durch 2 Dürreperioden betroffen (1951-1952 und 1958), deren Rückwirkung auf das Leben des Nordostens das Gefühl der Randexistenz in bezug auf den nationalen Entwicklungsprozeß verstärkte, betrachtete man die augenscheinlichen Schwankungen der Bundespolitik in diesem Gebiet. Die Industrialisierung, ein Ziel, dem sich das Land seit 1930 widmete, verstärkte sich schnell, blieb allerdings nur im Zentral-Süden konzentriert. Andererseits erzeugten die sozialen Ungerechtigkeiten, Ergebnis der veralteten Wirtschaftsstrukturen, vor allem auf dem Lande politische Spannungen, die manchmal bisher unbekannte Ausdrucksformen erreichte, wie z.B. die Bewegung der Bauernligen. Die Unzufrieden-

heit des Volkes erreichte einen hohen Grad, wie die Staatswahlen von 1958 es auch zeigten. Im Verlauf einer umfassenden Diskussion über die Probleme der Region, an denen die Kirche des Nordostens durch 2 Konferenzen der Bischöfe (in Campina 1956 und anschließend in Natal 1959) aktiv teilnahm, wurde ein Sozialprojekt entwickelt, das wegweisend sein könnte für die Entwicklung und Förderung der sozialen Gerechtigkeit. Unter dem wachsenden Druck ihrer Führerschaft und aufgeschlossener Gruppen, denen sich andere Kräfte der Nation anschlossen, sah sich die Regierung gezwungen, das Problem des Nordostens ernsthaft zu studieren.

chen Landwirtschaft auf der Grundlage umfassender Programme der Agrarreform und Kolonisierung.

"Du gibst nichts von deinem Reichtum", sagt der hl. Ambrosius im 5. Jahrhundert zu den Almosenspendern, "du gibst von dem, was ihm gehört, denn was du dir selbst zuschreibst, das wurde für den Gebrauch aller gegeben, die Erde wurde an alle gegeben und nicht nur den Reichen." (St. Ambrosius PL 14,747)

Nun, nachdem mehr als 10 Jahre seit der Schaffung der SUDENE vergangen sind, muß man fragen, ob die Einrichtung ihre Aufgabe, die ihr im Kampf



Die Berater kommen

gegen die regionale Unterentwicklung zugewiesen wurde, erfüllt hat. Und über den Sinn der Veränderungen nachdenken, denen sie in ihrer Entwicklungspolitik unterworfen war.

Im Dezember 1959 wurde die "Superintendencia de Desenvolvimento do Nordeste" - SUDENE - (die nordostbrasilianische Entwicklungsgesellschaft) gegründet. Sie übernahm die Verantwortung für die Ausführung von regionalen Entwicklungsprojekten im Nordosten. Durch diese selbständige Einrichtung wurde die Politik einer bloßen Dürrebekämpfung durch Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ersetzt. Die Anwendung der Bundesmittel in diesem Gebiet wurde nach Planungskriterien getroffen, um die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel gegen die Unterentwicklung zu größtem Erfolg zu führen.

Brasilien konnte nicht in 2 Regionen geteilt bleiben: eine blühende, der Zentral-Süden, und eine andere, die sich mit Dürren und wirtschaftlichem Rückstand rumschlug. Die Ungleichheiten in Entwicklungshöhe und Rhythmus zwischen den beiden Regionen zu beseitigen, darin bestand der neue Sinn der Aktionen der Bundesregierung im Nordosten. Das konnte nur erreicht werden, wenn der Nordosten höhere Wachstumsziffern erreichte als Brasilien insgesamt. Um dieses Ziel zu erreichen, übernahm die SUDENE einen Entwicklungsplan, der auf 2 zentralen Grundlagen beruhte:

Intensivierung der Industrieinvestitionen in der Region, dabei rechnete man dafür mit Mitteln und besonderen Anreizen der Bundesregierung, und gleichzeitige Umformung der nordöstli-

Die SUDENE ist trotz ihrer Arbeit zugunsten der regionalen Wirtschaft durch eine innere Logik des Systems, dem sie verbunden ist, Opfer eines Entleerungsprozesses, der ihr die wichtigsten Bedingungen zur Ausführung der Funktionen, für die sie geschaffen wurde, entreißt. Heute gibt es nur noch wenige Sektoren, in denen die Politik der Regionalentwicklung nicht durch eine auf nationaler Ebene bestimmte Schwerpunktpolitik besiegt worden wäre. Der Höhepunkt dieser Situation wurde mit der Ablehnung durch die Regierung des letzten Gesamtplanes der SUDENE - Plan der Entwicklung des Nordostens (PDN) für die Periode 1972/74 - erreicht.

Zum 1. Mal verfügt die SUDENE nicht einmal mehr über ein Arbeitsinstrument, das sie als Planungseinrichtung ausweist, andererseits entzieht die steigende Verminderung der der SUDENE zugewiesenen Haushaltsmittel praktisch die Garantiebedingungen für die Ausführung dessen, was von ihrer Entwicklungspolitik bleibt. 1960 umfaßten diese Mittel 1,4 % des Bundeshaushaltes, im Jahre 1970 erreichten sie nur noch 0,4 % (Quelle: Anuario Estatistico do Brasil SUDENE).

In bezug auf die Veränderungen in der regionalen Entwicklungspolitik muß man in erster Linie beachten, daß die Industrialisierung (nach einer Periode des großen Impulses Mitte der 60er Jahre auf Grund der zu Beginn der Dekade eingeleiteten Maßnahmen) ihre Möglichkeiten immer mehr eingeschränkt sieht, auf Grund der aufeinanderfolgenden Veränderungen in der Gesetzgebung der Erlasse 34 und 18 (gesetzliche Maßnahme, die juristische Personen des ganzen Landes von 50 % der Einkommenssteuer befreit unter der Voraussetzung, daß sie die entsprechenden Investitionen im Nordosten vornehmen).

Da sich die Wirksamkeit dieses Instruments der Wirtschaftsentwicklung gezeigt hat, erlaubte die Regierung anfangs ihre Anwendung auch im Gebiet der SUDAM - Amazonasgebiet. Später wurde es auf die Aktivitäten im Fischfang, Tourismus und Aufforstungssektor angewandt, unabhängig, ob sie in den entwickelteren oder unterentwickelten Gebieten des Landes lagen. 1970 übernahm die Regierung 30 % der Mittel aus dem Erlaß Nr. 34 und 18, um das nationale Integrationsprogramm zu finanzieren, in dem vor allem der Bau der Transamazonica betont ist. Zuletzt wurden 1971 mehr als 20 % der Mittel aus den Erlassen 34 und 18 zurückgezogen, diesmal für PROTERRA. Das Ergebnis ist, daß heute die Region nur ungefähr ein Drittel der Mittel aus dem Erlaß 34 und 18 erhält, während sie zu Beginn vollständig für den Nordosten bestimmt waren. Die wachsende Verminderung der Mittel aus 34 und 18 ist für sich ein klarer Beweis des Fehlens einer Priorität in der nationalen Entwicklungspolitik, was die Unterentwicklung des Nordostens betrifft, wo gerade die Industrialisierung für den Nordosten so wichtig wäre.

Aber zu dieser Entscheidung kommen andere hinzu, wie z.B. die Kürzung von 50 % der Mittel des Beteiligungsfonds der Staaten und Kreise, entsprechend den Vorschriften der Konstitution von 1967, um die bessere Verteilung des Nationaleinkommens zu ermöglichen.

Ein anderer zentraler Aspekt der regionalen Entwicklungspolitik verdient ebenfalls eine kurze Analyse: Es handelt sich um die Agrarreform, die nicht verwirklicht wurde, obwohl allgemeine Übereinstimmung über ihre Notwendigkeit besteht, was nicht nur durch die regionale Planungsbehörde anerkannt, sondern durch spätere Studien anderer technischer Organe voll bestätigt wurde, was zur Folge hatte, daß dies als Ziel der Regierungspolitik in dieser Region lautstark angekündigt wurde. Nur einige schwache Versuche der Kolonisierung (in Pernambuco und Maranhao) wurden angedeutet.

Der Entwicklungsplan des Nordostens (PDN) mit vorgesehener Gültigkeitsdauer für 1972/74 schließt in seinem Programm die Agrarreform ein. 1972 hätten umfassende Projekte der Agrarreform und Kolonisierung begonnen werden müssen, die in dem erwähnten Dreijahresabschnitt die Ansiedlung von mehr als 300.000 Familien und die Schaffung von mehr als 700.000 direkten Arbeitsplätzen erlaubt hätten. Solche Programme würden das gesamte nordöstliche Gebiet umfassen und zu einer vollen Nutzung der Ländereien dieser Region führen.

Aber was geschah mit dem Entwicklungsplan des Nordostens?

Während der Plan der Regierung vorgelegt wurde, schuf sie die PROTERRA - Programm der Wiederverteilung von Ländereien -, mit einer vollständig gegensätzlichen Orientierung gegenüber der SUDENE und von sehr begrenzter Reichweite, sei es in bezug auf das Gebiet, das erreicht werden sollte, sei es in bezug auf die Anzahl der möglicherweise geförderten Personen. Vorgesehen ist die Enteignung von 1827 Besitzungen mit mehr als 1.000 Hektar, deren Verteilung 15.000 Bauernfamilien fördern soll (Fundamentos e objektivos do PROTERRA - Konferenz gehalten in ADESG-AL durch José Alves de Araujo, Agraringenieur).

Es ist symptomatisch, daß die im Programm erfaßten Gebiete genau mit denen übereinstimmen, in denen sich immer klarer soziale Spannungen zeigen. Es gibt kein Zeichen dafür, daß der Mechanismus der Enteignung und der Landerwerbung durch Finanzmittel, ein Kennzeichen der PROTERRA im Nordosten, eine andere Besitzstruktur erbringen wird, als diejenige, die man heute kennt.

Hier ist nicht eine einfache und reine Verteidigung der Einrichtung der SUDENE beabsichtigt. Denn heute erkennen wir, daß die SUDENE als für die Entwicklung eingerichtetes Organ den Forderungen des Volkes nicht entsprochen und den Kampf des Volkes und die notwendige Beteiligung im Gesamtprozeß der Umformung der Gesellschaft unterschätzt hat.

Unterentwicklung als unabwendbares Faktum?

Das Projekt der Regionalentwicklung eröffnete Perspektiven für die Eingliederung des Nordostens in den brasilianischen Entwicklungsprozeß. Diese Perspektive zeigt sich in der Tatsache, daß eine Tendenz entstand, die Entwicklungsunterschiede zwischen dem Nordosten und dem Zentral-Süden zu annulieren.

In einem kurzen Abschnitt der 60er Jahre stiegen die wirtschaftlichen Wachstumsraten über den nationalen Mittelwert. In der Zeit von 1963 - 1967 war die mittlere Wachstumsrate pro Jahr im Nordosten 6,4 % größer als die Gesamtbrasiliens, die 3,4 % betrug

(Quelle: Nordeste Assesoria Tecnica da SUDENE; Brasil: Centro de Contas Nacionais da FGV).

Wie wir sahen, wurde das regionale Entwicklungsprojekt verlassen und außer Kraft gesetzt. Der Reformweg wurde durch die Regierung aufgegeben und die Mittel zur Industrialisierung werden mit jedem Jahr geringer.

In den letzten 3 Jahren, also seit 1970, betrug die mittlere Wachstumsrate pro Jahr im Nordosten die Hälfte der mittleren Wachstumsrate Brasiliens: 5,2 % für den Nordosten und 10,4 % in Gesamtbrasilien (Quelle: Nordeste: Assesoria Tecnica da SUDENE, für die Jahre von 1970 und 1971; das gleiche für 1972, vorläufige Schätzung der Zeitung; O Povo, Fortaleza, Ceará, 31.1.1973; Brasil-Fundacao Getulio Vargas). Diese Tatsache bedeutet, daß die augenblickliche Tendenz dahin geht, die Entwicklungsunterschiede zwischen dem Nordosten und dem Zentral-Süden zu vertiefen und zu erweitern.

> "Sicher ist, daß hundert Prozent des Volkseinkommens unter hundert Prozent der Bevölkerung aufgeteilt werden. Die Proportionen sind nicht so wichtig; im Kapitalismus gibt es nun einmal Reiche und Arme."
>
> "Unser Kapitalismus kennt keine Scham."
>
> Delfim Netto
> (bras. Wirtschafts- und Finanzminister)

Die oben dargelegten Feststellungen könnten bei einigen wie ein Zeichen von Resignation derjenigen erscheinen lassen, die die Konsequenzen einer unannehmbaren Sozialstruktur zu erdulden haben, um schließlich die Meinung zu verbreiten, daß eine Veränderung unmöglich sei. Wäre also die Unterentwicklung eine unabwendbare Gegebenheit für den Nordosten?

Die Existenz von Unterdrückungsbedingungen anzunehmen, die durch das Schicksal oder übernatürlicher Kräfte unvermeidlich auferlegt werden, stellt für die christliche Anthropologie eine uneinnehmbare Haltung dar. Der Fatalismus, ein Instrument von großem Einfluß für diejenigen, die mit dem Zwang solcher Gesellschaftsbegriffe arbeiten, entfernt den Menschen von der Auseinandersetzung mit den wahren Gründen der Unterdrückung.

Unterentwicklung als Unterdrückung

Die Gründe, die zur Entkräftung und Aufgabe des regionalen Entwicklungsprogrammes führte, das in den 60er Jahren begonnen wurde, können nicht verstanden werden, wenn man sich auf einfache regionale Ressentiments stützt. Die Planung, die Führung, die auf diesem örtlichen Sektor im Kampf gegen die Unterentwicklung im Sinne einer Reformpolitik eingeschlagen wurde - Elemente, die in der Antwort gegenüber dem Anspruch des Nordostens lagen - zeigten die Konzeption eines Projektes, das damals mit vielen nationalen und volksnahen Bestrebungen übereinstimmte, die auf die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit gerichtet war.

Die Einführung eines solchen Projektes im Nordosten, während die anderen brasilianischen Gebiete ihren natürlichen historischen Verlauf nahmen, zeitigte eine Pluralität an Entwicklungstendenzen. In Antwort auf die Forderung einer Kontinuität und Bewahrung des nationalen Entwicklungscharakters wurden 2 Alternativen vorgestellt: die Einführung des Sozialismus oder die Bestätigung des autonomen nationalen Kapitalismus als Leitkräfte des Prozesses.

Die weite Durchdringung ausländischer Kapitalkräfte, die in den letzten Jahren der 50er Jahre vorgegangen war, schloß die Möglichkeit der Annahme einer dieser Alternativen aus. So überwogen bei der Auflösung der Krise der ersten 60er Jahre die Interessen des Auslandskapitals, dem sich gewisse Sektoren des nationalen Lebens angeschlossen hatten, die die Annahme einer typischen Politik eines abhängigen kapitalistischen Systems feierlich einschloß.

Die größte Folgerung dieser Entscheidung liegt in der Änderung der nationalen Zielsetzung der Entwicklung. Als diese Entwicklung Funktion der Wirkweise ausländischer Kapitalien auf dem nationalen Territorium wurde, konnte die Entwicklung nicht mehr in Begriffen der Interessen der brasilianischen Gesellschaft, sondern in bezug auf die Gewinninteressen ausländischer Gesellschaften und ihrer Anhänger im Land definiert werden. Hier erklärt es sich also, warum die Annullierung der regionalen Unterschiede als Priorität der nationalen Entwicklungspolitik geopfert wurde.

Die neue Wirtschaftspolitik erforderte, daß alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einrichtungen einer grundsätzlichen Revision unterworfen wurden in der Absicht, sie an die Gegebenheiten der übernationalen Kapitalausdehnung in unserem Lande anzupassen.

Um das zu erreichen, nahm die Regierung Vorrechte einer absoluten Macht in Anspruch. Die in die Praxis umgesetzten Maßnahmen hatten als Ergebnis die Verneinung der Rechte und Werte, die unter Schwierigkeiten erobert und in das brasilianische Verfassungsleben eingegliedert waren, vor allem

auf dem Gebiet der demokratischen Freiheit.

Die Verfassung wird einer höheren Gewalt unterstellt, dem institutionellen Akte Nr. 5, der die vollständigste und höchste Entscheidungsmacht über alle Fragen in die Hand der Exekutive legt, auf die Art, wie sie es versteht. Die Selbständigkeit der anderen Gewalten wurde benachteiligt zugunsten der Exekutive. Die politischen Parteien besitzen keine Selbständigkeit, um Entscheidungen zu treffen, die Kommunikationsmittel des Volkswillens wurden unterdrückt. Die Ausübung der Präsidentschaft der Republik und der Staatsregierungen wird ohne Grundlage auf einen Volkswillen durchgeführt, die Unverletzlichkeit des Heimes und der "habeas corpus", das Briefgeheimnis, die Freiheiten der Presse, der Versammlung, des freien Ausdrucks der Gedanken sind Rechte, die dem Volke entzogen wurden. Die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht wurden der Arbeiterschaft entrissen.

Um Widerstände gegen solche Bedingungen der Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu unterbinden, wird die Vergewaltigung dieser Menschenrechte durch Akte noch größerer Gewalt vollzogen. Der offizielle Terrorismus richtete eine Kontrolle durch interne Spionage und Geheimpolitik ein. So erlangte der Staat eine immer weiter anwachsende Herrschaft über das individuelle Leben des Bürgers, wobei man häufig auf Torturen und Mord verfiel.

> "Wir können heute sagen, daß wir ein Klima haben, in dem der ausländische Investor die größte und beste Möglichkeit spürt, sein Kapital anzulegen."
>
> The American Chamber of Commerce for Brazil

Brasilianische Wunder?

Auf dem Wirtschaftssektor wird die größte Offensive, von der man je in der brasilianischen Geschichte gehört hat, durchgeführt zugunsten der Durchdringung durch ausländische Kapitalien. Um die von den nach hier transferierten Kapitalien gewünschte Rentabilität zu sichern, übereignet die Regierung eifrig Bedingungen und Garantien. Nicht nur das Volkseinkommen wird weitgehend bei der Einrichtung der wirtschaftlichen Infrastruktur so verwendet, daß es Wege zur Eroberung von Mitteln und Märkten öffnet, sondern sogar die eventuellen Risiken aus einer zukünftigen politischen Änderung werden abgesichert durch Garantieverträge bei den Investitionen, die, falls dagegen verstoßen wird, das Land vor die Schranken ausländischer Gerichte bringt.

Die Kraft, mit der die neue Wirtschaftspolitik von der Planung in die Praxis überführt wurde, erlaubte es, daß im Zeitraum weniger Jahre demonstrative Wirkungen von ihrem scheinbaren inneren Wert erzeugt wurden. Brasilien erlebte vom Beginn des Jahres 1968 an Wachstumswerte des Bruttoinlandproduktes um 10 %. In wirtschaftlicher Hinsicht soll die angewandte Politik zu einer Situation geführt haben, die, wenn man die Auffassung der Autoren teilt, an den Besitz von Wunderkräften glauben läßt.

Das "Brasilianische Wunder", entkleidet von Volksglauben, Verehrung und Hoffnung, hat die Förderung der Nichtbedürftigen zum Ergebnis. Gleichzeitig schließt es eine Strafe für diejenigen ein, die geopfert werden, ein Fluch für jene, die nicht darum baten. Auf der "Wunderstrecke" steht die relative und absolute Verarmung des Volkes. Die Konzentration der Einkommen erreichte ein Niveau, das besser als alles andere den wahren Sinn der Wirtschaftspolitik der Regierung offenbart.

Zwischen 1960 und 1970 erhöhten 20 % der brasilianischen Bevölkerung, die den Teil höchsten Einkommens umfaßt, ihre Beteiligung am Nationaleinkommen von 54,4 % auf 64,1 %, während die restlichen 80 % ihre Beteiligung herabgesetzt sahen von 45,5 % auf 36,8 %. Die Konzentration zeigt sich auf noch erschreckendere Weise, wenn man in der gleichen Periode sieht, daß 1 % der Bevölkerung, die aus den Reichsten besteht, ihre Beteiligung am Nationaleinkommen von 11,7 % auf 17,7 % erhöht sah, während die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung, die aus einem Personenkreis mit niedrigeren Einkommen besteht, ihre Beteiligung von 17,6 % auf 13,7 % reduziert wurde. Die relative Umkehrung der Stellung machte es möglich, daß 1970 1 % der Brasilianer mehr einnahm als die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung (Aspectos da Distribuicao de Renda no Brasil em 1970, Duarte Joao Carlos).

Damit die Einkommenskonzentration das angezeigte Niveau erreichen konnte, wurde die schwerwiegendste Entscheidung gefällt, nämlich die Erwerbskraft der lohnabhängigen Massen brutal zu senken. Zwischen 1961 und 1970 betrug die Senkung des Reallohnes 38,3 % nach einer Berechnung, die auf der Basis des Mindestlohnes in Guanabara beruht. Im gleichen Zeitraum betrug das Wachstum des Realproduktes pro Kopf 25,6 % (Quelle für die Grunddaten: Conjuntura economica FDV September 1971 und Annuario Estat. do Brasil IBGE).

Um das sogenannte brasilianische Wunder zu vollbringen, transferiert die Regierung ein Teil des Einkommens der lohnabhängigen Klassen durch die Regulierung des Mindestlohnes auf die Klassen, die sich an den Früchten des Wirtschaftswachstums bereichern.

Wenn das Wirtschaftswachstum so auf die Personen einwirkt, die ein Einkom-

men auf dem Niveau des Mindestlohns haben, ist es sicherlich keine Leichtfertigkeit anzunehmen, daß für eine Vielzahl von brasilianischen Gesellschaftsschichten, die ohne Einkommen oder mit einem geringeren als dem Mindesteinkommen leben, die Wirkungen sehr viel grausamer sein müssen.

Die Verteidiger des Systems verschließen sich den Forderungen auf Verteilung des Einkommens, indem sie argumentieren, daß der Kuchen zuerst wachsen müsse, um nachher verteilt zu werden. Nun geschieht es aber, daß die Konzentration des Einkommens unter anderem die Notwendigkeit eines Marktes fordert, wo die, durch die ausländischen Firmen, die sich in Brasilien niederlassen und durch ihr Ursprungsland eine moderne Technologie mitbringen, produzierten Güter verteilt werden können. Das macht wiederum einen Lebensstandard notwendig, der nur durch Reiche verwirklicht werden kann. Infolgedessen hat man eine Produktionsstruktur, die die Einkommens- und Verbraucherstruktur unweigerlich bestimmen. Die Industrialisierung wird auf diese Weise ein Instrument, das sich in immer stärkerer Weise auf die Produktion von Gütern stützt, die nötig sind, um die übertriebenen Wünsche eines immer ausgefalleneren Gebrauchs zu befriedigen, während es gegenüber den Notwendigkeiten der Bevölkerung unberührt bleibt. Zwei Folgerungen noch sind es wert, erwähnt zu werden.

Um den Import des Maschinenparks zu garantieren, der notwendig ist für die Produktion jener Güter, nimmt das Land es in Kauf, daß ihre Auslandsschuld in erschreckender Weise steigt. Sie beläuft sich heute auf mehr als 10 Milliarden Dollar. Andererseits verschleudert die brasilianische Wirtschaft Mittel, die für die Gesamtentwicklung der Gesellschaft von großem Nutzen sein könnten.

Die Konzentration des Einkommens hat also die Tendenz, immer mehr zu steigen und in ihrem Verlauf die Strukturen der Klasse und der Macht, die es ermöglichen, zu stärken. In dem Prozeß der Verarmung der Armen zur Bereicherung der Reichen, ist die Konzentration der Einkommen der klarste Beweis der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit, deren die private Eigentumsstruktur der Produktionsmittel fähig ist. Darauf gründet das heutige brasilianische System. Die Regierung toleriert es nicht nur, sondern fördert es auf nur alle erdenkliche Weise. Der große Rückschritt der brasilianischen Steuerstruktur ist ein unwiderlegliches Beispiel in diesem Sinne, denn ihre drei wichtigsten Steuern fördern auf gleiche Weise die Konzentrationsspirale. Die Steuer auf Kreisebene (6 - 10 %) wurde auf einem solchen Niveau angelegt, daß eine Mahlzeit in einem Luxusrestaurant weniger besteuert wird, als der Kauf von 1 kg Bohnen oder Mehl, auf dem die staatliche Warenhandelssteuer (Imposto de circulacao de mercadoria ICM) von 17 % liegt. Diese Steuer zeigt nicht nur die soziale Konzentration, sondern hat auch große Bedeutung für die regionale Konzentration. Denn da dies auf die erste Handelsspanne fällt, begünstigt es die Produktionsstaaten wie Sao Paulo zum Schaden der ärmeren Staaten, wie die des Nordostens.

Schließlich, entgegen allem äußeren Anschein, liegt die Einkommenssteuer stärker auf den Personen, die ein geringeres Einkommen haben unter den Steuerpflichtigen, wie es vor allem die Lohnempfänger sind. Die Eigentümer finden immer Lücken in den Gesetzestexten und Anreize zu Neuinvestierung und Kapitalisierung der Firmen, um weniger besteuert zu werden. Was mit den Steuern geschieht, ist auch leicht zu beweisen, wenn man andere Aspekte der Regierungstätigkeit auf dem Wirtschaftssektor betrachtet, wenn man z.B. die Ausgabenstruktur der Regierung untersucht. Was hätten in diesem allgemeinen Zusammenhang die Programme wie PIS und PASEP und PRORURAL für einen Sinn? Trotz der Vergünstigungen, die sie bewirken können, muß dabei beachtet werden, daß die Anzahl der von ihr erreichten Personen nur einen Teil der Gesamtzahl umfaßt, die sich in ähnlichen Situationen befinden, um nicht von den ganz Bedürftigen zu sprechen. Andererseits funktionieren einige dieser Programme als gewaltsame Einnahmemechanismen, die durch das System benutzt werden. Schließlich umfassen die betroffenen Mittel nur einen Brosamen im Vergleich mit den Mitteln, die dasselbe System auf anderen Wegen einzieht, so z.B. durch den "Lohnknebel", dem wahren Schöpfer des "nationalen Reichtums".

Neue Postadresse:
78 Freiburg, Postfach 5328
Neue Telefonnummer:
0761/71101

Der gewaltigen Propaganda, der Benutzung des Fußballes als Mittel patriotischer Bestätigung, dem Einsatz eines Mechanismus illusorischen Wirtschaftsaufschwungs wie die Sportlotterie gelingt es nicht, das Gewissen des Volkes zu vergiften, das fähig geworden ist, die wahren Ergebnisse des "Wunders" zu erkennen.

Das Fehlen von Freiheit, die gewaltsame Repression, die Ungerechtigkeiten, die Verarmung des Volkes und die Veräußerung der nationalen Interessen an das Auslandskapital können kein Zeichen darstellen, daß Brasilien seinen Weg der geschichtlichen Behauptung gefunden hat.

Zusammenfassung

Die Kirche kann angesichts dieser dargelegten Tatsachen nicht indifferent bleiben. Hier ist sie in einem menschlichen Drama, das durch seine psychologischen und moralischen Aspekte in Wirklichkeit noch viel ergreifender ist. Aus göttlicher Berufung gehören wir zum Rebstock derjenigen, die sich mit den An-den-Rand-Gedrückten identifizieren müssen, weil auch wir, zur Menschheit gehörig, umgeben sind von Krankheiten (Hebr. 5,2). Unser christliches Gewissen erlaubt es uns also nicht, zu schweigen, entsprechend dem Beispiel des Petrus und der Apostel am Anfang der Kirche (Apostelgesch. 4,19-20).

> "In keinem Land der Welt bringt der Mensch so hohe Erträge wie in der brasilianischen Automobilindustrie."
>
> Fiat-Direktor Urani

Wir wissen, daß wir von vielen nicht verstanden werden; selbst angesichts der Kraft der Tatsachen, aus Gründen egoistischer Interessen. Sie sind stillschweigende Anwälte des "Status quo", sie machen aus offensichtlichen Motiven den Glauben zu einer Sache der persönlichen Beziehung mit Gott, ohne Einfluß auf die soziale und politische Aktion des Menschen, sie privatisieren die Religion. Sie benutzen sie als ideologisches Instrument, zur Verteidigung von Gruppen und Institutionen, die sich nicht ganz in den Dienst am Menschen stellen und sich damit den Weisungen Gottes widersetzen. In bezug auf diese Menschen betonte schon der hl. Jakobus in seinem Brief: "Üben nicht die Reichen Gewalt über euch aus, und ziehen nicht sie euch vor Gericht? Lästern nicht sie den schönen Namen der über euch ausgesprochen ist?" (Jak 2,6-7).

In diesem Schlußteil müssen wir betonen, daß wir Kirche nicht als eine von der Welt getrennte Wirklichkeit, als ein Ghetto begreifen können. Die Kirche steht im Dienst an der Welt. Sie ist auf sie angelegt (vgl. "Gaudium et Spes"). Teilweise ist sie sogar mit ihr identisch und drückt jene Dimension der Gnade und Liebe Gottes der gleichen menschlichen Wirklichkeit aus, wie sie die Welt darstellt. Dies ist der Ort, an dem sich die Erlösung Gottes, der wirklich alle Menschen liebt, verwirklicht. Im Herzen der Menschheit, in der Weite der Menschheitsgeschichte, handelt die belebende Liebe des Geistes Christi. Wie könnte man sich dann aus der Welt entfernen? Wie ihr gegenüber unbeteiligt oder wider sie sein? Außer im Kampf gegen die Sünde, das Elend, die Sklaverei?

Die Erlösung stellt sich also nicht als außer der Welt stehende Wirklichkeit dar, die nur außerhalb der Geschichte, im jenseitigen Leben erreicht werden kann. Sie beginnt sich hier zu verwirklichen. Das ewige, noch nicht vollendete Leben wird uns durch Gottes Sohn schon jetzt im Hier und Heute des menschlichen Lebens gegeben (vgl. Jo 5,24; 6,40).

Im Licht unseres Glaubens und mit dem Bewußtsein der Ungerechtigkeit, die die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen unseres Landes charakterisieren, suchen wir nach einer vertieften Erneuerung unserer Liebeshaltung gegenüber den Unterdrückten, deren Armut das andere Antlitz des Reichtums ihrer Unterdrücker ist.

Die in Brasilien herrschenden Sozial- und Wirtschaftsstrukturen sind auf Unterdrückung und Ungerechtigkeit errichtet, die aus einer Situation hervorgehen des abhängigen Kapitalismus von den großen internationalen Machtzentren. Innerhalb unseres Landes bemühen sich kleine Minderheiten, Komplizen des internationalen Kapitalismus, mit allen nur möglichen Mitteln ihm zu dienen, um eine für sie günstige Situation zu bewahren. So entstand ein unmenschlicher Zustand, der sicherlich nicht christlich ist.

Wir sehen heute, daß ein Sozialprojekt, das nur auf die Maximierung der Wirksamkeit seiner Mittel ausgerichtet ist, in seinem Kampf gegen die Unterentwicklung nicht den gegenwärtigen Freiheitsforderungen der Unterdrückten entspricht. Die wissenschaftliche Auffassung von heutiger Wirklichkeit zeigt, daß der große augenblickliche Aufbruch ein geschichtliches Projekt voraussetzt: Die globale Umformung der Gesellschaft.

Es genügt indessen nicht, von der Wirklichkeit eine wissenschaftlich fundierte Diagnose herzustellen. Christus lehrt uns durch sein Beispiel das zu leben, was man verkündet. Er verkündete den Geist der Brüderlichkeit und der Liebe, der alle Sozialstrukturen durchdringen muß. Schließlich lebte er die Botschaft der Befreiung und stand zu ihr bis zur letzten Konsequenz. Die Mächtigen seines Volkes sahen in seiner Botschaft und wirksamen Liebe, mit der er sie verkündete, eine echte Gefahr für ihre wirtschaftlichen, sozialen, politischen und religiösen Interessen und verurteilten ihn deshalb zum Tode. Aber sein Geist, heute genauso wirksam wie gestern, gibt der Geschichte seinen Impuls und zeigt sich in der Solidarität derjenigen, die für die Freiheit kämpfen, in wahrhaft erleuchteter Liebe für die unterdrückten Brüder.

Die sozial-wirtschaftliche, politische und kulturelle Situation unseres Volkes weckt unser christliches Gewissen. Unterernährung, Kindersterblichkeit,

Prostitution, Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, kulturelle und politische Diskriminierung, Ausbeutung, wachsende Ungleichheiten zwischen Reichen und Armen und zahlreiche andere Konsequenzen charakterisieren eine Situation der Institutionalisierten Gewalt in unserem Land.

Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer durch den fortschreitenden Prozeß der Wirtschaftskonzentration, wie er dem System eigen ist.

Die Notwendigkeit der Unterdrückung um das Funktionieren und die Sicherheit des mit ihm verbundenen kapitalistischen Systems zu garantieren, zeigt sich immer stärker. Das zeigt sich besonders deutlich in der Einengung der konstitutionellen Einrichtung der Parlamente, in der Entpolitisierung der ländlichen und städtischen Gewerkschaften, in der Entleerung der studentischen Führerschaft, überhaupt in der Einrichtung der Zensur, in den Verfolgungsmaßnahmen gegen Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, in den Leiden, die Priestern und Mitstreitern der christlichen Kirchen zugefügt werden. Dies alles nimmt die unterschiedlichsten Formen an: Einkerkerung, Folterung, Verstümmelung und Morde.

Diese Wirklichkeit des Elends, die besonders drückend auf dem Nordosten liegt, ist weit davon entfernt, eine unausweichliche Wirkung einer unzureichenden Natur zu sein, sondern sie ist vor allem die Folge eines Prozesses, der durch Menschen, die mit dem internationalen Kapitalismus verstrickt sind, fixiert wurde. Das machte den Aufbau einer ungerechten Gesellschaft möglich und erhält ihr das erdrückende Gewicht, ihre Privilegien zu verteidigen, zu schützen und zu vermehren. Die aus dieser Situation entstandene Ungerechtigkeit hat ihre Grundlage in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die unausweichlich zu einer Klassengesellschaft führen, gekennzeichnet durch Diskriminierung und Ungerechtigkeit.

Der internationale Kapitalismus und diejenigen, die sich in unserm Land mit ihm verbunden haben - die herrschende Klasse - zwingen uns, durch alle Mittel der Kommunikation und Erziehung einen Kulturtyp der Abhängigkeit auf. Dieser abhängigen Kultur bedienen sie sich, um ihre Herrschaft zu rechtfertigen und das Unterdrükkungssystem, auf dem sie beruht, zu verschleiern. Gleichzeitig versuchen sie, weite Schichten des Volkes zu vergiften, um einen gegenüber seiner Entfremdung resignierten Menschentyp zu formen. Das gegenwärtige Modell des Wirtschaftswachstums, das für die arbeitende und unterdrückte Klasse nur unnütze Ergebnisse zeitigt, beabsichtigt, unser Volk von den echten, umfassenden Zielen einer Gesellschaftsveränderung abzulenken.

Der historische Prozeß der Klassengesellschaft und die kapitalistische Herrschaft führen unausweichlich zum Klassenkampf, und obwohl diese Tatsache mit jedem Tag deutlicher wird, leugnen die Unterdrücker diesen Gegensatz, aber selbst in der Verneinung ist er noch enthalten. Die unterdrückten Massen der Arbeiter, Bauern und unzähligen Arbeitslosen haben davon Kenntnis genommen und gelangen immer mehr zu einem neuen Befreiungsbewußtsein.

Die unterdrückte Klasse hat keinen anderen Ausweg sich zu befreien, wenn nicht den eines langen und schwierigen Marsches, der schon begonnen hat, zugunsten des Gemeineigentums der Produktionsmittel. Dies ist das wichtigste Fundament eines gigantischen, historischen Projekts zur globalen Veränderung der gegenwärtigen Gesellschaft in eine neue Gesellschaft, in der es für die Unterdrückten möglich sein wird, die sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, ihre mit Füßen getretene Menschlichkeit wiederzuerlangen, die Ketten ihrer Leiden zu sprengen, die Klassengegensätze zu überwinden, die Freiheit zu erobern.

Das Evangelium in seinem prophetischen Drang ruft uns Christen und alle Menschen guten Willens auf zum Engagement.

"Die Londoner City betrachtet Brasilien heute mit Euphorie."

Guardian

Die christliche Hoffnung, die auf eine neue Menschlichkeit weist, in Übereinstimmung mit sich selbst und verbrüdert mit dem Universum, erlaubt uns nicht, träge zu bleiben und passiv die Stunde der Erneuerung aller Dinge zu erwarten, "die endgültige Befreiung aus der Knechtschaft, um teilzunehmen an der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes" (Röm 8,18-22). Die christliche Hoffnung fordert von uns wachsame und wirksame Gegenwärtigkeit, fähig, im Verlauf der Geschichte die Zeichen der Auferstehung zu provozieren, die Identifikationszeichen der neuen zukünftigen Menschheit.

"RICHTET EUCH AUF, UND ERHEBT EUER HAUPT! ES NAHT EURE BEFREIUNG!

(Lukas 21,28)

Auszug

Das Papier wurde in deutscher Sprache herausgegeben vom :

Institut für Brasilienkunde
4532 Mettingen
Sunderstr. 15

VW-Entwicklungshelfer für Peru?

Sedan 1.300

Arbeitskreis:
Informationen aus Südamerika
c/o Waltr. u. Heinz Schulze -
Obispado - Apto. 34 PERU

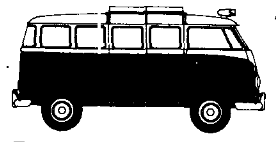
Cajamarca, 12.7.73

Als Ivan Illich vor einigen Jahren behauptete, daß "jedes Auto, das Brasilien auf die Straße schickt, fünfzig Menschen ein gutes Autobusnetz versagt" (in Schulen helfen nicht, I. Illich), hielten viele Zeitgenossen das für eine billige Übertreibung.

Nun, in Perú machte der Kommentator F. Moncioa im EXPRESO (regierungsfreundliche Tageszeitung) eine interessante Rechnung auf, die sicher nicht nur für Perú gilt. Anlaß dafür waren zwei Tatsachen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben:

Erstens die Nachricht der France Press, daß die beliebte Ausflugsstrekke Lima-Chosica am vergangenen Sonntag von den vielen Autos völlig verstopft war und zweitens gewährte die Zentralbank von Brasilien einer peruanischen Firma einen Kredit in Höhe von 8.100.000 Dollar, um damit 6.624 brasilianische Volkswagen nach Perú importieren zu können.

Mit dieser neuen Lieferung wurden in den letzten 4 Monaten von Perú 11.000 Volkswagen "do Brasil" importiert. Das entspricht insgesamt einem Wert von rund 15 Millionen Dollar oder knapp 100 importierten Autos täglich zu einem Wert von 125.000 Dollar. Für Perú (ca. 4 x so groß wie die BRD) ergibt das konkret zwei Probleme: Die Autos selbst und die Devisen.



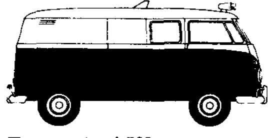
Transporter 1.500
Technische Polizei

Abbildungen aus dem Produktionsprogramm von VW do Brasil(1969)

11.000 Käfer in eine Reihe gestellt, nehmen eine Strecke von 50 km ein. In jedem Auto fahren durchschnittlich 2 Personen, 20 Stunden täglich sind sie unbenützt. Die Ausgaben für infrastrukturelle Maßnahmen und die Erhaltungskosten der Straßen machen noch einmal das Doppelte des Kaufpreises aus.

Ein Omnibus befördert zwischen 50 und 100 Personen, vergleichsweise sind dann auch die Fahrt- und Unterhaltskosten geringer und er dient mehr Personen. Außerdem ist ein Omnibus 18 bis 20 Stunden täglich eingesetzt. Ein Omnibus kann 5 oder 10 Mal soviel kosten wie ein Personenwagen. Sagen wir, er kostet zehnmal soviel. Der Omnibus befördert in 18 Stunden ca. 3600 Personen, 10 Personenwagen dagegen 20 bis 30.

Gemessen an der Wirklichkeit und Möglichkeit Perús, gibt es hier zu viele Personenwagen; was fehlt sind Omnibusse.



Transporter 1.500
gemischter Gefangenenwagen

So kritisiert denn auch der schon genannte Kommentator des EXPRESO den Import der "Käfer": "Und auch wenn es ein VW ist, halten wir den Konsumzwang in Begriffen sozialer Diskriminierung und Klassifizierung aufrecht. - Außerdem ist es falsch, Einzelprobleme vor Gemeinschaftsprobleme lösen zu wollen."

Zum anderen ist das Devisenproblem zu bedenken.
Die Zahlungsbilanz mit Brasilien ist für Perú defizitär. - Einem Import von 32 Millionen Dollar steht ein Export von 18 Millionen gegenüber. Dieses Defizit rechtfertigte man mit dem Hinweis auf den Kauf von industrieller Ausrüstung. Aber VW-Personenwagen sind Konsumgüter, die noch dazu nur einem bestimmten Teil der Bevölkerung zugute kommen. Ein weiterer Aspekt ist nennenswert: Die 11.000 VW des importierten Modells 130 entsprechen 86 % der Fabrik-Produktion und 10 % der gesamten Produktion dieses Typs.

Und - das Volkswagenwerk in Sao Paulo in Brasilien ist ein rein deutsches Unternehmen ohne brasilianisches Kapital. Es handelt sich beim Kauf der VW's also nicht um einen interamerikanischen Handelsaustausch.

Begünstigt wird vielmehr ein ausländisches Unternehmen, im Andenpakt eingestuft als "Brücke" oder "Strohmann" des ausländischen Kapitals und gekennzeichnet als gefährlich.

(Alle Angaben aus EXPRESO, Lima, 11.7.73, S. 2)

VW - Entwicklungshelfer für wen?

Putsch in Uruguay

Durch einen Staatsstreich (am 27.6.73) des bisherigen Präsidenten Juan Maria Bordaberry, 46 Jahre alt, Großgrundbesitzer und Millionär, wurde das Parlament aufgelöst und ein sog. Staatsrat eingesetzt. Chef des Staatsrats ist Bordaberry.

Im folgenden versuchen wir, aufgrund der hier in Perú veröffentlichten Presseberichte einen Überblick über die Geschehnisse nach dem Putsch zusammenzustellen. Dabei soll schwerpunktmäßig die Haltung der Arbeiterschaft aufgezeigt werden.

Begründung für den Staatsstreich:

"Verdacht auf Verrat des Vaterlandes, begleitet vom Wohlwollen politischer Gruppen ohne nationales Gefühl." (Expreso, 28.6.73)

Eine weitere Begründung sahen die Rechtsputschisten in der Weigerung des Parlaments, die Immunität des Senators Enrique Erro aufzuheben, der beschuldigt wurde, in Verbindung mit den Tupamaros zu stehen. (La Prensa, 29.6.73)

Politische Ausrichtung der neuen Regierung:

Bordaberry gilt als eifriger Verfechter des freien Unternehmertums, zum anderen hat er seine Verbundenheit mit dem herrschenden Regime in Brasilien bzw. seine Sympathie gegenüber dem "Brasilianischen Modell" eindeutig erklärt. (La Prensa, Lima-Peru - rechtsgerichtete Tageszeitung - Expreso, 6.7.73)

Beteiligung von Brasilien und USA am Staatsstreich?

In lateinamerikanischen Staaten wird der starke Verdacht ausgesprochen, daß der Nachbarstaat Brasilien am Staatsstreich beteiligt war. (La Prensa, 29.6.73)

Der der peruanischen Militärregierung nahestehende EXPRESO enthüllte am 1.7.73 folgendes: "... und mitten in diesem heute in Uruguay anzutreffenden Panorama (gibt es) etwas in höchstem Maße Beunruhigendes: Vor kurzem wurde als Botschafter der USA in Uruguay niemand geringerer als Ernest Siracusa ernannt, der als 'Experte für Staatsstreiche' bei den Geschichtsschreibern internationaler Politik anerkannt ist und dessen Rolle als CIA-Agent niemals offiziell geleugnet wurde." (EXPRESO, 1.7.73)

Der Generalstreik wird ausgerufen - die Gewerkschaft verboten:

Sofort nach Bekanntwerden des Staatsstreichs am 27.6.73 rief der Nationale Gewerkschaftsbund (CNT - Confederación Nacional de Trabajadores) den Generalstreik aus. Der größte Teil der Arbeiter kam diesem Streikaufruf nach. Am 28.6.73 war die Wirtschaft des Landes praktisch lahmgelegt. Hafen, Ölraffinerien, Supermärkte, Banken etc. waren bestreikt, z.T. von den Arbeitern besetzt worden. (El Comercio, 30.6.73; La Prensa, 29.6.73)

Am 30.6.73 ordnete Bordaberry per Dekret die Auflösung des Nationalen Gewerkschaftsbundes - CNT - an, das Innenminister Nestor Bolentini gegenzeichnete. Somit waren folgende Maßnahmen gegen die organisierte Arbeiterschaft "legalisiert":

- die Gewerkschaftsgüter werden beschlagnahmt,
- die Räume des CNT geschlossen,
- die Verhaftung der Gewerkschaftsführer für notwendig erklärt (zur "nationalen Sicherheit").

Mit diesen Maßnahmen sollte dem Generalstreik die organisatorische Basis entzogen werden. In der Begründung zu diesem arbeiterfeindlichen Dekret wird weiter behauptet, daß der Nationale Gewerkschaftsbund, von den Kommunisten kontrolliert, nicht die Mehrheit der uruguayischen Arbeiter repräsentiere. (La Prensa, 1.7.73)

Wo aber, so fragt man sich, gibt es eine ähnliche hohe Zahl organisierter Arbeiter? Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von ca. 2 Mill. 300.000 sind 400.000 Arbeiter (nach anderen Quellen 500.000) gewerkschaftlich organisiert.

Am 30.6.73, am Nachmittag, umstellten Soldaten die Zentrale der CNT, drangen in das Haus ein und verhafteten mehr als 100 Personen, u.a. auch Gewerkschaftsführer. Der Nationale Gewerkschaftsbund gab sofort bekannt, daß er aus dem Untergrund weiterarbeiten würde, der Generalstreik solle fortgeführt werden, die Arbeiter aber bei Räumung der von ihnen besetzten Fabriken dem Militär keinen Widerstand entgegensetzen. (EXPRESO, 1.7.73)

Am 1.7.73 war der öffentliche Verkehr in Montevideo immer noch gleich Null, Militäreinheiten drangen in die Ölraffinerien ein.

Das Benzin wurde knapp, hundert Meter lange Autoschlangen warteten unter Militäraufsicht an den Tankstellen auf Benzin.

Die Bankangestellten lähmten mit ihrem Streik total den Geldverkehr. Die neue Regierung forderte die Bankangestellten auf, am 2.7. zur Arbeit zurückzukehren, die den Arbeitsplätzen Fernbleibenden würden ihren Posten verlieren.

Militäreinheiten mit Panzerfahrzeugen und Hubschraubern wurden bei den Aktionen gegen die Arbeiterschaft eingesetzt.

Erste Durchhalteparolen tauchten auf: "Es ist besser, aufrecht zu sterben als knieend." (EXPRESO, 2.7.73)

Mit Hilfe fast eines Bataillons Soldaten, bewaffnet mit Maschinengewehren, wurden die streikenden Arbeiter aus der von ihnen besetzten Pneumatischen Fabrik Uruguays (FUNSA) vertrieben. Es kam zu keiner gewaltsamen Auseinandersetzung; die Arbeiter räumten, gemäß der Strategie der CNT und angesichts der aussichtslosen Situation diszipliniert die Fabrik. - Tausende von Einwohnern sahen diesem bitteren "Schauspiel" zu, sie stimmten zur Unterstützung der Arbeiter die Nationalhymne an. Die Bankangestellten folgten der Anordnung der neuen Regierung nicht (La Prensa, 3.7.73) und brachten dieser damit eine wichtige moralische Niederlage bei. Staatsrats-



chef Bordaberry drohte am 2.7. den Bankangestellten die "Militarisierung" an. Das würde bedeuten, daß sie zum Militär eingezogen, in Kasernen gebracht und von dort aus mit Waffengewalt zu ihren Arbeitsplätzen geschafft würden.

Es scheint, daß die Streikenden (Arbeiter bis Lehrer) eine neue Taktik anwenden: Bei Auftauchen des Militärs erfolgt eine friedfertige Freigabe der Fabriken, Gesundheitszentren, Schulen etc., nach Abzug des Militärs erfolgt dann eine erneute Besetzung.

Die Elektrizitätswerke waren nicht besetzt, die Arbeiter erschienen am Arbeitsplatz, machten dort aber ihre Arbeit "mit hängenden Armen", was eine andere Variante des Streiks darstellte.

Der Verteidigungsminister Walter Ravena erklärte trotz alledem: "alles läuft normal." (La Prensa, 3.7.73)

Sicher, Bars und Restaurants sind wieder geöffnet, ebenso einige Geschäfte in der Innenstadt Montevideos. Das Transportwesen z.B. wird dagegen lediglich durch die Besitzer von Bus- und Lastwagenunternehmen notdürftig aufrecht erhalten. (EXPRESO, 3.7.73)
Die aus dem Untergrund von der CNT gesteuerte Taktik der Wiederbesetzung bereits geräumter Fabriken scheint perfekt zu klappen, die Studenten schließen sich diesem Plan an. Dadurch soll das Militär "in Bewegung gehalten werden", um nicht andere Aufgaben wahrnehmen zu können. Es zeigte sich nach Prensa Latina, daß das Militär mit dem ständig zu wiederholenden Räumen der Fabriken überbeschäftigt ist.

Bordaberry wird von den Arbeitern der "Vergewaltigung der Staatsverfassung" bezichtigt und wurde von ihnen wiederholt zum Rücktritt aufgefordert. (EXPRESO, 3.7.73)

<u>Mit Lohn fängt man Mäuse...</u>

Der seit einer Woche andauernde Generalstreik hat die Regierung veranlaßt, sich andere Mittel zu dessen Beendigung einfallen zu lassen. Sie kündigte in unpräziser Form am 3.7.73 an, daß sie sofort ein Dekret erarbeiten werde, durch das generell die Löhne der Arbeiter angehoben werden sollten. Gleichzeitig erklärte die Regierung die CNT noch einmal für "tot" und drohte, ein unnachgiebiges Anti-Vereins-Gesetz zur Durchführung zu bringen. Innenminister Boletini sagte nach einer Besprechung auf höchster Ebene, daß die Regierung einen neuen Dialog mit der Arbeiterschaft anstrebe. Auf die Frage von Reportern, mit wem man denn verhandeln wolle, entgegnete er: "Der Dialog würde zwischen den wahren Vertretern der Arbeiter und der Regierung stattfinden."
Der Köder mit den höheren Löhnen stellte sich später als recht mager heraus: Bereits vor dem Staatsstreich hatte die CNT eine Lohnerhöhung von 80 % gefordert, um die enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgleichen zu können. Die Regierung bietet jetzt 25 % an. Es scheint, daß Versuche der Regierung, mit der von ihr verbotenen CNT geheime Kontakte aufzunehmen und Angebote für den Fall einer Beendigung des Streiks zu machen, gescheitert sind. (EXPRESO, 4.7.73)
Als neue Verschärfung des Konflikts stellt sich die am 4.7.73 angeordnete Entlassung aller im Öffentlichen Dienst Tätigen dar, die sich weiter am Streik beteiligen; die Weiterstreikenden der privaten Betriebe können einem anderen Dekret zufolge wegen "schlechter Führung" entschädigungslos entlassen werden. (La Prensa, 5.7.73)

... und die politischen Forderungen der Arbeiter:

Die Sprecher der Arbeiter setzten den mageren materiellen Angeboten politische Forderungen entgegen:

1. Die Wiederherstellung der politischen und sozialen Freiheiten,
2. Erhöhung der Gehälter, wie von der CNT vor dem Staatsstreich gefordert wurde (80 %),
3. Wiedereinsetzung des Parlaments und Rücktritt des Präsidenten Bordaberry. (EXPRESO, 5.7.73)

Reaktion des Staatsrats (20 Militärs, 20 Zivilisten) nach den gescheiterten Gesprächen: Die Verhaftung von weiteren Gewerkschaftsführern wurde angeordnet. (EXPRESO, 5.7.73)

Todesopfer:

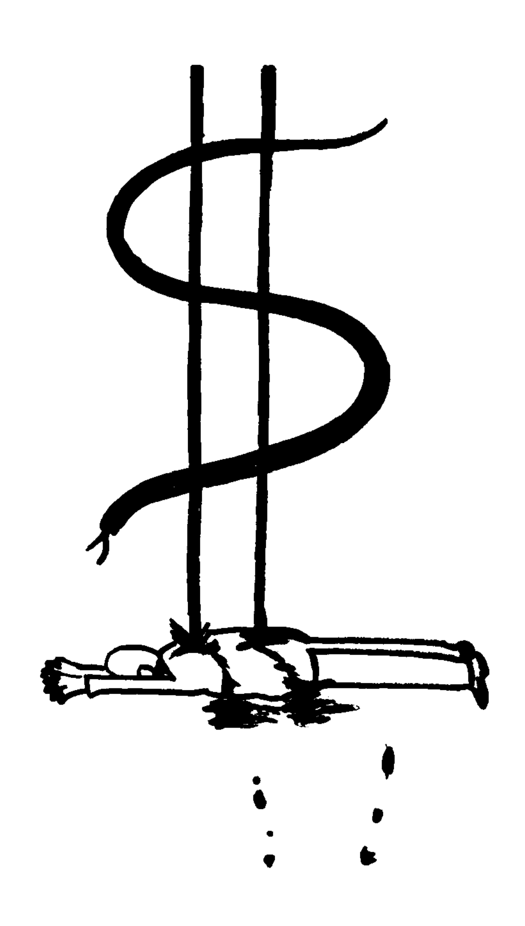
Am 7.7.73 gab es ein Todesopfer. Nach der offiziellen Verlautbarung griffen zwei Personen einen Stadtbus an, eine Militärstreife eilte herbei, die beiden Personen flüchteten. Bei einem Schußwechsel wurde der 28jährige Ramón Roberto Pérez Bardiel getötet. Sofort nach Bekanntwerden des Vorfalls zeigten Studenten, die die Universität besetzt halten, Transparente mit der Aufschrift: R. Pérez wurde durch die Diktatur ermordet." (La Prensa, 8.7.73)

Es wird befürchtet, daß die Regierung, die den Streik auf alle Fälle brechen will, die Repression noch verstärken wird.
Beobachter meinen, daß das bisher deshalb noch nicht im möglichen Umfang geschah, weil sich weder die Machthaber noch die Armee einig sind. (EXPRESO, 8.7.73)

Arbeitskreis: Informationen aus Lateinamerika, Lima (Peru)

Chile - Nachrichten

Die schwierige Situation für die Volksfront in Chile hat es erforderlich gemacht, auch in der BRD ein Komitee "Solidarität mit Chile" zu gründen. Das Komitee sieht seine Aufgabe vorerst darin, die Chile-Gruppen in Kooperation zu bringen und mit den Chile-Nachrichten Organisationen, Gruppen und auch einzelne, die sich mit Chile beschäftigen, mit aktuellen Informationen und Analysen über Chile zu versorgen. Die ersten beiden Ausgaben der Chile-Nachrichten sind erschienen. Die Chile-Nachrichten sollen ab Herbst 14tägig erscheinen. Der Inhalt, der sich auf die politische Entwicklung in Chile konzentriert, wird auch stark von der Mitarbeit der Empfänger abhängen. Nachrichten über Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, Kurzkommentare zu wichtigen Ereignissen, Artikeln und Büchern können nicht allein von dem Komitee zusammengestellt werden, so daß es also einer breiteren Mitarbeit bedarf. Längere Analysen oder Berichte können, wenn sie rechtzeitig in genügender Auflage an die Redaktion geschickt werden, als Beilagen versandt werden. Bisher erscheinen die Chile-Nachrichten noch in einer relativ kleinen Auflage. Die Finanzierung soll durch Spenden erfolgen. Der Bezug selbst ist vorläufig frei. Je mehr das Komitee "Solidarität mit Chile" finanziell unterstützt wird, um so mehr können die Chile-Nachrichten verbessert und in der Auf-



lage gesteigert werden. Spenden sind zu überweisen an Elfriede M. Kohut, Postscheckkonto Berlin-West, Nr. 380 087-108. Interessenten, die die Chile-Nachrichten beziehen und an den Nachrichten Mitarbeiten wollen, schreiben an Clarita Müller-Plantenberg, 1 Berlin 45, Lorenzstr. 65.